

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/11

Dezember 2011 · 64. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €

„Glückselig“ trotz Krisen des Kapitalismus

Margot Käßmann
Die Glückseligpreisungen II

Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Leonardo Boff
Finale Krise des Kapitalismus

Christof Butterwegge
Armut in einem reichen Land

Wieland Zademach
Luther und Marx

Winfried Eisenberg
Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Jürgen Schübelin
Chile: Proteste gegen Pinochets System

István Patik
Ungarische Weihnachtsgeschichte

Rezensionen

Bundesnachrichten

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Reinhard Gaede, Dieter Hönerhoff,
Norbert Voß

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Doris Gerlach, Herford
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Norbert Voß, Altvolberg 20,
51503 Rösrath, Tel. 0 22 05/79 37,
n.voss@redezeit.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,
Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	1
Margot Käßmann Die Glückseligpreisungen, Teil II	3
Siegfried Katterle Leserbrief zu Glückseligpreisungen, Teil I	10
Lore Weber Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten	12
Bernd Meyer-Stromfeldt Gedanken zu einer solidarischen Ökonomie	13
Leonardo Boff Finale Krise des Kapitalismus?	18
Christoph Butterwegge Wie Armut in einem reichen Land verharmlost und verdrängt wird, Teil I	20
Wieland Zademach Ökonomie der Reformation – Philosophie der Revolution ..	28
Winfrid Eisenberg Wohin mit dem radioaktiven Müll?	38
Jürgen Schübelin Chile: Proteste gegen Pinochets Bildungssystem	42
Peter Strutynski Gegen Geschichtsrevisionismus und Kriegspolitik	47
Angela Brüning Die Relevanz des Holocaust heutzutage	53
Jugendliche des selbstverwalteten Jugendzentrums Rede für die Gedenk-Kundgebung, Bünde	54
István Patik Eine ungarische Weihnachtsgeschichte	57

Rezensionen

Robert Steigerwald „Prüfet alles, das Gute behaltet“	59
Wieland Zademach weltverbunden leben	62
Friedrich W. Bargheer Aufruf zur ultimativen Reformation	63
Frank-Matthias Hofmann Die Odyssee eines Emigranten	65

Bundesnachrichten

Thorsten de Jong Die religiöse Linke mobilisieren	68
Norbert Voß Jahrestagung in Lage-Hörste	69
Bitte: Aktiv für CuS	70
Geburtstagsglückwünsche	71
Bilder und Fotos	72
Autorinnen und Autoren	73

Editorial

Glücklich trotz Krisen des Kapitalismus“, so lautet das Thema dieses Heftes. Der zweite Teil der Rede *Margot Käßmanns* spricht über die Barmherzigen, die Menschen mit reinem Herzen, die Friedensstifter, die Jesus glücklich preist. Sie lieben Gott und den Nächsten – und geraten doch unter den Druck der Welt, was die folgenden Artikel deutlich machen. Aber Jesus preist sie glücklich. Die Armen, Schwachen, an den Rand Gedrängten hoffen auf Gottes Reich, in dem „alle Tränen abgetrocknet werden, und Leid, Not, Geschrei und gar Tod ein Ende haben“.

Wieder erklärt ein Bild von *Rosemarie Müller* die Glückseligpreisungen. Zu korrigieren ist ihr Name im Verzeichnis von CuS 2–3/2011, S. 72. Pardon! Ihr Bild zum Gleichnis vom Senfkorn (Mt 13,31.32) lässt uns teilhaben an der zuversichtlichen Predigt Jesu. So wie aus dem winzigen Senfkorn ein Baum, Wohnsitz für Vögel, wird, wächst das Gottesreich von selbst, unaufhaltsam. Menschen, die Gottes Gerechtigkeit, Frieden und Liebe in die Welt tragen, sind Gottes MitarbeiterInnen (1. Kor. 3,9). Siegfried Katterles Leserbrief klärt wirtschaftliche Fragen, die Margot Käßmann im ersten Teil (CuS 2–3/2011) ihrer Auslegung berührt hatte.

„Nach dem Vorbild der ersten Christen (Apg 2 und 4) leben wir mit ca. 60 Menschen in Arbeits-, Güter- und Lebensgemeinschaft, in Strukturen also, die aufs Teilen angelegt sind.“ Mit diesen Worten stellt *Lore Weber* als Gründerin die *Basisgemeinde Wulfshagenerhütten* vor. Ihr Ehemann Pfarrer *Gerhard Weber* (1937–1994) hatte in CuS 3/1984 zuletzt einen Bericht geschrieben. *Bernd Meyer Stromfeldt* von der Basisgemeinde übernimmt die in der hebräischen Bibel enthaltenen Maßstäbe einer „an Gerechtigkeit orientierten Sozialordnung“ und sieht uns heute im „Dauerkonflikt zwischen den Eigentumsrechten einer kleinen Minderheit und den Grundrechten fast aller Menschen“. Für eine „alternative Wirtschafts- und Sozialordnung“ sieht er Modelle in seiner und anderen Genossenschaften oder gemeinnützigen Stiftungen.

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem gerät dann kritisch in den Blick. *Leonardo Boff*, einer der Väter der Befreiungstheologie, kommentiert die immer heftiger gewordenen Krisen. Wir geben seinen Kommentar wieder mit freundlicher Erlaubnis des Instituts für Theologie und Politik, Münster. Die Krisen sind nicht mehr nur konjunkturell oder strukturell, sondern „final“, weil sie die „Grenzen der Erde missachtet“ haben und nur ein System des Geldes für Aktienbesitzer sind. Die Rebellion wächst. *Christoph Butterwegge* zeigt auf das Anwachsen der Armut als Folge neoliberaler Ideologie und Regierungspolitik. „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“,



Redaktions-Beirat: (l.v.u.) Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Helmut Pfaff, Wieland Zademach

heißt sein Buch, das jetzt die zweite aktualisierte Auflage bekommen hat. Der Artikel gibt die Zusammenfassung seines Buches, die er auf der Jahrestagung des Bundes vorgelesen hatte. Verbindungen zwischen den „Ahnherren“ unserer „abendländischen Kulturgeschichte“ entdeckt *Wieland Zademach*, indem er, vor dem Jubiläum 500 Jahre Reformation 2017, rechtzeitig den „vergessenen Ökonom Luther“, seinen „Kampf gegen die Monopole“, biblische „Radikalität“ und „realistische Grundsätze“ in Erinnerung ruft und auf „heutige Perspektiven“ ausweitet: „Gemeinsame Zukunft von Christen und Marxisten bei der Wahrnehmung ihrer unteilbaren Verantwortung für diese Schöpfung und die darin lebende Ökumene!“

„Die Katholiken, und beileibe nicht nur sie, brauchen einen Papst, der die Ideen der Befreiungstheologie von Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit fördert. Und wir brauchen einen Papst, der weltweit der Ökumene den Weg bereitet, einer Ökumene, die wirklich „Gemeinschaft aller“ ist und niemanden ausschließt.“ So kommentierte *Bernd Zielmann*, bis vor kurzem Vorstandsmitglied des BRSD und Mitglied im Leitungsteam der Initiative Kirche von unten, in der Zeitung „Der Freitag“ am 22. September 2011 enttäuschte Erwartungen beim Besuch des Papstes in Deutschland. „Kirche 2011. Ein notwendiger Aufbruch.“ So hieß das vielfältig veröffentlichte *Memorandum* von Theologieprofessoren und -professorinnen zur Krise der katholischen Kirche vom 4. Februar 2011, vgl. www.wir-sind-kirche.at.

Über die Gefahren der Atomkernspaltung informiert jetzt der dritte Teil der CuS-Serie. *Winfried Eisenberg* hatte bisher über den Anfang des Nuklearkreislaufs geschrieben. In CuS 2-3/2011 ist in seinem Artikel „Langzeitfolgen von Tschernobyl und die Gefahren von Atomanlagen im Normalbetrieb“ auf S. 56 leider noch eine Korrektur notwendig, Pardon! Anmerkung 28 ist im Text zu streichen. Anm. 29 ist zu ersetzen durch Anm. 28., Anm. 30 wird Anm. 29., Anm. 31 wird Anm. 30. Jetzt folgt der Artikel über das unlösbare Problem der Endlagerung und die Bemühungen der Länder. „Dezentral erzeugte und verteilte erneuerbaren Energien“ sind der einzige Ausweg.

„Es wird stürzen, das Bildungssystem von Pinochet“, ist der Ruf der protestierenden Studenten und Studentinnen in Chile. Im Oktober 1988 hatte die Mehrheit der Chilenen in einem Plebiszit das verhasste Regime des Diktators beseitigen können. Jetzt demonstrieren die Jugendlichen, um das unter der Diktatur installierte neoliberale Schul- und Bildungssystem in seinen Grundfesten zu erschüttern. *Jürgen Schübelin* hat uns seinen Bericht geschickt, den auch unsere Schwesterzeitschrift *Neue Wege* 9/2011 teilweise veröffentlicht hat.

Am Ende des Jahres stehen die Gedenkveranstaltungen. Seit 1967 kommen dank der Initiative des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“ am ersten Sonnabend im September anlässlich des Antikriegstages, der an den Überfall der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 auf Polen erinnert, Menschen auf dem sowjetrussischen Soldaten-Friedhof Stukenbrock-Senne zusammen, um Zeichen der Versöhnung und Verständigung unter den Völkern zu setzen. „Blumen für Stukenbrock“ hieß 1981 eine Biographie unseres vergessenen Bundesfreundes *Heinrich Albertz* (1915–1983). In diesem Jahr hat *Peter Strutynski* die Rede gehalten. Bei Gedenkfeiern heute geht es immer noch um die Lehren aus der Unheilsgeschichte. Täter und Opfer sind nicht zu verwechseln in „geschichtsrevisionistischen Lügen“. Die faschistische Ideologie erhebt sich immer noch mit brutalen Folgen. Und unter dem Deckmantel der Humanität ist Propaganda für Kriegseinsätze

möglich. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur in der Welt. Am 9. November wird der Gewalt der Novemberpogrome vom 7. bis 13. November 1938 gedacht, als überall in Deutschland über 1.400 Synagogen und Bet-Stuben brannten. *Angela Büning* vom *Netzwerk Bünde* sieht die Aufgabe heute darin, „Opfer posthum zu ehren“ und zugleich, „Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen“. Die Jugendlichen vom selbstverwalteten *Jugendzentrum* in Bünde (*Villa Kunterbunt*) verbanden ihre Mahnung mit der Warnung, „Keinen Raum für rassistische, antisemitische, nationalistische und faschistische Denkstrukturen. Augen auf im Alltag, auf der Arbeit, in der Schule und auf der Straße! Für eine Welt ohne Diskriminierung und Ausgrenzung! Nie wieder Faschismus!“ Wie weitsichtig in diesen beiden Reden die Warnungen waren, zeigte sich, als schon fünf Tage später Schlagzeilen wie diese in der *Neuen Westfälischen* vom 14. Nov. 2011 zu lesen waren: „Spuren des rechten Terrors in ganz Deutschland ... Verfassungsschutz in der Kritik“.

In den Rezensionen stellt *Robert Steigerwald* ein neues Buch von *Friedrich-Martin Balzer* vor. Robert Steigerwald hat viele persönliche Erinnerungen an *Erwin Eckert*. Immer noch gilt, was der Vorsitzende des BRSD 1926–1931 sagte: „Unsere Christliche Religion, die aufbaut auf dem Evangelium, bedeutet Revolutionierung in einer Zeit, in der das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben dem Geist und den Forderungen des Evangeliums Jesu Christi widerspricht“ (SaV 1925, 15, S. 11). *Wieland Zademach* stellt uns wieder die Reich-Gottes-Impulse für jeden Tag von *Claus Petersen* vor. Die Bundesnachrichten enthalten Berichte von *Thorsten de Jong* und *Norbert Voß* über die Tagung des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen in Den Haag und über die Tagung des deutschen Bundes in Lage-Hörste. Auch Glückwünsche für *Günter Brakelmann*, *Erhard Eppler* und *Hartmut Futterlieb*. Glückwünsche auch an unsere Freunde in der Schweiz. Die *Neuen Wege* 1906–2006 sind lesbar, retro.seals.ch, Rubrik Religion.

Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr unter der Jahreslosung. Jesus Christus spricht: „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“ ((2.Kor. 12,9)

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Die Glückseligpreisungen Matth. 5, 1–12*, Teil II

Von Margot Käßmann

6. Glückselig sind, die barmherzig handeln, denn sie werden Barmherzigkeit erfahren. (5,7)

... Was ist Barmherzigkeit in unserer Zeit? Ist das eine alte muffige Tugend, die

durch „zivilgesellschaftliches Engagement“, „praxisrelevante Zuwendung“ oder „intensive care“ ersetzt werden kann? Schlagen wir Johann August Eberhards Synonymisches Handwörterbuch der deutschen Sprache von 1910 auf, so heißt es: „Barmherzigkeit zeigt die Bereitwilligkeit, Leidenden zu helfen, in ihrer Quelle, in dem zu einem dauernden Zustande, zu einer fest haften-

den Eigenschaft gewordenem Mitgefühl, Erbarmen die Wirkung dieses Gefühls in einzelnen Fällen an. Die Barmherzigkeit bewegt uns, mit einem Unglücklichen Erbarmen zu haben, und der Barmherzige kann keinen Leidenden sehen, ohne Erbarmen mit ihm zu haben. Barmherzigkeit verhält sich also zu Erbarmen, wie die Tugend zur Übung derselben.“ Barmherzigkeit ist demnach eine Eigenschaft, eine Haltung. Wertschätzung scheint mir bei der Frage nach der Barmherzigkeit ein Schlüsselbegriff. Sie ist noch mehr als eine Grundhaltung, sie begründet ganz unabhängig von der konfessionellen Bindung eine spezifische Tradition des Helfens bzw. der Zuwendung, die mit einem bestimmten Menschenbild und Sozialitätsverständnis und vor allem dem prägenden Gedanken der Menschenwürde einhergeht.

Einem solchen Leitbild folgend darf und will sich soziale Arbeit nicht mit einem Wertschöpfungsbegriff abfinden, der sich in den Zielen „satt und sauber“ erschöpft. Ich habe viele Altenheime besucht, Tageseinrichtungen für Demenzkranke, Wachkoma-stationen. Eindrücklich in Erinnerung ist mir etwa ein Besuch in Nienburg (KiTa-Besuch im Altenheim) und einer in Bremer-vörde-Zeven (Lieder mit Demenzkranken). Barmherzigkeit wird umgesetzt durch das pflegende Personal, dessen Haltung geprägt ist von einem hohen Ethos, von Respekt und Nächstenliebe, von ethischer Verantwortung, den Selbstwert der auf sie angewiesenen Menschen zu erhalten und zu stärken. Das gilt gleichermaßen für die Gepflegten und Betreuten – wer ist schon gern auf Barmherzigkeit angewiesen? Wie kann die Würde gewahrt werden? Auch ihnen liegt ja daran, dass denen, die barmherzig sind, Anerkennung zukommt, das ist Teil des Kreislaufes der Barmherzigkeit, von dem die Seligpreisung spricht. Manches

Mal kommt es zur Ausbeutung oder auch Selbstaubeutung zugunsten hilfsbedürftiger Menschen. Das darf nicht unterschätzt werden. Gerade in sozialen Berufen greift das Burnout-Syndrom um sich. Auch da gilt es, Sorge zu tragen, für angemessene Bezahlung politisch einzutreten und öffentliche Anerkennung für diese Berufe zu reklamieren, aber ebenso die ehrenamtlich Tätigen, die Menschen, die in Familien pflegen und betreuen, in den Blick zu nehmen. Es ist auch ein Akt der Barmherzigkeit, Grenzen zu ziehen. Das Nächstenliebe-Gebot ist ja ein Auftrag mit drei Schlüsselpunkten: Gottesliebe, Nächstenliebe und Selbstliebe. Die Konsequenz ist, auf einen politischen Willen zu drängen, die Arbeit der Barmherzigkeit auch in der Entlohnung besser wertzuschätzen. Es kann nicht angehen, dass die Tugend der Barmherzigkeit schamlos ausgenutzt wird. Kennzeichen sozialer Arbeit ist das Ethos, ein enormes Verantwortungsgefühl für die Anvertrauten – und eine tiefe Form der Wertschätzung gegenüber hilfsbedürftigen Menschen. Auch hier zeigt sich für mich ein christliches Menschenbild. Um ein Ethos, wie das der Wertschätzung und eine Tugend wie die der Barmherzigkeit authentisch und beherzt zu leben, brauchen wir einen Bezugspunkt, ein „Wir-Gefühl“.

Ein Arbeitgeber im sozialdiakonischen Bereich etwa, der Wertschätzung und Würde nur auf seine Kunden, nicht aber auf seine Mitarbeitenden bezieht, wird als Dienstleister schnell unglaubwürdig. Wenn die Mitarbeitenden sich mit ihrer Einrichtung, ihrer Kirche nicht identifizieren, gibt es ganz schnell ein Glaubwürdigkeitsproblem! Es geht um eine geistige, für mich auch geistliche Grundhaltung. Ernst gemeinte Wertschätzung dagegen generiert Sinn, Vertrauen und Identifikation – Unternehmenswerte, die nach außen strahlen. Verantwortungsbewusstes Personalmana-

gement wird so zur Repräsentanz für die Kernleistungen eines Sozialunternehmens. In früheren Zeiten wurden diese Zusammenhänge in frommer Sprache ausgedrückt. Auch sie gilt es, wieder wertschätzen zu lernen, um die geistliche Grundhaltung deutlich zu machen. Die Schriftstellerin Ida Hahn-Hahn etwa fasste diese Seligpreisung im 19. Jahrhundert in diese Worte: „Selig, die Erbarmen üben/Und die Hand, die liebend gibt:/Gott wird die barmherzig lieben,/Die im Nächsten Ihn geliebt.“

7. Glückselig sind, deren Herzen rein sind, denn sie werden Gott schauen. (5,8)

Das „Herz“ als relevanter Ort für empfinden, wahrnehmen, entscheiden ist in der pseudorationalen Mediengesellschaft eher in Verruf geraten. „Herz-Schmerz“ sind abfällige Geschichten über Stars und Sternchen. Und der Begriff „Herzensbildung“, der doch den ganzen Menschen umfasste und nicht nur seine Pisaqualitäten, ist vollends aus der Mode geraten.

Im biblischen Kontext ist das Herz sowohl Ort der sinnlichen Wahrnehmung als auch Orientierungspunkt für den Verstand. Jesus Sirach schreibt: „Bleibe bei dem, was dein Herz dir rät, denn du wirst keinen treueren Ratgeber finden.“ Da geht es weniger um „Bauchgefühl“ als um eine Balance von Wahrnehmungen, die sich in Entscheidungsprozessen des Menschen wahrhaftig nicht nur im Verstand abspielen.

Kirchentage, ja Kirchen sind Orte, an denen Menschen sich fröhlich ein Herz fassen und für eine Sache eintreten, auch wenn sie ausweglos scheint in der Welt der Realpolitik. Sie sind sozusagen Biotop für Träumende, für Menschen, die noch Visionen haben. Die Bibel ist voll davon. Da wird von Gottes Zukunft gesprochen, in

der alle Tränen abgetrocknet werden, und Leid, Not, Geschrei und gar Tod ein Ende haben. Diese Vision hat Menschen immer wieder inspiriert, gegen die Wirklichkeit anzudenken und anzuhandeln. Ich denke an Jesus selbst, der die Trauernden selig preist, an Helmuth James Graf von Moltke, der erhobenen Hauptes vor dem geifernden Volksrichter Freisler stand, an Martin Luther King, der gewaltfreien Widerstand für den einzig richtigen Weg hielt, an Nelson Mandela, der innerlich frei aus dem Gefängnis kam, an Stefan Krawczyk, der von Freiheit sang in einem unfreien Land. Und an all die Frauen, die aufbegehrt haben, ohne dass ihre Namen bekannt wurden: auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires, wo sie nach ihren in der Militärdiktatur verschleppten Kindern riefen, im Süden Indiens, wo sie gegen das Verbrennen von Frauen um ihrer Mitgift willen demonstrierten, in Lagen in Kroatien, wo sie schwarz gekleidet die massenhafte Vergewaltigung als Kriegswaffe anklagten. Überall gibt es Menschen, die es wagen, von einer anderen Welt zu träumen. „Eine andere Welt ist möglich“, lautet das Motto des Weltsozialforums. Die Mächtigen der Welt belächeln es. Die ach so pragmatischen Tageszeitungen finden nur Häme und Spott: Naiv. Weltverbesserer, Gutmenschen. Das sind offensichtlich Schimpfworte geworden. Traurig, wenn eine Gesellschaft nicht mehr über das Vorfindliche hinaus denken kann. Armselig geradezu. Denn die Träumer, die Hoffenden, die Visionäre haben die Welt immer eher vorangetrieben zu mehr Gerechtigkeit und Frieden als die Pragmatischen, die ach so Abgeklärten, diejenigen, die sich im Machtapparat arrangieren. Der damalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe, hat mir im vergangenen Jahr gesagt, ich solle mich doch in ein Zelt setzen und mit den Taliban bei Kerzenlicht beten. Offen gestanden

finde ich, das ist eine wesentlich bessere Idee als die Bombardierung von Tanklastwagen in Kunduz. Wir wissen doch, dass Frieden letzten Endes nur durch mühselige, oft schmerzhaft und riskante Versöhnungsprozesse wachsen kann, in denen die Opfer

In unserer Welt werden diejenigen als glücklich angesehen, die sich durchsetzen können, schlagfertig sind, viel Geld verdienen, gut aussehen. Jesus stellt die Erfahrung im Alltag der Welt auf den Kopf, indem er sie aus der Perspektive des Reiches Gottes in neuem Licht erscheinen lässt. Damit ermutigt er, anders zu sein, sich nicht anzupassen, widerständig zu bleiben, die Fragen der Gerechtigkeit und des Friedens auf der Tagesordnung zu halten. Und immer wieder dem Herz mehr zu folgen, statt sich vermeintlichen Unabänderlichkeiten zu fügen. Damit das Herz rein bleibt – oder wird.

Noch einmal Ida Hahn-Hahn in frommer Sprache: „Selig sind die Herzensreinen, / Wandelnd auf der Unschuld Au'n, / Die hienieden Ihm sich einen, / Werden Gott einst droben schau'n.“

8. Glückselig sind, die Frieden schaffen, denn sie werden Gottes Töchter und Söhne heißen. (5,9)

„Wie wird Friede?“ fragte Dietrich Bonhoeffer in seiner berühmten Andacht 1934 in Fano: „Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernennen muss.“ Er hoffte, die Kirche würde „ihren Söhnen die Waffen aus der Hand nehmen ...“ Die Begeisterung der damaligen Zeit ist in unseren Breitengraden Gott sei Dank heute nicht mehr so gegeben.

Die Erschütterungen des Zweiten Weltkriegs führten 1948 zu dem klaren ökumenischen Bekenntnis von Amsterdam: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.“ Doch damit herrscht keineswegs Frieden. Ich bin überzeugt, Religionen müssen sich gegen Pflichtdienste an der Waffe aussprechen.

Sie sind mit dem Gewissen eines Men-



Rosemarie Müller: Das Gleichnis vom Senfkorn, Mt. 13, 31.32

gehört werden und die Täter Schuld bekennen. Gegenüber all den Realpolitikern, den Pragmatikerinnen, den Zynikern und den Erlahmten gibt der christliche Glaube Raum, reinen Herzens gegen die „Normativität des Faktischen“ anzudenken. Einer der stärksten Texte dazu sind die Seligpreisungen. Glückselig, selig, lebensfroh, gesegnet werden diejenigen genannt, die arm sind, Leid tragen, Frieden stiften, barmherzig sind. Genau darin liegt die Spannung: das ist ein tiefer Kontrast zur Wirklichkeit!

schen nicht vereinbar. Gewissensfreiheit ist ein Grundrecht in unserem Land. Und ein Grundrecht kann nicht erst auf Antrag gewährt werden, das ist bei der Religions- und Meinungsfreiheit ja auch nicht so. Jede muss mit ihrem und jeder muss mit seinem Gewissen vereinbaren, ob sie oder er sich an einem Waffeneinsatz und der Tötung anderer Menschen beteiligen kann. Das gilt auch in einer Freiwilligen-Bundeswehr. Vor wenigen Wochen wurde das Ende der Zentralstelle zur Beratung von Kriegsdienstverweigerern in Berlin gefeiert. Längst gab es keine Wehrgerechtigkeit mehr, wenn von 370 000 jungen Männern eines Jahrgangs nur 70 000 zum Grundwehrdienst und 90 000 zum Zivildienst herangezogen werden. Unsere Gesellschaft gibt ein deutliches Signal ihres Friedenswillens, wenn sie ihren Bürgern keine Pflicht zum Waffendienst mehr auferlegt, das steht uns in Deutschland gut an, finde ich. Aber es bleiben ja offene Fragen. Eine davon hat die Internationale ökumenische Friedenskonvokation in Jamaika letzten Monat so formuliert: „Wir ringen weiter um die Frage, wie unschuldige Menschen vor Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt geschützt werden können.

In diesem Zusammenhang stellen wir uns tiefgreifende Fragen zum Konzept der „Schutzverantwortung“ und zu dessen möglichem Missbrauch.“ Wir sind nicht am Ende mit diesen Fragen. Und die Bergpredigt fordert uns neu heraus!

Was sind kreative Wege? Wenn wir die Lage in Libyen anschauen, habe ich zunächst gedacht, eine Flugverbotszone könnte ein kreatives, gewaltfreies Mittel sein, zum Frieden beizutragen, Zivilbevölkerung zu schützen. Um reine Luftraumüberwachung ging es, das schien mir einleuchtend. Die UN-Resolution aber hat dann erklärt, „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz

der Zivilbevölkerung“ außer „Besatzungstruppen“ seien zu ergreifen. Und sofort begann das Bombardement am Boden, der gezielte Versuch auch, Gaddafi, mit dem man eben noch munter Geschäfte gemacht hatte, zu töten. Friede wird so nicht, das sehen wir ...

Die Seligpreisungen ermutigen, kreative Wege zum Frieden zu finden. Damit es nicht nötig ist, sich lapidar für die Tötung von 14 Frauen und Kindern zu entschuldigen wie es die Nato in dieser Woche tat.⁸ Denn wie bizarr ist das denn, zu sagen: Entschuldigen sie bitte, „unglücklicherweise stellte sich das von den Aufständischen absichtlich besetzte Anwesen später als das Haus unschuldiger Zivilisten heraus.“⁹ Entschuldigung, aber das ist inakzeptabel!

9. Glückselig sind die um der Gerechtigkeit willen Verfolgten, denn ihnen gehört die gerechte Welt Gottes.
(5,10)

Was für ein Widerspruch zur Realität der Welt. Wir kennen ja gar nicht mit Namen all diejenigen, die verfolgt werden, weil sie es wagen, aufzubegehren. Der chinesische Künstler Ai Wei-Wei, er ist derzeit eine Symbolfigur dafür! Aber die Verfolgten sind auch die Flüchtlinge dieser Welt. Die auf Booten im Mittelmeer ihre Reise antreten. Oder lassen Sie mich die Geschichte des 15-jährigen Ali und seines Vaters Farid erzählen: Sein Vater Ferid musste vor 10 Jahren aus dem Iran fliehen, weil er einen Korruptionsskandal aufgedeckt hatte. Nachdem er im Gefängnis bereits gefoltert worden war, drohte eine erneute Verhaftung. Er floh mit seinem Bruder nach Deutschland, wenig später kamen seine Frau und sein Sohn Ali nach. Allerdings reisten sie über Griechenland ein. Also wurden Ali und seine Mutter nach Griechenland ab-

geschoben, er erinnert sich gut daran. Fünf Jahre lebten sie dort, Ali lernte fließend griechisch sprechen. Um seinen Sohn besuchen zu können, erhielt Ferid einen Fremdenpass. Dadurch hatte er die Möglichkeit, einen Taxischein zu erwerben und zu arbeiten. Da es Frau und Sohn schlecht ging in Griechenland, setzten sie alles in Bewegung, zumindest Ali nach Deutschland zu holen. Das gelang, aber so ging der Fremdenpass und die Arbeitserlaubnis verloren. Ali ist nun 15, geht auf ein Berliner Gymnasium, spricht fließend deutsch, möchte Abitur machen. Aber der Vater ist im Asylfolgeverfahren von Abschiebung in den Iran bedroht, mit ihm sein Sohn. Die Duldung wird mal für zwei Wochen, mal für drei Monate ausgestellt. Und seine Frau sitzt in Griechenland fest. Ein Schicksal von vielen, gewiss. Aber ich habe die beiden kennen gelernt. Gesehen, wie sie beim Skypen weinen in Berlin und in Athen. Was soll das? Welche Logik steckt dahinter, wenn gleichzeitig nun im Ausland Fachkräfte angeworben werden sollen? Diese Asylpolitik kann ich nicht begreifen.

Selig sind sie. Nein, sie sind jetzt nicht glücklich und nicht selig im herkömmlichen Sinne. Aber sie strahlen in ihrem Leid eine ganz eigene Würde aus. Unglücklich und unselig habe ich mich gefühlt, weil es scheinbar keine Möglichkeit gibt, zu gerechten Lösungen zu finden in der Welt der Asylgesetze und Schengener Abkommen.

10. Glückselig seid ihr, wenn sie euch um meinetwillen ausgrenzen, verfolgen und verleumderisch alles Böse nachsagen. (5,11)

Dass Menschen verfolgt werden, weil sie sich zum christlichen Glauben bekennen, erscheint uns in Westeuropa kaum vorstell-

bar. Da gibt es eher Gleichgültigkeit dem christlichen Glauben gegenüber. Aber Christinnen und Christen sind weltweit die am stärksten bedrohte Religionsgruppe! Immer wieder riskieren Menschen ihr Leben, weil sie die Nachfolge des Jesus von Nazareth antreten wollen. Sie brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Ich bin dankbar, in einem Land zu leben, das Religionsfreiheit kennt. Und ich werde dafür eintreten, dass Menschen anderen Glaubens ihren Glauben frei praktizieren können in Synagogen und Moscheen und Tempeln in unserem Land. Gleichzeitig werde ich dafür eintreten, dass Christen dies können in der Türkei, in Indonesien, in Indien und in Pakistan.

Mir scheint, der Dialog der Religionen liegt erst noch vor uns. Noch einmal das Abschlussdokument der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaika: „Gemeinsam mit Partnern anderer Religionen haben wir erkannt, dass Friede ein Grundwert aller Religionen ist und dass die Verheißung von Frieden allen Menschen gilt, egal, welcher Tradition sie angehören und worauf sie ihr Leben gründen. Durch eine Intensivierung interreligiöser Dialoge versuchen wir, in diesen Fragen Gemeinsamkeiten mit allen Weltreligionen zu finden.“

Das werden schwierige Wege sein. Aber wir haben auch ermutigende Zeichen gesehen, etwa als in Ägypten Muslime und Christen gemeinsam gegen das alte Regime der Unterdrückung aufstanden. Obwohl: Mittlerweile brennen wieder koptische Kirchen ... Ich denke, wir müssen deutlich machen: Menschen muslimischen Glaubens gehören zu Deutschland und damit eben auch der Islam. Was sind denn das für merkwürdige Differenzierungen, die versuchen, Menschen mit ihrem Glauben und den Glauben selbst auseinanderzudividieren! Ebenso gilt selbstverständlich: Menschen christlichen

Glaubens leben in der Türkei und damit gehört das Christentum zur Türkei. Immerhin: Paulus war nach heutigen Kriterien ein türkischer Zeltmacher! Und: was sind das für hämische, menschenverachtende Pamphlete, die sich profilieren auf Kosten anderer! Wie fühlt sich ein türkischer Taxifahrer in Berlin dessen eine Tochter Medizin studiert und die andere Lehramt, wenn ihm erklärt wird, er sei „Kopftuchmädchenproduzent“? Ich schäme mich dafür, das solche Tiraden (wieder?) Applaus finden in Deutschland. Unselig ist das! Denn als erstes gilt es schlicht, die Menschenrechte ernst zu nehmen und umzusetzen. Ich stimme Sarrazin vollkommen zu, wohlgerne dem Bundestagsabgeordneten Manuel Sarrazin, der schreibt: „Wir brauchen eine menschenrechtlich fundierte humanitäre EU-Migrationspolitik, die auf humane Standards setzt, die Menschenrechte auch an den europäischen Außengrenzen, ob auf See oder an Land, wahrt, die Möglichkeiten der legalen Migration besser und neu eröffnet und die Möglichkeiten für Integration hier im Land stärkt.“¹⁰ Das wird die Frage sein: Wie gestalten wir Zuwanderung? Wie setzen wir das Recht auf Asyl für Menschen um, die politisch verfolgt werden?

11. Freut euch und jubelt, dass eure Belohnung groß ist bei Gott. Denn genauso verfolgten sie die Prophetinnen und Propheten vor euch. (5,12)

Bei allen Problemen, Herausforderungen, Ängsten: wir dürfen uns auch freuen. Auch wenn wir arm sind, leiden, unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Frieden nicht erfüllt wird: es gibt Grund zum Feiern! Diese Welt ist kein hoffnungsloser Ort! Wir können jetzt und hier glücklich sein, weil wir etwas ahnen von Gottes zukünftiger Welt. Nein, Christen müssen keine

Trauerklöße sein, selbst Protestanten nicht! Lebenslust ist nicht ausgeklammert, nur weil wir hinschauen auf die Probleme der Welt. Das Evangelium ist geradezu eine Anleitung zum Glückseligsein, weil wir einen zweiten Blick auf die Wirklichkeit haben. „Mit dem zweiten sieht man besser“ bekommt da eine ganz neue Bedeutung.

Wie also werde ich glücklich? Indem ich mein Leben und auch mein Glück als ein Geschenk Gottes verstehe. Mich beheimate in der Gemeinschaft der Kinder Gottes, die für Gerechtigkeit und Frieden eintreten. Hinschaue, wo Menschen verfolgt werden, trauern, Trost suchen. Dem folge, was mein Herz mir rät. Glückseligkeit ist Herzenssache.

* *Bibelarbeit auf dem Kirchentag in Dresden, 2.6.2011. Teil I erschien CuS 2–3/2011*

8 Vgl. SZ Nr. 125, 31.5.11, S. 7.

9 Ebd.

10 <http://www.manuelsarrazin.de/europa/11-08-2009/europaeischer-migrations-pakt>, <http://www.manuelsarrazin.de/europa/09-09-2009/europaeische-migrationspolitik-0>

Margot Käßmann, 03.06.1958 geboren in Marburg/Lahn, vier Töchter (Sarah 1982, Hanna und Lea 1986, Esther 1991.) 1999 Landesbischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, ab Okt. 2009 Vorsitzende des Rats der EKD, Rücktritt von beiden Ämtern im Februar 2010, seitdem im Dienst der EKD und Prof.n in Bochum



Margot Käßmann

**Leserbrief zu Margot Käßmann:
Die Glückseligkeitspreisungen, Teil I,
CuS 2–3/2011**

Von Siegfried Katterle

In Margot Käßmanns Bibelarbeit zu den Glückseligkeitspreisungen nach dem Matthäusevangelium hat mich, wie schon bei früheren Texten der Verfasserin, die sozialgeschichtlich informierte und mutig aktualisierende Bibelexegese beeindruckt. Auch die Erinnerung an M. Käßmanns Neujahrspredigt 2010 war angebracht, als ihre Aussage „nichts ist gut in Afghanistan“ – wir erfahren es fast täglich im Fernsehen! – große Empörung hervorrief, während ihr Satz „nicht alles ist gut, wenn so viele Kinder arm sind im eigenen Land“ nicht als Feststellung eines unerträglichen Zustandes empfunden wurde, dessen wir uns schämen müssen. Bedrückend ist auch die Erinnerung an fundamentalistische Staatsmänner wie R. Reagan und G.W. Bush, die mit apokalyptischen Beschwörungen („Harmagedon“, „Achse des Bösen“) gesetzlose Gewaltbereitschaft gegen äußere Feinde, und in der eigenen Gesellschaft Verdacht, Ablehnung, Haß gegen alles Fremde, Befremdliche schürten.

Bei ihrer Auslegung der Seligpreisung derjenigen, die „hungern und dürsten nach Gerechtigkeit“, entfaltet M. Käßmann eindringlich die biblische Vorstellung einer dynamischen Beziehungsgerechtigkeit. Dann zitiert sie allerdings den Slogan: „Wir können unmöglich weiterhin auf Kosten der nächsten Generation Schulden machen.“ Das ist eine neoliberale Parole, die jede öffentliche Verschuldung (und ebenso jede Steuererhöhung) als gemeinwohlschädlich bekämpft, weil der Staat damit nur private Initiative hindere und mit dem Geld ohnehin nicht sinnvoll umgehen könne. Wenn der Staat Schulden aufnimmt und mit diesen Einnahmen z.B. das Bildungssystem von den Kitas bis zu

den Hochschulen quantitativ ausbaut und qualitativ verbessert, dann tut er etwas für die nächste Generation. Er verhält sich wie Eltern, die für sich und ihre Kinder ein Haus bauen und sich dafür um ein Mehrfaches ihres Jahreseinkommens verschulden. Vielleicht werden die Kinder noch einen Teil der Schuld erben, aber sie erben auch das Vermögen, und sie haben von Anfang an die Wohnqualität des Hauses genutzt. Zwar wird die Schuld des einzelnen Hauseigentümers eines Tages ganz getilgt, aber die aggregierte Schuld des volkswirtschaftlichen Sektors Wohnungsbau wird nie getilgt (hier endet die Vergleichbarkeit der Einzelwirtschaft des Privathaushalts mit einer volkswirtschaftlichen Sektorgröße, sei es „Wohnungsbau“ oder „Staat“); schon wenn der Schuldenstand dieses Sektors Wohnungsbau sinkt, bedeutet das Auftragsmangel für das Baugewerbe und Kurzarbeit und Gefährdung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten.

Der Grund für den jetzigen Stand der Staatsschuld ist nicht, dass „wir über unsere Verhältnisse gelebt haben“, wie manche Politiker uns einreden wollen. Der Grund liegt darin, dass die Regierungen die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit großen Ausgabeprogrammen zur Stützung von Banken, die „too big to fail“ waren, und zur Stabilisierung von Konjunktur und Beschäftigung auffangen mussten. Es ist verblüffend, dass Politik und Öffentlichkeit nur noch von den Problemen der Staatsschulden reden und die Probleme enthemmter Finanzmärkte und die durch sie verursachte Krise der Realwirtschaft anscheinend vergessen haben. Wenn Banken „too big to fail“ sind, heißt das schlicht, dass sie „too big“ sind und aus Gründen des Gemeinwohls in ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt und strenger reguliert werden müssten. Bisher konnte sich die Politik aber nicht einmal in der EURO-Währungsunion darauf verständigen, eine Finanztransaktions-Steuer einzuführen, um die

Finanzmarkt-Akteure an den Kosten der Bankrettung zu beteiligen und zugleich das irrationale Herdengetriebe an den Finanzmärkten zu entschleunigen. Auch die Staatsschuld der USA könnte leicht abgebaut werden, wenn es dem Präsidenten gelänge, die Steuersätze für die hohen Einkommen wenigstens auf den Durchschnitt der entwickelten Industrieländer (OECD) anzuheben. Wie wir sehen, weiß das die Lobby der Reichen und der Wallstreet zu verhindern. Man könnte also auch fordern: Wir können uns die Steuerverweigerung der Einkommens- und Vermögensmillionäre auf Kosten der nächsten Generation nicht weiterhin leisten. (Und wir können uns auch einen Bundeswirtschaftsminister nicht leisten, der nichts anderes im Kopf hat, als Steuersenkungen zu proklamieren, die den Geringverdienern gar nichts bringen würden.)

An anderer Stelle sagt M. Käßmann: „Wir haben in unserem Land Jahrzehnte vor allem über Verteilungsgerechtigkeit diskutiert“, die „in gewisser Hinsicht auf die Gleichheit aller“ ziele. Auch hier möchte ich widersprechen. Was die Verteilung der Arbeitseinkommen betrifft, so geht es etwa bei Konflikten und Tarifvereinbarungen über Lohngruppen um vertretbare („faire“) Gleichheit und vertretbare („faire“) Ungleichheit unterschiedlicher Arbeitsleistungen und ihrer Entlohnung. Ferner hat gerade eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (wieder einmal) gezeigt, dass zwischen 2000 und 2010 die Arbeitseinkommen der Geringverdiener preisbereinigt drastisch gesunken und auch die Arbeitseinkommen der Besserverdiener kaum gestiegen sind. (Gefragt wurde nur nach dem „regelmäßigen Arbeitseinkommen“, nicht auch nach den horrenden Boni von Investment-Bankern und Vorstandsmitgliedern der DAX-Konzerne.) Dies geschah nicht, wie M. Käßmann schreibt, weil „die Spielräume dessen, was verteilt werden kann, zusammengeschrumpft sind“, sondern weil das in diesem Zeitraum zugewachse-

ne Volkseinkommen fast ausschließlich den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugeflossen ist, die ihre Einkommensansprüche (15% Mindestrendite auf Finanzanlagen!) mit Hilfe einer willfährigen Politik durchsetzen konnten. Hinzu kam, dass im Zuge der Hartz-Reformen zur „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes der Druck auf Arbeitslose erhöht wurde, irgendeinen Job anzunehmen (schlecht bezahlte Leiharbeit, öffentlich geförderte Minijobs, entwürdigende sog. „Arbeitsgelegenheiten“). Es ist ein Skandal, dass es in unserem Land keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, der der Verdrängung eines seit Jahren wachsenden Segments der Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse und der damit einhergehenden Verarmung von Familien mit ihren Kindern entgegenwirkt.

Aber natürlich werden nicht nur (Arbeits- und Vermögens-)Einkommen verteilt, sondern Lebenslagen. Und dies geschieht zu einem erheblichen Teil im Bildungssystem (Herstellung gleicher Bildungschancen z.B. durch sozialstaatlich verbürgte frühzeitige Förderung von Kindern besonders im Vor- und Grundschulbereich, also Entwicklung von „capabilities“ im Sinne Amartya Sens, den M. Käßmann erwähnt) und im Produktionssystem (Selbstentfaltung, Mitsprache und Qualifizierung bei der Arbeit). Bischof Wolfgang Huber hat deshalb in seiner bedeutenden Rede in der Friedrichstadtkirche zu Berlin im Jahr 2004 davor gewarnt, „Verteilungsgerechtigkeit gegen Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit auszuspielen, weil sie ja einander bedingen.“ In den Konflikten der Gewerkschaft ver.di mit den Drogerien der Schlecker-Kette – um ein Beispiel anzuführen, worüber die Presse mehrfach berichtete – ging es nicht nur um Lohn, sondern um Wirtschaftsbürgerrechte, um die Würde von Menschen bei ihrer Arbeit.

Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Von Lore Weber

Als Basisgemeinde Wulfshagenerhütten stehen wir der Zielsetzung des Religiösen Sozialismus nahe. Zwei Artikel, die in CuS 3/84 und CuS 4/98 erschienen sind, erinnern daran.

Im Sinne der Nachfolge Jesu suchen wir einen „Lebensstil des Friedens“ zu verwirklichen, als Antwort auf Krieg, Zerstörung der Lebensgrundlagen und sozialen Zerfall, wie sie die kapitalistischen Systeme produzieren. Wir rechnen damit, dass das Reich Gottes kommen und Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen und die ganze Welt schaffen wird.

In dieser Hinsicht verstehen wir auch unser politisches Engagement, unter anderen in der Anti-AKW-Bewegung und seit Tschernobyl auch bei den monatlichen Mahnwachen vor dem nahe gelegenen AKW Brokdorf.

Nach dem Vorbild der ersten Christen (Apg 2 und 4) leben wir mit ca 60 Menschen in Arbeits-, Güter- und Lebensgemeinschaft, in Strukturen also, die aufs Teilen angelegt

sind. Wir teilen unsere materiellen Güter, ebenso wie unsere geistigen Gaben, die Arbeit, den Alltag, sowie das Fest. So entsteht jener Überfluss, der nötig ist, dass ein gerechtes Zusammenleben aller möglich wird. „*Sie blieben beständig in der Gemeinschaft und im Brotbrechen und im Gebet beisammen und hatten alles gemeinsam ... und man teilte jedem aus, je nachdem einer es nötig hatte.*“ (Apg 2,42+4,35)

Bei der Gründung der Basisgemeinde Anfang der 70er Jahre wurden wir zu einem gemeinsamen Leben ermutigt durch andere Gemeinschaften wie die Bruderschaft von Taizé, die Integrierte Gemeinde München, Basisgemeinden in Lateinamerika, sowie die Bruderhöfe. Gemeinsam ist ihnen die Erfahrung, dass das Leben in der Nachfolge Jesu die radikale und revolutionäre Kraft ist, die sie selbst und die Welt verändern kann. Wir verstehen uns im Zusammenhang der weltweiten Kirche. Wir stehen in enger Verbindung mit den Gruppen und den Historischen Friedenskirchen im Netz von „Church and Peace“, mit den Bruderhöfen und mit Basisgemeinden in El Salvador.



Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Die biblische Botschaft von der Nachfolge Jesu versuchen wir im täglichen Experiment ganzheitlich zu verstehen: Kennzeichen dieser „neuen Lebenskultur des Friedens“ sind Nachfolge, Gemeinschaft, Miteinander-Teilen.

Gemäß der Einladung Jesu sind wir offen für alle Menschen, Menschen in Not und solche, die am Bau des Reiches Gottes mitarbeiten wollen – ohne Voraussetzung also irgendeiner beruflichen, materiellen oder religiösen Qualifikation.

„Kommt her zu mir alle, die ihr euch plagt und schwere Lasten zu tragen habt. Aufatmen sollt ihr und frei sein.“ (Matth.11,28)

Wir leben in Wohngemeinschaften zusammen, haben einen kleinen eigenen Kindergarten und wirtschaften gemeinsam. Der genossenschaftlich organisierte Betrieb zur Holzverarbeitung für Spiel- und Bewegungsgeräte (nach E. Hengstenberg und E. Pikler) kann die Gemeinschaft weitgehend versorgen und bietet darüber hinaus Arbeitsplätze für Menschen aus der Region, auch für solche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt wenig Chancen haben. Nicht Profit und Gewinnmaximierung stehen im Vordergrund der Produktion, sondern die Würde der Teilhabe an einem gemeinsamen und sinnvollen Arbeitsprozess.

In Berlin-Prenzlauer Berg existiert seit

Anfang der 90er Jahre eine zweite Gemeinschaft der Basisgemeinde, die sich ebenfalls wirtschaftlich selber trägt: mit einem Architekturbüro, mit der Teilhabe an der Verkaufsarbeit für die Holzgeräte aus Wulfs-hagenerhütten und mit einem gemeinde-eigenen Kindergarten.

Die Mitte der 90er Jahre in der West-Ukraine gegründete dritte Gemeinschaft konnte nach 15 Jahren ihren Landwirtschaftsbetrieb in die Hände einer christlichen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von jungen Ukrainern übergeben.

Alle, die das Gemeinschaftsleben in der Basisgemeinde kennen lernen wollen, sind eingeladen, eine Woche oder mehr mit uns zu leben.

*Lore Weber
Jahrgang 1936,
Mitbegründerin der
Gemeinde 1973 zu-
sammen mit Ehe-
mann Pfarrer Ger-
hard Weber (1937–
1994). Drei erwach-
sene Kinder, von
denen zwei in der
Basisgemeinde
leben.*



Lore Weber

Wider die Diktatur des Eigentums

Gedanken zu einer solidarischen Ökonomie aus christlicher Perspektive

Von Bernd Meyer-Stromfeldt

Der globale Finanzkapitalismus wankt – und zeigt seine hässliche Fratze. Noch vor weniger als 3 Jah-

ren wirkte das neoliberale Dogma unantastbar. Der Glaube an das Heilsversprechen durch Deregulierung, Privatisierung und die schöne neue Welt der Finanzmärkte nahm quasi religiöse Züge an. Mittlerweile

erleben wir neben der permanenten Zerstörung der Schöpfung und der zunehmenden Verarmung und Marginalisierung eines Großteils der Menschheit eine absurd erscheinende Bedrohung der „Realökonomie“ durch den völlig außer Kontrolle geratenen modernen Moloch „Internationale Finanzmärkte“.

Es wird immer deutlicher, dass wir unser (Zusammen-)Leben auf eine neue Grundlage stellen müssen. Mit der Verschärfung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich die Frage neu stellen: Welches Wirtschaftssystem wollen wir eigentlich? Auch als Christen fragen wir: Was haben wir zu dieser Situation beizutragen? Wie können wir aus der Bibel Impulse für die aktuellen Herausforderungen bekommen? Welches Zeugnis geben wir mit unserem Leben?

Sicherlich ist es wenig hilfreich, von der Bibel fertige „Rezepte“ zur Lösung der aktuellen Krise zu erwarten, und eine unreflektierte, aus dem Zusammenhang gelöste Übertragung einzelner Gebote (wie dies z. T. mit dem Zinsverbot geschieht) wäre naiv. Bei Berücksichtigung der Bedingungen, unter denen die Biblischen Texte entstanden sind und auf die sie bezogen waren (antike Gesellschaftsordnung, soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungen), können wir jedoch versuchen, die Zielrichtung der biblischen Ansätze zu aktualisieren und so interessante und durchaus radikale Lösungsansätze für heute gewinnen.

Bereits im alten Israel war der Grundauftrag Gottes an das werdende Volk Israel die Herauslösung aus den imperialen Strukturen (Auszug aus Ägypten) und die Bildung einer egalitären Kontrastgesellschaft. In der Auseinandersetzung der im Hochland Palästinas lebenden Stämme mit den kanaanitischen Stadtstaaten des Gebietes und den angrenzenden imperialen Großrei-

chen entstand die im Alten Testament festgehaltene Gründungsgeschichte des Volkes Israel, welche den Kampf um Verwirklichung und Aufrechterhaltung dieser an Gerechtigkeit orientierten Sozialordnung beschreibt – wider die Bedrohungen von außen (umliegende Imperien) und von innen (Machtstrukturen, Hierarchiebildung, ökonomische Ungleichheit usw.). Jesus ist (auch) gekommen, um den Weg zu dieser gerechten Sozialordnung wieder frei zu machen. Seine radikale Kritik der Machtverhältnisse und der Anstoß zu einer subversiven und gewaltfreien Befreiungsstrategie mündete in der Entstehung der urchristlichen Gemeinden, in denen diese Vorstellungen einer Kontrastgesellschaft vor allem im städtischen Bereich neu kontextualisiert wurden.

Ähnlich wie die ersten Gemeinden stehen wir heute vor der Aufgabe, diesen Grundauftrag Gottes für die Zeit des Spätkapitalismus neu zu aktualisieren und zu leben. Wir müssen uns also fragen: Wodurch, insbesondere durch welche Zielvorstellungen, war die damalige „Kontrastgesellschaft“ gekennzeichnet? Und: wie könnte das heute aussehen? Anhand einiger Gedanken zum alttestamentlichen Bodenrecht und den Sabbat-/Jubeljahr Geboten soll dies exemplarisch verdeutlicht werden:

In der Antike war der Boden die einzig wesentliche produktive Form von Kapital. Die agrarisch geprägten Feudalgesellschaften der imperialen Systeme konzentrierten dieses Vermögen zunehmend auf eine winzige Gesellschaftsschicht, während die breite Masse im Elend lebte. Um eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu realisieren, spielten also Besitz und Verteilung des Bodens die zentrale Rolle. An diesem Punkt setzte das biblische Bodenrecht an. Es bestimmte Grund und Boden als Eigentum Gottes, welches nicht dauerhaft verkauft

werden konnte, sondern immer wieder an die ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden musste und so eine dauerhafte Subsistenzwirtschaft gewährleistete. Dieses Recht wurde von weiteren Maßnahmen gegen Vermögenskonzentration und Ausbeutung ergänzt. (z. B. Zinsverbot, Regelungen zur Schuldklaverei...) (vgl. Lev. 25) Wir haben es also mit einer Eigentumsordnung zu tun, die Privateigentum vermeidet und so eine Eigentumskonzentration verhindert, ohne dabei in ein Staatsmonopol bzw. eine Zentralverwaltungswirtschaft zu geraten. Wenn wir heute tatsächlich eine „andere Welt“ für nötig halten, werden wir die Grundpfeiler unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung in Frage stellen und dabei radikal neu über Eigentumsformen nachdenken müssen. Vielleicht hilft uns dabei eine Beschäftigung mit der Bibel und ihrer Vision einer Gesellschaft ohne Privateigentum.

Auch heute finden wir Vermögen in einem perversen Ausmaß ungleich verteilt: die arme Hälfte der Weltbevölkerung besitzt weniger als 1% des Weltvermögens, die reichsten 10% besitzen 85% dieses Vermögens – mit einer klaren Tendenz zur Verschärfung des Problems. Vielleicht gelingt es der Occupy-Bewegung mit ihrem Slogan „99 Prozent“ dies noch bewusster zu machen. Bezüglich des Produktivkapitals haben wir also einen in Teilen mit der antiken Situation vergleichbaren Prozess – damals Herausbildung von Großgrundbesitz, heute von sehr großen Vermögen. Wir befinden uns heute in einem Dauerkonflikt zwischen den Eigentumsrechten einer kleinen Minderheit und den Grundrechten fast aller Menschen. Wie könnte heute der Weg in eine Gesellschaftsordnung aussehen, die sowohl Privateigentum als auch die Ineffizienz und Macht-Problematik der Zentralverwaltungswirtschaft vermeidet?

Eine gerechtere Wirtschaftsordnung kann nicht auf Basis einer fertigen „Blaupause“ umgesetzt werden. Zum einen ist die Erwartung einer derartigen Revolution m. E. unrealistisch, zum anderen waren die Erfahrungen (z. B. in den so genannten realsozialistischen Systemen) nicht gerade ermutigend, und die Risiken sind hoch, bei einem derartigen Versuch in einem System zu landen, das noch schlechter als das gegenwärtige ist. Aussichtsreicher scheint es mir, auf zahlreiche, miteinander wechselwirkende Veränderungen sowohl auf der Ebene der Wirtschaftssubjekte als auch der Rahmenbedingungen zu setzen und dann auf einen systemischen „Kipppunkt“ zu hoffen.

Dabei ist zu beachten, dass gelebte Solidarität desto schwieriger wird, je größer die Bezugsgruppe ist. Im biblischen Bodenrecht gehört das Land Gott und ist im Besitz auf die Stämme, Sippen und Familien verteilt (weil sonst sehr schnell „alle gleich aber einige gleicher als die anderen“ sind). Heute könnten neue kollektive Eigentumsformen auf Ebene der Wirtschaftssubjekte (also der Betriebe und Verbraucher) der Solidarität einen Rahmen – im Sinne einer überschaubaren Verantwortungseinheit – geben. Ausgehend von der Frage der privateigentumsfreien Wirtschaftssubjekte müsste diskutiert werden, wie makroökonomische Rahmenbedingungen aussehen könnten und wie ein Transformationsprozess hin zu einer derartigen Wirtschaftsordnung gestaltet werden könnte. Denkbar wäre hier z.B. eine allmähliche „Vergensenschaftung“ konsumnaher Branchen und von Branchen mit zentraler gesellschaftlicher Bedeutung wie Finanzen, Energieversorgung, Telekommunikation.

In welcher Richtung diese neuen Eigentumsformen auf der Mikroebene liegen könnten, möchte ich im Folgenden an be-

stehenden praktischen Beispielen verdeutlichen.

Selten beachtet wird die Firma Bosch: auf den ersten Blick ein ganz normaler Global Player, aber mit einer interessanten gesellschaftsrechtlichen Struktur: „Die Kapitalanteile der Robert Bosch GmbH liegen zu 92 Prozent bei der gemeinnützigen Robert Bosch Stiftung GmbH. Die Stimmrechte liegen mehrheitlich bei der Robert Bosch Industrietreuhand KG; sie übt die unternehmerische Gesellschafterfunktion aus.“ (Auszug Startseite Bosch.de) Dieses Beispiel verdeutlicht, dass „Erfolg“ nicht zwingend mit Privateigentum zusammenhängt – und eine gemeinnützige Rückbindung möglicherweise sogar eine langfristige Perspektive eröffnet. Die Gewinne fließen im Wesentlichen an die Stiftung und werden gemeinnützig verwendet, oder sie verbleiben im Unternehmen; die Stimmrechte übt die Treuhand KG aus. Das Beispiel Bosch regt zu Gedanken für einen ersten Transformationsschritt der Wirtschaft im großindustriellen Bereich an. Ausbaubar scheint mir die demokratische Rückbindung – wer bestimmt letztlich in der Treuhand KG und nach welchen Kriterien?

Ein echtes volkseigenes Unternehmen finden wir in der Schweiz: den Genossenschaftsverbund MIGROS – mit über 80 000 Beschäftigten die größte Handelsgruppe der Schweiz. Der Unterschied zu den in Deutschland bekannten (und durchaus vorbildlichen) Genossenschaften liegt darin, dass jedeR kostenlos Genossenschaftsmitglied werden und so Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen kann. Die Struktur ist demokratisch, föderal und sehr vorbildlich. Wir haben es also tatsächlich mit einem seit über 50 Jahren hervorragend funktionierenden Zusammenhang zu tun, auf den alle Schweizer äußerst stolz sind. (fragen Sie den nächsten Schweizer, den

Sie sehen!). Die MIGROS Gruppe bietet der Schweizer Bevölkerung nicht nur seit Jahrzehnten qualitativ hochwertige Lebensmittel, sondern sie war auch immer wieder richtungweisend in Bereichen der Verbraucherrechte sowie der sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen der von ihr gehandelten und z.T. erzeugten Produkte – und dies alles als Genossenschaft im Eigentum des Schweizer Volkes!

Im Bereich der Banken und Versicherungen tut sich durch die Finanzkrise ohnehin die Frage auf, welchen Einfluss und Gegenwert die Bürger als Gegenleistung für die Milliarden Garantien und wohl auch -kosten eigentlich bekommen. Wir haben in Deutschland ein sehr gut funktionierendes genossenschaftliches Bankenwesen. Bei der nächsten Stützung von Großbanken könnten diese zunächst verstaatlicht, zerschlagen und dann in Genossenschaften überführt werden; alternativ wären auch Beteiligungsgesellschaften unter Kontrolle der Bürger denkbar.



Haupthaus

Ausführlicher möchte ich auf die Lebensgemeinschaft, in der ich lebe hinweisen: die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten. Hier sind neben den ökonomischen auch soziale und kulturelle Aspekte integriert,

wodurch mehr von einer „Kontrastgesellschaft im Kleinen“ sichtbar werden kann. In der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten leben knapp 60 Menschen in Gütergemeinschaft – der wohl direkteste Weg in eine Sozialordnung ohne individuelles Privateigentum. Dieser „christliche Kommunismus“ hat eine lange Tradition. Bereits in der Urchristenheit wurde diese Vision des Teilens und Zusammenlebens als Zentrum einer neuen Lebenskultur proklamiert. (vgl. z. B. Apg 2,44: Alle Gläubig gewordenen hielten treu zusammen und hatten alles gemeinsam.) Diese Lebenskultur war bzw. ist als „Reich Gottes“ bereits gegenwärtig. In der Geschichte der Christenheit gab es immer wieder Aufbrüche, die an diesen Ursprungsauftrag anknüpfen – häufig verbunden mit einem radikalen Friedenszeugnis, so z. B. die Hutterischen Brüder, die seit einem halben Jahrtausend in Gütergemeinschaft und unter völliger Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegssteuern leben. In unserer heutigen, kapitalistisch durchstrukturierten Welt sind diese Ansätze nötiger denn je.

Konkret bedeutet das für uns, dass wir kein privates Eigentum oder private Einkünfte besitzen. Über unser Gemeinschaftseigentum entscheiden wir gemeinsam. Wer sich der Gemeinschaft anschließt, bringt sein Vermögen bzw. seine Schulden ein. Es bestehen keine materiellen Voraussetzungen (wie Eintrittsgelder o.ä.) für ein Mitleben in der Gemeinschaft; dadurch wird auch ärmeren Menschen der Eintritt möglich. Bei unserem einfachen Lebensstil besteht auch kein Anreiz, diese Offenheit auszunutzen. Da unsere Güter gemeinsam genutzt werden (so haben wir insgesamt z. B. nur 2 PKW für ca. 60 Menschen), brauchen wir weniger – die Fülle des Lebens entsteht ohnehin aus der Gemeinschaft und der Freude an- und miteinander. Dieser

einfache Lebensstil setzt uns in große Freiheit, auch unsere Arbeit zuerst nach menschenwürdigen und schöpfungsgemäßen und erst dann nach ökonomischen Kriterien zu gestalten.



Werkstatt

Seit über 20 Jahren stellen wir in einer inzwischen recht großen (genossenschaftlich verfassten) Werkstatt Holzspiel- und Bewegungsgeräte her. Um unsere Arbeit Kindern aus allen sozialen Schichten (also nicht nur den privilegierten) zugute kommen zu lassen, verkaufen wir vor allem an Kindergärten. Es ist eine schöne und spannende Herausforderung, immer wieder neu zu prüfen wie in einem völlig „normalen“ rechtlichen und ökonomischen Umfeld praktische Entscheidungen an der Ursprungsvision ausgerichtet werden können. So z. B.:

- bei der Personalpolitik im Geschäftsbetrieb – wir beschäftigen mittlerweile ca. 20 „externe“ Mitarbeiter – in der Mehrzahl Menschen, die längere Zeit arbeitslos waren, die älter sind oder sprachlich bzw. von ihrer Belastbarkeit her eingeschränkt sind
- bei der Auswahl von Lieferanten und Geschäftspartnern. Neben dem Holzankauf z. B. auch Einkauf von ökologisch

verträglichem Büromaterial, Auswahl sozial, ökologisch bzw. christlich orientierter Versicherungsgesellschaften und Banken bis zum Ausschluss von Geschäftspartnern, die betriebliche Mitbestimmung in ihren Betrieben zu verhindern suchen

– bei der Energieversorgung (Photovoltaik-Anlage, Holzspäne-Heizung und Strom der Elektrizitätswerke Schönau - auch für Privatkunden wärmstens zu empfehlen!)

– im regionalen, ökologischen und fairen Einkauf für die Gemeinschaft, hier haben wir vor allem im Bereich Lebensmittel sehr schöne Beziehungen in der Region.

Es ist ein Weg zwischen Utopie und Machbarkeit, der mir persönlich große Freude macht. Offensichtlich sind die oben geschilderten Gedanken zu einer alternativen Wirtschafts- und Sozialordnung utopisch.

Aber als es vor über 30 Jahren mit unserer Basisgemeinde begann, war dies auch häufiger Kommentar vieler Freunde und Beobachter. Heute können wir mit unserer 30jährigen Lebenspraxis konkret Anstöße geben und Mut machen, eine gerechtere Welt zu suchen – sie ist möglich!

Bernd Meyer-Stromfeldt studierte Ökonomie und lebt seit 15 Jahren in der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten. Dort ist er in der Geschäftsleitung der Genossenschaft (Herstellung und Verkauf von Holzspielgeräten) tätig. Er ist verheiratet und hat 4 Kinder.



Bernd Meyer-Stromfeldt

Finale Krise des Kapitalismus?

Von Leonardo Boff

Meine These ist, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus mehr ist als eine konjunkturelle oder strukturelle Krise. Sie ist vielmehr final. Ist die Fähigkeit des Kapitalismus, sich jederzeit allen Verhältnissen anpassen zu können, erschöpft? Mir ist klar, dass nur wenige Menschen diese These teilen. Zwei Gründe jedoch veranlassen mich zu dieser Interpretation:

1. Wir haben es mit einer finalen Krise zu tun, weil wir alle, insbesondere aber der Kapitalismus, die Grenzen der Erde missachtet haben. Wir waren damit beschäftigt, den gesamten Planeten zu plün-

dern, sein subtiles Gleichgewicht zu zerlegen, seine Güter und Dienstleistungen bis zu dem Punkt auszuschöpfen, von dem aus er mit eigener Kraft nicht mehr ersetzen kann, was man aus ihm herausgeholt hat. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Karl Marx prophezeit, dass das Kapital dahin tendiere, die Springquellen seines Reichtums und seiner Reproduktion zu zerstören, nämlich die Natur und die Arbeit. Das erleben wir gegenwärtig.

Die Natur wird in der Tat einem unglaublichen Stress unterzogen, wie niemals zuvor zumindest im letzten Jahrhundert, wenn man von den 15 ungeheuren Zerstörungen absieht, die sie im Laufe ihrer Geschichte von 4 Milliarden Jahren zu bestehen hatte.

Die in allen Regionen feststellbaren heftigen Klima-Phänomene und Veränderungen, die auf eine globale Klimaerwärmung hinweisen, belegen die These von Marx. Wie aber will sich der Kapitalismus ohne die Natur reproduzieren? Er ist mit einer unüberwindbaren Grenze konfrontiert.

Der Kapitalismus verwirft die Arbeit bzw. macht sie prekär. Die Entwicklung wird zum großen Teil ohne menschliche Arbeit vorangetrieben. Der von Informatik und Robotern gesteuerte Produktionsapparat produzierte nahezu ohne Arbeit mehr und besser. Unmittelbare Konsequenz ist also die strukturelle Arbeitslosigkeit. Millionen Menschen werden keinen Zugang zur Arbeitswelt haben, nicht einmal mehr als Reservearmee. Arbeit, abhängig vom Kapital, wird von diesem für überflüssig erklärt. In Spanien sind bereits 20% der Gesamt-Bevölkerung arbeitslos, aber bereits 40 % der Jugendlichen. In Portugal sind es 12 % des Landes, aber 30 % der Jugendlichen. Das führt zu einer tiefen gesellschaftlichen Krise, wie sie gegenwärtig Griechenland verwüstet. Die gesamte Gesellschaft wird einer Art von Wirtschaft geopfert, die nicht dazu dient, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern die Schulden im Banken- und Finanzsystem zu tilgen. Marx hat Recht: Nicht mehr die ausgebeutete Arbeit ist die Quelle des Reichtums, sondern die Maschine.

2. Der zweite Grund für die finale Krise des Kapitalismus hat mit der humanitären Krise zu tun, die der Kapitalismus erzeugt. Zuvor war sie auf die Länder der Peripherie beschränkt. Heute wird sie global und erfasst auch die Länder des Zentrums. Man kann das Wirtschaftsproblem nicht mehr durch die Zersetzung der Gesellschaft in den Griff kriegen. Die Opfer, die sich auf den neuen Kommunikationswegen vernetzen, leisten Widerstand, rebellieren und

bedrohen die herrschende Ordnung. Immer weniger Menschen, besonders unter den Jugendlichen, akzeptieren die perverse Logik der politischen Ökonomie im Kapitalismus: Die Finanzdiktatur, die über den Markt die Staaten ihren Interessen unterwirft und die Gewinnsucht des Spekulationskapitals, das von einer Börse zur anderen zirkuliert und riesige Gewinne verbucht, ohne überhaupt irgendetwas zu produzieren, außer mehr Geld für die Aktienbesitzer.

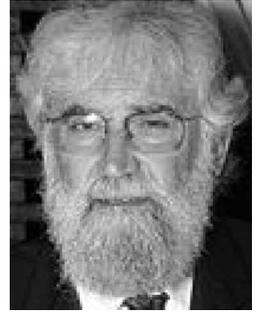
Das Kapital selbst schuf das Gift, von dem es heute umgebracht wird: Weil es von seinen Arbeitern eine stets bessere technische Ausbildung verlangte, um beschleunigter wachsen und besser konkurrieren zu können, hat es unabsichtlich Menschen hervorgebracht, die selbst denken können. Diese beginnen langsam die Perversität des Systems zu begreifen, das den Menschen das letzte Hemd nur zu dem Zweck raubt, materiell immer noch mehr wachsen zu können, das herzlos von den arbeitenden Menschen mehr und mehr Effizienz verlangt, sie einem unglaublichen Stress unterwirft, so dass sie verzweifeln oder sich sogar das Leben nehmen. Die Empörten auf den Straßen und Plätzen einer Reihe von europäischen und arabischen Staaten, in Spanien und in Griechenland rebellieren gegen das herrschende politische System, das sich im Schlepptau der Logik des Kapitals und des Marktes bewegt. Die Jugendlichen in Spanien rufen: es ist keine Krise, sondern Diebstahl. Die Diebe und Räuber sitzen auf der Wallstreet, im Weltwährungsfond, in der Europäischen Zentralbank, das heißt, es sind die Hohenpriester des ausbeuterischen globalisierten Kapitals.

Je mehr die Krise sich zuspitzt, umso mehr werden Menschen in aller Welt die Folgen der Super-Ausbeutung ihres Lebens

und des Lebens der Erde nicht mehr dulden, sondern gegen dieses Wirtschaftssystem rebellieren, das sich in Agonie befindet, und zwar nicht aus Altersgründen, sondern weil das Gift so stark und die Widersprüche so offensichtlich sind, die es hervorgerufen hat, indem es die Mutter Erde so kasteite und das Leben ihrer Söhne und Töchter so stark beschädigte.

Der brasilianische Theologe Leonardo Boff hat Ende Juni 2011 auf seinen Internetseiten

Überlegungen zur aktuellen Krise der Kapitalismus veröffentlicht, deutsche Übersetzung von Norbert Arntz, geschrieben am 11. Juli 2011 von Ludger Weckel, Institut für Religion und Politik, Münster, www.itpol.de.



Leonardo Boff

Wie Armut in einem reichen Land verharmlost und verdrängt wird, Teil I

Von Christoph Butterwegge

Über mehrere Jahrzehnte hinweg hörte und las man selten etwas über Armut in der Bundesrepublik, und wenn, dann meistens im Zusammenhang mit besonders spektakulären Ereignissen bzw. tragischen Einzelschicksalen: dem Kältetod eines Obdachlosen, dem Verhungern eines Kleinkindes oder der Gründung einer „Tafel“, wie die Suppenküchen heutzutage beschönigend genannt werden. Vielmehr wurde Armut mit Not und Elend in der sog. Dritten Welt assoziiert oder mit Blick auf die hiesige Wohlstandsgesellschaft als Randerscheinung bzw. Restgröße verharmlost, auf unterschiedliche Weise ideologisch verschleiert und aus der Öffentlichkeit verdrängt.

An zahlreichen Beispielen aus Politik, Massenmedien und Fachwissenschaft zeigt sich, dass Armut in (West)Deutschland selten oder nie den Aufmerksamkeitsgrad gefunden hat, der ihr eigentlich gebührt, und dass sie keineswegs zufällig immer wieder

aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden, sondern daraus teilweise gezielt verbannt worden ist. Schließlich besaßen wirtschaftlich potente Gruppen der Gesellschaft ein Interesse an ihrer Tabuisierung und konnten diese in ihrem Sinne beeinflussen. Armut wurde mit dem Ziel eskamotiert, kaschiert oder ideologisch verbrämt, die sich tendenziell immer stärker ausprägende soziale Ungleichheit zu legitimieren. Pointiert formuliert: Zu keinem Zeitpunkt hat sich die (west)deutsche Gesellschaft ernsthaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistenteils bewusst ignoriert, negiert oder relativiert, um ihm ausweichen zu können.

Armutsentwicklung und -diskurse nach dem Zweiten Weltkrieg

Da praktisch sämtliche Bevölkerungsschichten unter den massiven Zerstörungen, sozialen Verwerfungen und materiellen Entbehrungen litten, die das Alltagsleben

vornehmlich im Nachkriegsjahrzehnt bestimmten, lag es nahe, weniger die gesellschaftlichen Interessengegensätze als die gemeinsamen Unsicherheiten und Zukunftsängste zu betonen. Extreme Armut, die sich in Massenelend, Wohnungslosigkeit und Hungersnot äußerte, wurde daher selten als eine Folge der Klassenspaltung, überkommener Herrschaftsverhältnisse oder ungleicher Verteilungsrelationen, sondern eher als von den Alliierten oktroyierte und von der Bundesregierung nicht unmittelbar zu beeinflussende Kriegslast betrachtet.

Lange wurde Armut, wenn man sie überhaupt noch wahrnahm, als Kriegsfolge und Nachwirkung der Besatzungszeit betrachtet, die im Zuge des erfolgreichen Wiederaufbaus von selbst verschwinden werde. In bzw. unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Deutsche evakuiert, ausgebombt oder vertrieben worden. Nicht zuletzt diesen persönlichen Erfahrungen dürfte es geschuldet sein, dass Armut noch Jahrzehnte später mit Wohnungsnot identifiziert und auf Obdachlosigkeit reduziert wurde. Außerdem galt sie als Ergebnis der Wechselfälle des Lebens, die manche Menschen „nicht in den Griff bekamen“ bzw. „aus der Bahn warfen“, weshalb sie als persönliches Schicksal und nicht als gesellschaftliches Problem galt, das politisch bekämpft werden musste.

Durch die Währungsreform, bei der sämtlichen Besitzer(inne)n einer am 20. Juni 1948 gültigen Lebensmittelkarte, die 40 Reichsmark bezahlten, dafür eine gleich hohe „Kopfquote“ in der neuen Währung ausgehändigt wurde, entstand der Gründungsmythos einer weitgehend egalitären Nachkriegsgesellschaft. Dieser falsche Eindruck verstärkte sich nicht zuletzt wegen der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Währung erhielt, noch

bevor sie im Jahr darauf als Staat auf die politische Weltbühne trat.

In dem lang anhaltenden und nur durch leichte konjunkturelle Rückschläge unterbrochenen westdeutschen Wirtschaftsaufschwung ging die Massenarmut schnell zurück, wenngleich das Armutsproblem nie ganz verschwand. Das unvorstellbare Nachkriegselend mit Wohnungsnotstand, Kälte-Toten sowie Hunger- und Versorgungskrisen wich im Laufe der 50er- und frühen 60er-Jahre, durch äußerst günstige weltpolitische und -wirtschaftliche Rahmenbedingungen gefördert, einem meist allerdings recht bescheiden anmutenden Wohlstand für immer größere Bevölkerungsteile. Vor diesem Hintergrund versprach der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard in seinem Anfang 1957 erschienenen Buch „Wohlstand für Alle“, das Auf und Ab der Konjunkturzyklen zu überwinden, Vollbeschäftigung zu gewährleisten und den privaten Reichtum durch Verstetigung des Wachstums zu maximieren, ohne dass eine Umverteilung stattfinden müsse.

Je mehr Bevölkerungsgruppen im Laufe des relativ stetigen Wirtschaftsaufschwungs, wenn auch zum Teil unterdurchschnittlich, am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt wurden, umso weniger Aufmerksamkeit fand die Armut der übrigen. „Armut“ entwickelte sich aus einem Reizwort im Kalten Krieg während der hierzulande besonders stark ausgeprägten Prosperitätsperiode mehr und mehr zu einem politischen Unwort. Auf dem Höhepunkt des „Wirtschaftswunders“ war zwar nicht die Armut selbst, wohl aber der Begriff fast völlig aus dem öffentlichen Diskurs und der soziologischen Fachliteratur verschwunden. Wer die Vokabel „Armut“ trotzdem in den Mund nahm und damit nicht die soziale Notlage der Entwicklungsländer meinte, war als Kommunist verschrien

und wurde aufgefordert, „nach drüben“ zu gehen, d.h. in die DDR überzusiedeln.

Die (west)deutsche Soziologie verzichtete jahrzehntelang fast ganz darauf, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Wenn jemand Karriere im Wissenschaftsbetrieb machen wollte, war dafür kaum ein Thema weniger förderlich als die Armut, deren Entstehung und Entwicklung nicht zuletzt deshalb weitgehend im Dunkeln blieben. Sich als Sozialwissenschaftler/in schwerpunktmäßig mit gesellschaftlichen Außenseiter(inne)n bzw. den berühmt-berüchtigten A-Gruppen (Arbeitslosen, Alkoholikern, Alten, Ausländern, Alleinerziehenden und/oder anderen Armen) zu beschäftigen, galt damals eher als despektierlich. Spezialuntersuchungen westdeutscher Fachwissenschaftler/innen zu dieser Thematik hatten absoluten Seltenheitswert. Da man weder von der Bundesrepublik als Klassengesellschaft noch über die Gesellschaftsklassen sprechen wollte, schwieg man auch über die Armut.

Kaum hatte sich die Kennzeichnung der westdeutschen Ökonomie als „Soziale Marktwirtschaft“ durchgesetzt und dem Nachkriegskapitalismus ein positives Image verliehen, machte Helmut Schelsky, seinerzeit Professor für Soziologie an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft, mit einer Legitimationsformel regelrecht Furore, welche die Bundesrepublik Deutschland als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ charakterisierte. Nivelliert seien nicht nur die Klassengegensätze, schrieb Schelsky bereits 1953, sondern auch die Realeinkommen, der Geschmack und der Lebensstil. Die junge Bundesrepublik erschien Schelsky als das Land auf der Welt, wo die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft am weitestgehenden überwunden sei. Er diagnostizierte einen „Entschichtungs - Vorgang“, durch den die Bedeutung von Be-

völkerungsschichten überhaupt schwinde, während die soziale Mobilität zunehme und die Masse der erzeugten Güter für alle Bürger zumindest subjektiv genügend Teilhabemöglichkeiten eröffne.

Armut (und Reichtum) im Wirtschaftswunderland

Entgegen Schelskys populären Annahmen waren Klassen und Schichten weder durch die „Volksgemeinschaft“ der Nationalsozialisten noch durch das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit zum Verschwinden gebracht, die damit verbundenen Interessengegensätze und strukturell bedingten Konflikte vielmehr nur materiell überdeckt bzw. ideologisch verschleiert worden. Darüber nicht mehr zu sprechen, hieß eben gerade nicht, sie für immer zu überwinden, sondern die fortbestehenden Antagonismen zu zementieren. Dasselbe gilt natürlich für die Armut, der Schelsky nicht zufällig genauso wenig Aufmerksamkeit schenkte wie dem nur scheinbar egalitären Vermögensverhältnissen gewichenen Reichtum, der sich hauptsächlich im Eigentum an Produktionsmitteln manifestierte und sich bald stärker in wenigen Händen konzentrierte als zur Zeit des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des NS-Regimes.

Je mehr die westdeutsche Gesellschaft, statt ihre widersprüchliche Realität und sozial heterogene Zusammensetzung zu akzeptieren, ein unrealistisches (Zerr-) Bild von sich selbst entwickelte, in dem weder Raum für nennenswerte Armut noch für großen Reichtum war, umso weniger war sie fähig, soziale Polarisierungstendenzen in ihrer Mitte auch nur wahrzunehmen, von der Bereitschaft ihrer Eliten, dieser Entwicklung konsequent entgegenzusteuern, ganz zu schweigen. Um die Mitte der 60er-Jahre wähten sich die meisten Politiker und publizistischen Meinungsführer

der Bundesrepublik auf dem besten Weg zu einem immerwährenden Wohlstand. Das konjunkturelle Auf und Ab der Vergangenheit schien überwunden, und einem ungebremsen Wirtschafts-Wachstum, das bloß noch einigermaßen gerecht verteilt werden musste, nichts mehr entgegenzustellen. Jahrzehntelang blieb Armut geradezu ein Tabuthema, mit dem sich die deutsche Öffentlichkeit kaum befasste. Während die relativ geringen Einkommensdifferenzen in der DDR verhinderten, dass sich die kommunistische Partei- und Staatsführung überhaupt mit dem Problem auseinandersetzen musste, nahmen die Massenmedien der Bundesrepublik nur sporadisch davon Notiz.

Erst im Gefolge der Rezession 1966/67 einerseits sowie der Schüler- und Studentenbewegung bzw. der Außerparlamentarischen Opposition (ApO) andererseits wurde die Armut in der Bundesrepublik wieder öffentlich wahrgenommen und zumindest ansatzweise in Politik, Fachpublizistik und Sozialwissenschaften thematisiert. Nunmehr wandten sich vor allem kritisch eingestellte Studierende, Sozialwissenschaftler/innen und Sozialarbeiter/innen bzw. -pädagog(inn)en den lange vergessenen und vernachlässigten Bewohner(inne)n von Notunterkünften und Obdachlosen zu. Armut schien sich damals auf gesellschaftliche „Randgruppen“ zu beschränken, weshalb sich die ohnehin kaum vorhandene Armutforschung auf (Schwerst-) Behinderte, psychisch Kranke, (jugendliche) Arbeitslose, Strafgefangene, Vorbestrafte, ausländische „Gastarbeiter“, die größtenteils in Baracken und Blechcontainern hausten, Aussiedler/innen, die in Übergangswohnheimen untergebracht waren, Drogenabhängige, „Nichtsesshafte“, Trebegänger/innen und Obdachlose konzentrierte.

Nach der Bildung einer sozial-liberalen Koalition unter Führung Willy Brandts im

Herbst 1969 normalisierten sich nicht nur die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dadurch, dass eine von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges unterstützte Ost- und Entspannungspolitik betrieben und der Grundlagenvertrag geschlossen wurde, sondern es verringerten sich auch die sozialen Spannungen und Konflikte im Innern. Aufgrund richtungweisender Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik schien die Gefahr der Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen vorerst gebannt zu sein, denn mit dem „Modell Deutschland“ (SPD-Wahlslogan) verband sich nicht zuletzt die Zielsetzung einer größeren Verteilungsgerechtigkeit.

Dies änderte sich während der Weltwirtschaftskrise 1974/75 grundlegend. Je mehr Personen wegen zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen waren, umso weniger kamen sie in deren Genuss. Da es keine hohen Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts mehr zu verteilen gab, entfiel nun auch in der Bundesrepublik die Grundlage für einen sozialstaatlichen Konsens aller gesellschaftlich relevanten Kräfte, der nach dem Zweiten Weltkrieg und im Zeichen des „Wirtschaftswunders“ die Inklusion benachteiligter Minderheiten ohne Einbußen für die große Mehrheit und die besonders Privilegierten ermöglicht hatte. Die ökonomischen Krisenerscheinungen sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Machtverschiebungen und ihre Konsequenzen für das parlamentarische bzw. Parteiensystem trugen dazu bei, dass Willy Brandt, dem Kanzler der „inneren Reformen“, am 16. Mai 1974 mit Helmut Schmidt ein Krisenmanager folgte.

Die damalige Weltwirtschaftskrise führte zu einem Kurswechsel in der westdeutschen Sozialpolitik: Durch zuerst noch relativ geringfügige Leistungskürzungen und eine

schrittweise Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen wollte man die öffentlichen Finanzen konsolidieren und gleichzeitig die privaten Investitionen stimulieren. Das am 1. Januar 1976 in Kraft getretene Haushaltsstrukturgesetz, welches die Staatsausgaben vor allem im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und im Bildungswesen verringerte, markierte eine historische Zäsur. Denn damit ging die mehrere Jahrzehnte währende sozialpolitische Expansionsperiode zu Ende, und eine Phase der Stagnation bzw. der Regression begann.

Regierungspolitik gegen Arbeitslose und Arme – Sozialstaat und Leistungsmissbrauch in der Kritik

Durch die beiden Wirtschaftskrisen 1974/75 und 1980/81 wurden die Westdeutschen endgültig aus ihrem „kurzen Traum immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz) gerissen, welcher sie daran gehindert hatte, die gesellschaftliche Realität und damit auch die Armut wahrzunehmen. Gleichwohl blieb die Grundüberzeugung, wonach die Leistung der Individuen über ihr Schicksal entscheidet, trotz gegenteiliger Erfahrungen im Wesentlichen bestehen, und die illusionäre Hoffnung, dass kein Gesellschaftsmitglied im „Wirtschaftswunderland“ bevorzugt oder benachteiligt würde, prägte auch weiterhin das Alltagsbewusstsein.

Die „geistig-moralische Wende“, von der Bundeskanzler Kohl sprach, brachte für Arme und sozial Benachteiligte weniger Unterstützung in schwierigen Lebenslagen, mehr Missbrauchsvorwürfe an ihre Adresse und einen stärkeren (Kontroll-)Druck der zuständigen Behörden mit sich. Die neue „Koalition der bürgerlichen Mitte“ betrieb eine klar auf Umverteilung „von unten nach oben“ gerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sie durch den Verweis auf das Allgemeinwohl legitimierte. Vor allem

ihre Steuerpolitik sorgte während der 80er- und 90er-Jahre dafür, dass sich die Einkommensverteilung zulasten von Arbeitnehmer(inne)n, deren Reallöhne sanken, und ihren Familien verschob, während begünstigt wurde, wer Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielte.

Während der 80er-Jahre vollzog sich in der „alten“ Bundesrepublik eine tiefgreifende soziale Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, deren materielle Schlechterstellung zuerst im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde. Auch im etablierten Wissenschaftsbetrieb blieb das Anwachsen der Armut während der 80er-Jahre nicht ohne Echo. Zumindest nahm die Zahl einschlägiger Veröffentlichungen in diesem Zeitraum gegenüber den vorangegangenen Dezennien zu. Die etablierte Sozialwissenschaft verschloss vor der wachsenden Armut jedoch die Augen, denn sie orientierte sich hauptsächlich an Modernisierungs- und Individualisierungstheoretikern. Nun war fast überhaupt nicht mehr von Klassen und Schichten die Rede, sondern bloß noch von soziokulturellen Milieus und Institutionen kollektiver Normengebung, die tradierte Sicherungssysteme und überkommene Reproduktionsmuster zugunsten einer „Pluralisierung der Lebensstile“ auflösten.



Armut

Ulrich Beck sprach in seinem 1986 erschienenen, bis heute viel zitierten und weit über den Wissenschaftsbereich hinaus einflussreichen Buch „Risikogesellschaft“ von einem sozialen „Fahrstuhl-Effekt“, der

alle Klassen und Schichten nach dem Zweiten Weltkrieg „insgesamt eine Etage höher gefahren“ habe. Während am Beginn der Bundesrepublik ein „kollektiver Aufstieg“ gestanden habe, seien die 80er-Jahre von einem „kollektiven Abstieg“, einem „Fahrsstuhl-Effekt‘ nach unten“ gekennzeichnet. Dabei übersah der Münchner Soziologe allerdings, dass sich Gesellschaften nicht gleichförmig entwickeln und ein Paternoster-Effekt dominiert: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten. Mehr denn je existiert im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung ein soziales Auf und Ab, das Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen mit sich bringt.

Asyldebatte, Standortideologie und Armutsdiskurse im vereinten Deutschland

Durch den Zusammenschluss von BRD und DDR am 3. Oktober 1990 bekam die Armut in Deutschland ein anderes Gesicht. Das soziale Problemfeld der Arbeitslosigkeit wie der Armut wurde in seiner Struktur grundlegend verändert und verlagerte sich stärker nach Osten, wohingegen das Altbundesgebiet sogar von einem mehrjährigen „Vereinigungsboom“ profitierte. Die neue Armut war weder temporärer noch singulärer Natur, sondern ein Strukturproblem, das (in seiner ganzen Brisanz) entweder nicht erkannt oder bewusst negiert wurde. Systematisch unterschätzte man das Ausmaß der Armut in Ostdeutschland, von welcher besonders viele Kinder betroffen waren. Dass die Sozialhilfequote hinter der in Westdeutschland zurückblieb, gab Anlass zu der Hoffnung, alles sei halb so schlimm, hing aber vermutlich mit Informationsdefiziten ehemaliger DDR-Bürger/innen zusammen. Diese wussten

meist gar nicht, dass man ergänzend Sozialhilfe beantragen konnte, wenn der Lohn, das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe zu gering ausfielen, oder es herrschte eine falsche Scham.

Da die (Bundes-)Politik weder durch eine allgemeine soziale Grundsicherung noch durch Schritte der Umverteilung „von oben nach unten“ gegensteuerte, verfestigte sich die seit der „Wende“ in Ostdeutschland auftretende Armut und führte zu einer dauerhaften Unterversorgung vieler Menschen. Sie war weder eine soziale Erblast des SED-Regimes noch eine bloße „Randerscheinung des Vereinigungsprozesses“ (Kurt Biedenkopf), sondern Resultat einer Implementierung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, die ohne ausreichende Sensibilität für die Belange der ehemaligen DDR-Bürger/innen erfolgte sowie durch arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen bloß abgefedert wurde.

Die vollmundige Parole „Niemandem wird es schlechter gehen, dafür vielen besser“, mit der Kohl die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 gewann, erwies sich als wenig realistisch. In den folgenden Jahren dienten die unterschätzten „Kosten der Einheit“ den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP als Legitimationsbasis für weitere „Sparprogramme“ und eine wiederholte Senkung von Sozialtransfers. Es lag nahe, die kaum mehr übersehbare „Wiederkehr der Armut“ (Axel Honneth) mit der Vereinigung in Verbindung zu bringen und auf diese Weise als exogenes, d.h. nicht vom eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erzeugtes Problem zu begreifen.

Obwohl der Kalte Krieg für den Westen „siegreich“ beendet und der Systemgegensatz 1989/90 überwunden war, sahen manche Beobachter/innen und Kommentator(inn)en die erweiterte Bundesrepublik bzw.

deren Wohlstand zudem durch internationale Entwicklungen und Migrationsbewegungen von außen gefährdet. Die emotional aufgeladene Asyldebatte 1991/92 drehte sich daher nicht zuletzt um den angeblich massenhaften Missbrauch der Sozialhilfe durch „Wirtschaftsasyllanten“, wie Menschen genannt wurden, die nur des größeren Wohlstandes wegen nach Deutschland kämen, ohne in ihrer Heimat politisch verfolgt zu sein. Ohne den „Volkszorn“ gegen Flüchtlinge schürende Medienberichte wären die rassistisch motivierten Pogrome im sächsischen Hoyerswerda (September 1991) und in Rostock-Lichtenhagen (August 1992) kaum vor laufenden Fernsehkameras mit Applaus bedacht worden.

Die kampagnenartig geführte Asyldebatte, mit welcher zu Beginn der 90er-Jahre öffentlich Stimmung gegen Zuwanderer im Allgemeinen und Flüchtlinge im Besonderen gemacht worden war, fand ihre Fortsetzung und Vertiefung in einer Standortdiskussion, die den „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates ideologisch vorbereitete und begleitete. Im Mittelpunkt stand nunmehr die Wettbewerbsfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes. Für diesen Fetisch waren politisch einflussreiche Kreise in der Gesellschaft offenbar bereit, nicht bloß die soziale Sicherheit von Millionen Arbeitnehmer(inne)n zu opfern.

Die neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik bemängelte Überversorgung und „Schmarotzertum“ der Armen, richtete ihren Hauptstoß jedoch gegen das System der sozialen Sicherheit. Man bezichtigte den Wohlfahrtsstaat, die Armut nicht ernsthaft zu bekämpfen, sondern zu erzeugen oder zu vergrößern. Außer neoliberalen Ökonomen, Kapitalverbänden und von ihnen beeinflussten Meinungsbildnern vertraten und vertreten auch konservative Politiker und Publizisten solche Positionen. Wolfgang

Schäuble, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach beispielsweise in seinem 1994 erschienenen Buch „Und der Zukunft zugewandt“ von einer „Hypertrophie des Sozialstaates“, die aufgrund hoher Wachstumsraten der Wirtschaft lange kaum als Problem empfunden worden sei, jetzt aber nicht nur Finanzierungsschwierigkeiten bereite: „Ich bin fest davon überzeugt, daß eine Vielzahl unserer Sozialleistungen auch eine demotivierende und damit zukunftsfeindliche Wirkung haben.“ Schäubles politisch-publizistischer Frontalangriff auf den Sozialstaat gipfelte im Ruf nach mehr Ungleichheit, was nichts anderes heißt als eine größere Verteilungsungerechtigkeit: „Man muß sich fragen, ob wir, um unsere gegenwärtigen Probleme in den Griff zu bekommen, nicht wieder zu einer weniger ‚durch-egalisierten‘ Gesellschaft finden müssen. Gezielt Eliten zu fördern oder überhaupt erst wieder zu ermöglichen, erscheint mir heute dringlicher denn je.“

Ein anderer Liberalkonservativer, der damalige Bundespräsident Roman Herzog, benutzte in seiner am 26. April 1997 im Nobelhotel Adlon gehaltenen Berliner „Ruck“-Rede die Metapher von einem „großen, globalen Rennen“, das begonnen habe und eine „Aufholjagd“ der als schwerfällig, satt und behäbig dargestellten Deutschen nötig mache. Erforderlich war aus dieser Sicht eine härtere Gangart gegenüber Leistungsunwilligen und Langzeitarbeitslosen. Herzog verstand sich als Mahner und Warner, wurde aber immer mehr zum Verkünder neoliberaler Heilslehren, wie sie z.B. die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ propagiert. In großformatigen Zeitungsanzeigen dieser von den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie mit 100 Mio. EUR finanzierten Initiative klagte Herzog nach der Jahrtausendwende

über das „verfettete“ Gemeinwesen und verkündete larmoyant: „Wir haben so viel Sozialstaat aufgebaut, dass er unsozial geworden ist.“ Unsozial war allerdings nicht der moderne Sozialstaat, vielmehr eine Gesellschaft, die glaubte, ihn sich finanziell nicht mehr leisten zu können, obwohl sie reich wie nie war. Wer den Wohlfahrtsstaat auf diese Weise als zu freigiebig im Umgang mit Steuergeldern und als zu großzügig gegenüber den Transferleistungsbezieher(inne)n darstellt, schadet den Armen, die auf ihn existenziell angewiesen sind.

Gerhard Schröders „Agenda 2010“ und Hartz IV: Armut per oder trotz Gesetz?

In ihrer am 20. Oktober 1998 geschlossenen Koalitionsvereinbarung mit dem Titel „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ versprachen SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine armutspolitische Kurskorrektur: „Die Bekämpfung der Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung. Besonders die Armut von Kindern muß reduziert werden.“ Wer gehofft hatte, die nach der Bundestagswahl am 27. September 1998 gebildete rot-grüne Koalition werde eine ganz andere Sozialpolitik als ihre Vorgängerin machen und die Armen davon profitieren, sah sich jedoch getäuscht.

Kurz vor der Jahreswende 2002/03 formulierten Mitarbeiter/innen der Planungsabteilung des damals von Frank-Walter Steinmeier geleiteten Kanzleramtes ein Thesenpapier mit dem Titel „Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“, das auf der sog. Lissabon-Strategie basierte, die dem Wunsch entsprang, die Union im laufenden Jahrzehnt „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, also die US-Hegemonie auf

dem Weltmarkt zu brechen und selbst eine wissenschaftlich-technisch begründete Führungsrolle zu übernehmen. Am 14. März 2003 gab Gerhard Schröder vor dem Bundestag eine Regierungserklärung ab, die eine kleine Arbeitsgruppe unter maßgeblicher Mitwirkung von Frank-Walter Steinmeier entworfen hatte und den hochtrabenden Namen „Agenda 2010“ trug. Deutschland kämpfe derzeit, sagte Schröder am Beginn seiner Rede, mit einer Wachstumsschwäche, die nicht zuletzt strukturell bedingt sei. Deshalb müsse seine Regierung entschlossen handeln, um die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner.“ Dass keineswegs alle Gruppen „den Gürtel enger schnallen“ mussten, Einkommen und Vermögen der Kapitaleigentümer und Spitzenverdiener vielmehr sogar überproportional zunehmen sollten, verschwieg Schröder.

Bei den zahlreichen Montagsdemonstrationen und Protestaktionen gegen das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) im Herbst 2004 spielte die PDS-Parole „Armut per Gesetz“ eine Schlüsselrolle. Bis heute ist die Frage umstritten, ob die Grundsicherung für Arbeitsuchende nur vorher verdeckte Armut sichtbar gemacht oder neue Armut erzeugt hat. Vermutlich ist beides der Fall: Einerseits nahmen und nehmen das Arbeitslosengeld II auch viele Menschen, vor allem Geringverdiener/innen, sog. Freiberufler/innen und (Solo-) Selbstständige, in Anspruch, die aus Scham nicht zum Sozialamt gegangen wären, um „Stütze“ zu be-

antragen, andererseits erhalten mehrere Hunderttausend frühere Empfänger/innen von Arbeitslosenhilfe seither weniger oder gar kein Geld mehr, weil das Partnereinkommen (z. B. gut verdienender Ehemänner und Lebenspartner) bei Hartz IV sehr viel strikter auf den Leistungsanspruch der Antragsteller/innen (überwiegend Frauen) angerechnet wird. Insgesamt zeitigte das Gesetzespaket negative Verteilungseffekte.

Euphemistisch als „Zusammenlegung mit der Sozialhilfe“ bezeichnet, war die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein gravierender Rückschritt in der Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, zumal sie mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging. War die Arbeitslosenhilfe noch eine Lohnersatzleistung, die sich selbst Jahre oder Jahrzehnte später nach der Höhe des vorherigen Nettoverdienstes richtete, ist das Arbeitslosengeld II genauso niedrig wie die Sozialhilfe. Hartz IV sollte nicht nur durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt den Staatshaushalt entlasten, sondern auch

durch Einschüchterung der Betroffenen mehr „Beschäftigungsanreize“ im Niedriglohnbereich schaffen. Man zwingt sie mit Hilfe von Leistungskürzungen, schärferen Zumutbarkeitsklauseln und Maßnahmen zur Überprüfung der „Arbeitsbereitschaft“ (vor allem sog. 1-Euro-Jobs), fast jede Stelle anzunehmen und ihre Arbeitskraft zu Dumpingpreisen zu verkaufen.

Fortsetzung folgt in CuS 1/2012

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, 2. aktualisierte Auflage 2011) erschienen.



Christoph Butterwegge

Luther und Marx

Ökonomie der Reformation – Philosophie der Revolution

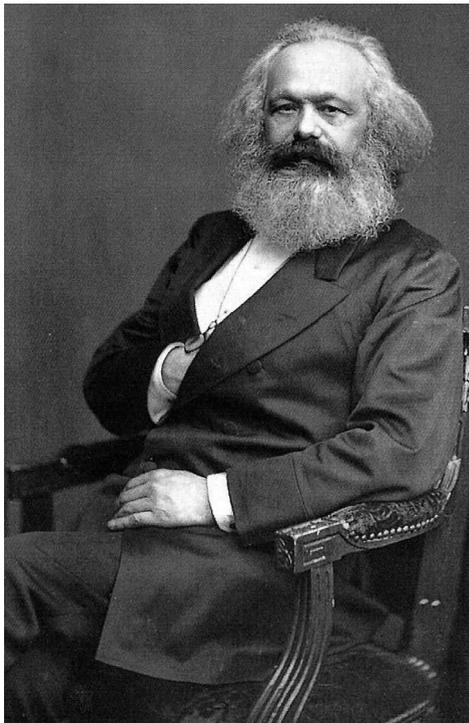
Von Wieland Zademach

Marx ist tot – endgültig und für immer! So lautete der Siegeschrei des Kapitalismus nach der Wende in Osteuropa mit dem Zerfall des realexistierenden Sozialismus. Mit dem Scheitern des „Zweiten Weges“, einer sozialistischen Alternative, sah sich der „Erste Weg“, die

so genannte freie Marktwirtschaft, so sehr ins Recht gesetzt, dass die Frage nach einem „Dritten Weg“ zwischen beiden sich gar nicht mehr stellen kann – höchstens in den verwirrten Köpfen einiger immer noch unverbesserlicher Linksintellektueller. Entsprechend konnte auch die besorgte Mahnung, „das Scheitern des realexistierenden Sozialismus“ sei noch lange nicht „die

Rechtfertigung des Kapitalismus“ nicht auf die gebührende Beachtung hoffen. Bemerkenswert immerhin, dass diese Mahnung ziemlich zeitgleich von zwei sehr unterschiedlichen Kirchenmännern erhoben wurde. Zum einen von Propst Heino Falcke aus Erfurt auf der Weltkonferenz des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Anfang 1990 in Seoul; und zum anderen von Papst Johannes Paul II. bei seinem ersten Pastoralbesuch in der damaligen CSFR im böhmischen Vehlerad.

Nach seiner Rückkehr von Seoul äußerte Carl Friedrich von Weizsäcker, der Nestor des konziliaren Prozesses, die seinerzeit nach den dortigen Eindrücken gewonnene Erkenntnis, dass zwei Philosophen ihre



Karl Marx im Jahre 1875

Zukunft noch vor sich hätten: Immanuel Kant und Karl Marx ... Wie nötig die Aufklärung heute tut, das zeigt überdeutlich das Überhandnehmen von Fundamentalismen verschiedenster Prägung. Wie stimmig die Marxsche Gesellschaftsanalyse ist, das wird deutlich an der Entwicklung in den Ländern der ehemaligen Zweiten Welt wie im Verhältnis der Industrienationen zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern.

Beide – Immanuel Kant und Karl Marx – sind nicht zu verstehen ohne das Zeitalter der Reformation; und der eine ist nicht zu verstehen ohne den anderen – sieht Marx sich doch im Gefolge des großen Königsbergers. Ob auch im Gefolge Luthers? Gibt es Verbindungen zwischen Marx und Luther? Wenn ja, wo liegen sie? Nun, was Marx über Luther und die Reformation dachte, das kann man nachlesen. Was aber würde denn Luther über Marx denken und sagen? Ist das eine rein spekulative Frage? Oder gibt es hermeneutische Anknüpfungspunkte, um Kriterien für die Beantwortung dieser Frage zu bekommen? In dieser Richtung genau verstehen sich die folgenden Assoziationen, die sich zunächst einmal auf das Feld der Ökonomie beschränken. Dass sie mehr sein wollen als bloße Gedankenspielerei, das gebietet schon der Respekt vor der Würde dieser beiden Ahnherrn unserer gemeinsamen abendländischen Kulturgeschichte.

Der vergessene Ökonom Luther

Ein direkter Vergleich der ökonomischen Ansichten von Luther und Marx muss natürlich hinken, weil zwischen beiden 300 Jahre liegen und damit die Entwicklung vom Feudalismus zur modernen Industriegesellschaft. Für eine Gegenüberstellung kommt es deshalb darauf an, die Richtung, die Tendenz von Luthers sozialetischen, speziell ökonomischen Aussagen zu erhellen,

um ihre Intentionen für einen Vergleich mit Marx und darüber hinaus für die gegenwärtige Diskussion fruchtbar machen zu können.

Um den Stellenwert von Aussagen Luthers zur Ökonomie richtig ermessen zu können, ist der Hinweis angebracht, dass, hermeneutisch gesehen, bei Luther Rechtfertigungsbotschaft und kritische Überprüfung der kirchlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse niemals von einander zu trennen sind. Die ganze Heilige Schrift - so Luther - zeige, dass es niemals einen Heiligen gegeben habe, der nicht beschäftigt gewesen wäre mit Politik oder Wirtschaft. Für den Christen gibt es also kein privates Dasein und keine grundsätzliche Abstinenz im Bereich der sozialen und politischen Verhältnisse. Luther fühlte sich gerade als Doktor der Theologie immer verpflichtet, mit Forderungen, Empfehlungen und Ratschlägen in das weltliche Geschehen seiner Zeit einzugreifen und die Christen an ihre spezifische Verantwortung zu erinnern.

So steht beispielsweise in der berühmten Predigt „Dass man Kinder zur Schule halten solle“ von 1530 der Satz: „Darum, wenn man die Wahrheit sagen will: Der zeitliche Friede, der das höchste Gut auf Erden ist, worin auch alle anderen zeitlichen Güter inbegriffen sind, ist eigentlich eine rechte Frucht des Predigtamtes.“ Bei Luther selbst ist also durchaus noch nichts zu finden von einer dichotomischen Zwei-Reiche-Lehre, welche - eine Eigengesetzlichkeit des Politischen reklamierend - aus dem Munde hochrangiger Politiker und leider auch Theologen und Bischöfe der Kirche heute immer noch angeraten wird mit dem Hinweis, sie solle sich lieber um das Seelenheil ihrer Mitglieder kümmern, anstatt mit mangelnder Sachkompetenz zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Wie, wenn nun gerade politische Tagesfra-

gen es wären, welche die Seelen der Kirchenmitglieder beschwerten und bedrückten?

Auf der eben skizzierten Linie liegen auch Luthers Äußerungen zu ökonomischen Themen seiner Zeit - zu politischen Tagesfragen, welche die Gemüter von Arm und Reich, von Groß und Klein seinerzeit erregten. So zeugt es von tiefer Volksverbundenheit, wenn er in Predigten, Schriften und Briefen den Wucher als „das größte Unglück“ verurteilte, ebenso wie die Machenschaften der von ihm als „Monopolia“ bezeichneten Gesellschaften. Kein Wunder, dass Marx und Engels selbst eine durchaus hohe Meinung von den ökonomischen Auffassungen Luthers gehabt haben. In der Tat haben beide die Religion insgesamt und auch die Reformation wesentlich differenzierter gesehen als dies die klassischen und klischeehaft verwendeten Opium-Zitate und Bauernverräter-Parolen erscheinen lassen. 1843 schrieb Marx: „Deutschlands revolutionäre Vergangenheit ist nämlich theoretisch, es ist die Reformation. Wie damals der Mönch, so ist es jetzt der Philosoph, in dessen Hirn die Revolution beginnt.“ Es ist ja nicht zu übersehen, dass Marx sich selbst hier mit Luther vergleicht! Und 1847 zog Marx den bezeichnenden Schluss: „Heutzutage gehen wir einer dem 16. Jahrhundert analogen Umwälzungsperiode entgegen.“

Seine ökonomischen Auffassungen hat Luther im Wesentlichen in der Schrift „Vom Kaufhandel und Wucher“ zusammengefasst - einer Schrift, die sehr zu Unrecht bis in die Gegenwart hinein kaum Beachtung findet. So meint etwa Richard Friedenthal in seiner weit verbreiteten Luther-Biographie, man könne von dem „Mönch Luther“ keine „grundlegenden Einsichten und Lehren zur Nationalökonomie und Geldtheorie erwarten“; in seiner Zeittafel lässt er darum Luthers Schrift vom Kauf-

handel und Wucher einfach weg. Tatsächlich aber waren wirtschaftsethische Fragen für Luther ganz und gar nicht unwichtig. Beunruhigt über das mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft verbundene Zinsgeschäft, beschäftigte er sich damit bereits 1519 in dem so genannten „Kleinen Sermon von dem Wucher“, den er später verschiedentlich wieder aufnahm und weiterführte. Gustav Schmoller hingegen, als Wirtschaftswissenschaftler in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einer der geistigen Väter der preußischen Sozialgesetzgebung unter Bismarck, kam in einer Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutsch-

land der Reformationszeit zu dem Ergebnis: „Im ganzen müssen wir zugestehen, dass das, was Luther hier sagt, höchst bedeutend und einsichtsvoll ist. Er zeigt darin einen für seine Zeit sehr scharfen ökonomischen Blick und ... (es) bietet die Erörterung großes nationalökonomisches Interesse.“ Allerdings sieht Schmoller darin eine Gefahr, dass die Reformatoren, die „allen Eigennutz, alles Trachten nach Geld und Gelderwerb als unsittlich und dem Gemeinwohl schädlich verdammt haben“, der Auffassung Vorschub leisteten, „alle ökonomische Tätigkeit durch die Hand des Staates leiten zu müssen.“ So habe schon die Reformation jene „kommunistischen Tendenzen hervorgerufen, welche in dem Aufgeben aller privatwirtschaftlichen Tätigkeit die einzige Möglichkeit sehen, den Eigennutz konsequent zu unterdrücken.“

Sicher ist Luther hier gründlich missverstanden, wenn man ihn derartig zum Vorläufer des Kommunismus hochstilisiert! Andererseits zeigt dieser Kommentar von Schmoller aber auch, dass gewisse Affinitäten zwischen Luthers ökonomischen Vorstellungen und sozialistischer Theorie und Praxis nicht ganz aus der Luft gegriffen sind. Gründe genug, den „Ökonomen“ Luther erneut und aus heutiger Perspektive in den Blick zu nehmen.

Kampf den Monopolen

Bereits auf dem Reichstag von Trier und Köln im Jahre 1512 wurden Maßnahmen gegen die damaligen großen Monopolgeseellschaften verlangt. Damals beklagten sich die Stände, „dass viele große Gesellschaften und Kaufmannschaften in kurzen Jahren im Reich aufgestanden sowie auch etliche Personen“ und durch „wucherliche und unziemliche Kontrakte ... dem Reich und den Ständen desselbigen merklichen Schaden“ zufügen, weil sie „wider gemein-



Martin Luther als „Junker Jörg“. Gemälde von Lucas Cranach d. Ä., 1522

beschriebenes Recht und alle Ehrbarkeit handeln“. Dieses wucherliche und unziemliche Verhalten dieser Gesellschaften und auch Einzelpersonen sieht der Reichstag darin, dass sie „allerlei Waren und Kaufmannsgüter wie Spezerei, Erz, wollenes Tuch und dergleichen in ihre Hand und Gewalt allein zu bringen sich unterstehen, Fürkauf damit treiben und setzen und machen den Wert solcher Güter sich selbst zum Vorteil nach ihrem Gefallen“. Entsprechend beschloss der Reichstag in Artikel 32 die Konfiszierung von Hab und Gütern der „Monopolisten“ durch die jeweilige örtliche Obrigkeit. Und im Reichstagsabschied von Nürnberg 1524 – dem Jahr, in dem Luther seine Schrift vom Kaufhandel und Wucher erscheinen ließ – wurden nach Artikel 27 bestimmte Statthalter ermächtigt, „Kurfürsten, Fürsten und Stände des heiligen Reiches anzuhalten und daran zu erinnern“, dass sie „dieselben Monopolen, so viel an ihnen ist, zum förderlichsten auf ziemlichen Wege den Rechten gemäß richten und abstellen, damit sich niemand ... beklagen und beschweren möge, und soll solches aufs förderlichst zwischen hie und Frankfurter Fastenmesse geschehen“.

Leider geschah nichts – auch die Annahmungen der folgenden Reichstage zu Speyer von 1526 und 1529 hatten keinen Erfolg. Es nützte auch nichts, als 1532 in Regensburg beschlossen wurde, „und sonderlich sollen Wucherer, Juden, Monopolierer und andere, die unbillige Kontrakte und Handlungen betreiben ... fürgenommen und bestraft“ werden. „Fürgenommen und bestraft“ wurden die „Monopolierer“ auch in Zukunft nicht – bis schließlich zehn Generationen später Karl Marx mit seiner Forderung nach der „Expropriation der Expropriateure“ eine Volksbewegung gegen die Monopolisten in Gang setzte und dies ziemlich genau im Sinne jener Reichstage zur

Zeit der Reformation. Denn auch Marx ging es bei der Enteignung um eine Verteilung von Besitz und Sozialprodukt nach den Idealvorstellungen von der Gleichwertigkeit aller Menschen.

Luther dagegen ging noch ein Stück weiter, er dachte noch radikaler. Er wandte sich nicht nur gegen die, welche Besitz haben, sondern meint schon, diejenigen, „welche reich werden wollen, fallen dem Teufel in den Strick und in viel unnötige Begierde“. Was von den Reichstagen aus nationalökonomischen Gründen verboten wurde, verurteilte Luther von der christlichen Pflicht zur Nächstenliebe her: Kaufleute, welche die von ihnen aufgekaufte Ware so wohlfeil verkaufen, „dass die anderen nicht zukommen mögen, und zwingen sie dahin fast, entweder nicht verkaufen oder unter Preis verkaufen“ und so trotz Verbot „zum Monopolium kommen“, diese Leute „sind nicht wert, dass man sie unterweisen und ermahnen sollte“. Die Perlen des Evangeliums sind also zu schade, als dass man sie solchen dem Mammon verfallenen Säuen zum Fraße vorwerfen dürfte! Vielmehr „täte hier weltliche Obrigkeit recht, dass sie solchen alles nähme, was sie hätten, und triebe sie zum Lande raus“.

Interessant für die Stände-Wertung der damaligen Zeit ist Luthers Sinn für innerweltliche ausgleichende Gerechtigkeit, in der er Gottes Regiment sich auch durchsetzen sieht: „Nun aber ist bei den Kaufleuten eine große Klage über die Edelleute und Räuber“, so dass die Kaufleute „mit großer Gefahr handeln müssen und werden dabei geschlagen, geschätzt und beraubt“. Die Landesfürsten, „die ihre Straßen sollten rein halten“, sind unfähig, ihrer Verantwortung nachzukommen. „So braucht Gott den Reiter und Räuber und straft durch sie an den Kaufleuten das Unrecht und müssen seine Teufel sein. Also stüupt er ei-

nen Buben mit dem anderen, ohne dass die Reiter geringere Räuber sind denn die Kaufleute. Sintemal die Kaufleute täglich die ganze Welt berauben, wo ein Reiter im Jahr einmal oder zwei, einen oder zwei beraubt.“ Robin Hood hätte wegen seiner selbst angemessenen Richterrolle nicht Luthers Rechtfertigung gefunden, er hätte sie als unerlaubten Eingriff in das Gott und rechtmäßiger Obrigkeit vorbehalten Strafmamt abgelehnt; als „Handlanger“ Gottes hätte dieser „Bube“ jedoch sicher mit Luthers Sympathien rechnen können.

Luthers biblische Radikalität

Luthers Bibelauslegung als Unterweisung der Gewissen betrifft auch die Fragen der Wirtschaftsethik; in seiner Zeit des ökonomischen Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus waren sie besonders dringend geworden. Die Naturalleistung wird abgeschafft durch eine Geldleistung. Vor der sich erst später entwickelnden Form des Industriekapitalismus stehen das Handels- und Wucherkapital. Die Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel wurde von Luther bejaht; hingegen bekämpfte er entschieden die Verselbständigung des Geldes zum Kapital. Gegenüber der zunehmenden Bedeutung des Tauschwertes einer Ware betonte er ihren Gebrauchswert, gegenüber dem Preis die Konsumtion. Sein Urteil war an der Bibel und an der überwiegend von landwirtschaftlicher und handwerklicher Eigenproduktion lebenden Bevölkerung Mitteldeutschlands gebildet.

Durch das kanonische Recht war der Zins grundsätzlich untersagt, denn er galt als Wucher. Eine Wende hierin trat ein, als die Päpste aus den italienischen Bank-Familien, vorab der Medici Leo X. – derselbe Papst, der über Luther den Bann erließ –, das Zinsnehmen für Bargelddarlehen von nun an für erlaubt erklärten; dementspre-

chend propagierte bereits 1514 Eck einen Zinsfuß von 5% für zulässig.

Luther dagegen fordert ausgehend von Lk 6,30-35 grundsätzlich: „Einem jeden gib, der dich darum bittet ... Und wenn ihr leiht denen, von welchen ihr hofft, wieder zu erhalten, was ist das für eine gute Tat? ... Ihr sollt leihen und nichts dafür nehmen oder erwarten“. Wer in der Absicht leiht, „dass er besser oder mehr wieder nehmen will, das ist ein öffentlicher und verdammter Wucherer“. Besonders verwerflich sind Luther Zeitzinsen, denn „nach dem natürlichen und göttlichen Recht sind alle Dinge den Menschen so gemeinsam wie die Luft und das Sonnenlicht“. Zu diesen menschlichen Gemeinsamkeiten gehöre auch die Zeit; sie dürfe daher dem Reichen, der Geld verleiht, keinen Vorteil bringen. Von Mt 5, 40-42 her erläutert Luther die drei verschiedenen Grade beim Geben und Leihen von zeitlichen Gütern für Christen: umsonst Geben, Leihen ohne Zins und mit Liebe Fahren lassen, wenn jemand uns etwas mit Gewalt nimmt.

Realistische Grundsätze

Als nüchterner Realist wusste natürlich auch Luther, dass die Anweisung, „jeder-mann zu geben umsonst, der es bedarf, wie Christus lehrt“, jedweden Handel mit Waren schlichtweg unmöglich machen müsste: „Wer das tun soll, muss sich wahrlich an den Himmel halten und nicht auf seinen Vorrat oder Güter sehen – da aber gehört ein rechter Christ zu, das seltsame Tier auf Erden.“ Luthers Rechtfertigung eines Warenhandels ergibt sich aus der Gegenüberstellung zweier Grundsätze:

a) „Ich mag meine Ware so teuer geben als ich kann“. Dieser Grundsatz „ist so stracks unverschämt, nicht allein wider die christliche Liebe, sondern wider das natürliche Gesetz“. Denn es besagt „ich

frage nichts nach meinem Nächsten“ und „sieht schlechtweg auf die Darbe seines Nächsten, nicht derselben zu helfen, sondern derselben zu seinem Genuss zu brauchen“. Außerdem handle ein solcher Händler gegen das natürliche Gesetz insofern, als er den natürlichen Eigenwert aller echten Waren missachtet, der im Tauschhandel noch wirksam ist. Für Luther bleibt der Handel Ware gegen Ware das Ideal; und er meint, dass es ohne Eingriff der Obrigkeit eine natürliche Wertrelation zwischen den einzelnen Waren geben kann. Nur durch die sündhafte Selbstfestsetzung der Preise werde diese natürliche Wertrelation durcheinander gebracht.

b) „Ich mag meine Ware so teuer geben als ich soll oder als recht und billig ist“ – so heißt Luthers Alternative zu der These vom Eigennutz. Dabei bezieht sich seine Vorstellung von dem, was im Warenhandel recht und billig ist, eben auf den Eigenwert aller Waren und auf das natürliche Einpendeln auf einen billigen, d.h. gerechten Preis. Allerdings kann sich der Preis nur dann gerecht einpendeln, wenn es gelingt, die Monopolgesellschaften auszuschalten: „Sollen die Gesellschaften bleiben, so muss Recht und Redlichkeit untergehen, soll Recht und Redlichkeit bleiben, so müssen die Gesellschaften untergehen!“

Bis heute allerdings sind diese Gesellschaften nicht untergegangen, im Gegenteil: schon zu Luthers Lebzeiten haben sie sich zusammengetan mit der politischen Führung – so wie Geld und Macht seit Urzeiten das Bündnis miteinander suchten. Deshalb vergleicht Luther seine Zeit mit der des Jesaja, der sein Volk anklagte: „Deine Fürsten sind der Diebe Gesellen geworden“; und mit Hesekiel bedauert er, dass dieser Zustand bleiben werde, bis

Gott „Fürsten und Kaufleute, einen Dieb mit dem anderen ineinander schmelzen wird wie Blei und Erz, gleich als wenn eine Stadt ausbrennt“. Dann werden „weder Fürsten noch Kaufleute sein, wie ich besorge, dass es schon vor der Tür steht“. Denn entsprechend Jes 61,8 ist Gott ein Richter für die Armen und Bedürftigen: „Drum geschieht es auch, dass solche Räuber und Wucherer – wie die Tyrannen und Räuber es verdienen – vielmals unnatürlich sterben, dem raschen Tod verfallen und sonst schrecklich umkommen.“

Vom Evangelium her sucht Luther auch nach einem gerechten Arbeitslohn – Kriterium ist ihm dabei wiederum die Nächstenliebe als Kern mitmenschlichen Verhaltens. Als Richtwert bietet sich ihm dabei sowohl vom Alten Testament her wie auch von Lukas der Verdienst eines Tagelöhners an. Jedoch soll dieser Lohn nicht fixiert werden auf ein Existenzminimum, sondern auf die menschliche Arbeit; und jede Arbeit ist ihres, d.h. des ihr zukommenden Lohnes wert. Denn in der Arbeit sieht Luther einen sittlichen Wert, einerseits um das „eigen Fleisch zu dämpfen“ und andererseits, um seinen Nächsten versorgen zu können.

Heutige Perspektiven

So sympathisch diese biblische Radikalität Luthers vielleicht anmuten mag: Ist das alles aus der Sicht der nüchternen Realität nicht geradezu hinterwäldlerische Romantik oder bestenfalls nostalgische Reminiszenz – nach vorwärts gewendet, also hoffnungslose Utopie? Oder könnten Luthers biblisch gewonnene Einsichten doch etwas austragen für die Gegenwart? Natürlich lässt sich Luthers Radikalität in Fragen der Wirtschaftsethik nicht unvermittelt übertragen auf die heutige ökonomische Problematik – aus seinen Grundintentionen ließen sich aber doch sozialetische Anregungen

gewinnen, die durchaus bedenkenswert sind: im Hinblick auf eine Neudefinition des Eigentumsbegriffs insgesamt oder Luthers Vorstellung vom gerechten Preis und an die Erkenntnis, dass Umsonst-Geben, dass Teilen „seliger ist denn Nehmen“. Wenigstens umrisshaft dazu noch einige Assoziationen.

Bereits 1982 findet sich in einer leider kaum beachteten Studie des Lutherischen Weltbundes „Christliche Ethik und Eigentum“ als Ergebnis einer Analyse die bemerkenswerten und heute noch brennend aktuelle Feststellung: „Die Entstehung einer weltweiten Arbeitsteilung, der Übergang vom Warenexport zum Kapitalexport haben in der jüngsten Gegenwart der Krisenanfälligkeit dieser Ordnung (der freien Marktwirtschaft) eine globale Dimension gegeben, die sich in der Diskussion um ein neues Verhältnis zur Natur, der Orientierung der Wirtschaftsentwicklung an den Interessen von Mehrheiten und der Schaffung eines neuen Weltwirtschaftssystems in politisierter Form konkretisiert hat. Die Existenz weltumspannender Konzerne und internationaler Kartelle einerseits, supranationaler Organisationen andererseits, haben zu einem Punkt geführt, an dem die Basis dieser Ordnung, das Eigentum im liberalen Sinn des 18./19. Jahrhunderts zur Disposition gestellt ist.“

Könnte es auf der Suche nach einem überfälligen neuen Weltwirtschaftssystem nicht befreiend weiterführen, wenn der liberale Eigentumsbegriff – der, verkürzt gesagt, die menschliche Verfügungsgewalt, die absolute menschliche Subjektivität zum Inhalt hat – neu überdacht würde? Hätte es in der Tat nicht umwälzende Folgen, wenn politisch ernst gemacht würde mit der Einsicht, dass Gott der absolute Besitzer aller Dinge ist und alle Menschen ihm als Verwalter verantwortlich sind – dass also

nach der Bibel kein Individuum, auch keine Gruppe von Individuen im absoluten Besitz sein kann von Eigentum, sei es Land, Wohnung, Geld, Fabriken, Wissen, Technik, Kultur oder Zivilisation?

Bezüglich eines gerechten Preises im Warenhandel würde sich aus dieser Erkenntnis ergeben – ganz egal, nach welchen Kriterien dieser Preis ermittelt wäre –, dass der Verkaufende darüber nicht hinausgehen dürfte, gleichgültig, ob ihm dies die Marktverhältnisse erlauben würden oder nicht. Umgekehrt gälte dann gleichermaßen für den Kaufenden die Verpflichtung, auch nicht weniger zu zahlen als den „gerechten Preis“, auch wenn ihm ein eventuell übergroßes Angebot auf dem Markt die Möglichkeit geben würde, den Preis zu drücken. Ob es gar so utopisch ist, vom Maßstab der Gerechtigkeit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen auszugehen anstatt von dem der Akkumulationsrate des Kapitals?

Gerechter Preis von Ware gegen Ware anstatt Regelung durch Angebot und Nachfrage: dieses Prinzip gewinnt Aktualität bei einer ganzen Reihe von Selbsthilfegruppen, Arbeitsloseninitiativen etc. Nicht nur Gegenstände werden dabei getauscht, sondern vielmehr noch Dienstleistungen, die nach einem Punktsystem möglichst gerecht bewertet werden: nach ihrem Gebrauchswert für den, der ihrer bedarf, und nicht nach ihrem Warenwert für mögliche Käufer – eine Möglichkeit, ohne jeden Geldumlauf eigene Fähigkeiten in den Dienst gegenseitiger Hilfeleistung zu stellen!

Teilen ist seliger ...

Vielleicht gelänge dies noch eher, wenn die zu machende Erfahrung häufiger würde, dass Geben und Teilen in der Tat seliger ist denn Nehmen. „Geben ist ein Segen für den Geber, für den Empfänger, der bedürftig ist, und es wird als vielfältiger

Dank gegen Gott weiterwirken“ – dieses paulinische Vorbild heute zu vermitteln, darin sieht der Lutherische Weltbund eine eminente Herausforderung an die Kirchen: „Wenn wir teilen, so braucht das nicht nur wegen des Elends der weniger Glücklichen zu geschehen, sondern es geschieht um unserer eigenen Seelen willen. Diese ernüchternde aber auch befreiende Botschaft müssen wir den Gemeindegliedern, Politikern und Präsidenten und Direktoren von Unternehmen mitteilen. Sie ist für die Kirche nicht nebensächlich, sondern von grundlegender Bedeutung. Es ist eine Botschaft für reiche Menschen, reiche Gemeinden, reiche Orts- und Landeskirchen und reiche Nationen“. Um diese Botschaft glaubwürdig vermitteln zu können, müssten die Kirchen allerdings selbst ihren Umgang mit Geld und Vermögen überprüfen, und zwar nicht nur im Blick auf die Prozentzahlen, die sie für Entwicklungshilfe bereitstellen, sondern viel grundsätzlicher: indem sie das Grundprinzip kirchlicher Verwaltungsordnung, „dass das kirchliche Vermögen in seinem Bestand erhalten bleibt und nach Möglichkeit verbessert wird“, in Frage stellen. - Luther also heute noch als Provokation an eine „ecclesia reformata semper reformanda“ auch in ökonomischer Hinsicht!

Wie aktuell diese Botschaft ist, zeigt ja überdeutlich die Entwicklung nach 1989 beim Aufbruch in das wieder ganze Europa. „Teilung lässt sich am besten überwinden durch Teilen“ - so lautete die Mahnung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bei der deutschen Wiedererlangung der staatlichen Einheit 1990. Wäre sie beherzigt worden oder hätte sie gar als sozialpolitisches Verteilungsmodell strukturpolitisch Gestalt gewonnen, dann gäbe es heute wohl keine auf Europa bezogenen Zukunftsängste. Denn schließlich war es weder das Verdienst der einen, dass

sie die Nachkriegszeit mit Hilfe des Marshall-Planes meistern konnten noch die Schuld der anderen, dass sie sich in einer Planwirtschaft einrichten mussten, die zusätzlich belastet war durch hohe Reparationsleistungen an die Sowjetunion.

Nun, diese Chance wurde nach 1989 verpasst, wie überhaupt in den „fetten Jahren“ nicht gespart wurde für absehbar notwendige strukturelle Anpassungen in kommenden „mageren Jahren“. Man ist geneigt zu einer geradezu geschichtstheologischen Deutung der Gegenwart. Dass das niedrige Lohn- und Steuerniveau in den mittel- und osteuropäischen Ländern hierzulande sehr schmerzhaft Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt und im Lohnniveau zeitigt: liegt in der ökonomischen Sachlogik dieser Entwicklung nicht auch ein Stück Kompensation (das AT würde hier wohl von Gericht sprechen) für die so lange von uns so hartnäckig verweigerte Solidarität des Teilens?

Luther und Marx im Bunde?

Bleibt abschließend noch die Antwort auf die Eingangsfrage: Wie würde Luther Marx beurteilen? Ich könnte mir vorstellen, dass Luther über Marx mehr zu sagen hätte als lediglich das gängige geschichtstheologische Urteil, wonach der Marxismus und in seinem Gefolge der Kommunismus Gottes „Zuchtrute“ an einer unglaublich gewordenen Christenheit sei, so wie nach der Sicht des Jesaja einst der Perserkönig Kyros am Volk Israel. Sicher, auch Luther würde Marx unter diesem Blickwinkel als Herausforderung sehen, zum Wohle des Nächsten ernst zu machen mit Gottes Geboten. Eine gewaltsame Umverteilung des Sozialprodukts hätte Luther sicherlich ebenso problematisch empfunden wie die Einordnung des Menschen in einen Geschichtsablauf nach ehernen Gesetzen, wie er von

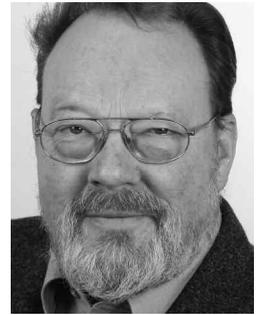
Marx zwar nicht postuliert aber später im Marxismus-Leninismus dann doch determiniert wurde.

Vielleicht hätte Luther dem „Philosophen der Revolution“ empfohlen, über aller „Werkerei“ die Philosophie eben nicht gering zu achten, bei aller notwendigen Arbeit an und mit der Basis den Überbau nicht zu vergessen: den Überbau auch als dialektischen Ausgangspunkt für Veränderungen an der Basis. Die Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen zeigt dem Menschen, dass er das Paradies aus eigenen Kräften nicht wird herstellen können – und sie befreit ihn zugleich von der Anstrengung, es selber herstellen zu müssen. Sie gießt dem marxistischen Prometheus gleichsam etwas Blei in die Sohlen, um seinen Gang durch die Weltgeschichte ernster und vorsichtiger zu machen. Umgekehrt kann man von denen, die sich Marx verpflichtet wissen, anschaulich lernen, so hoch wie nur möglich vom Menschen und seinen Fähigkeiten zu denken und die Verantwortung für alle diesseitigen Realitäten nicht zu vernachlässigen. Ohne deswegen wohl des Semi-Pelagianismus verdächtig zu sein, hat Luther in seinen Psalm Betrachtungen über das Gemeinwohl als Gabe Gottes und Aufgabe des Menschen die Relationen zurechtgerückt: „Schaffe du Riegel und Tore und lasse IHN sie festmachen! Arbeite du und lasse IHN Früchte beschenken! Regiere du und lasse IHN Glück dazu geben! ... Predige du und lasse IHN die Herzen fromm machen! ... Iss und trinke du und lass IHN dich nähren und stärken! Das ist gesagt wider die, die Gott versuchen und nichts tun wollen. Gott will keine faulen Müßiggänger haben, sondern man soll treulich und fleißig arbeiten, ein jeglicher nach seinem Beruf und Amt, dann will er den Segen und das Gedeihen dazu geben.“

Luther und Marx – nicht nur im Hinblick

auf die Dekade im Vorfeld des großen Jubiläums von 2017 sollte dies gelten: Wenn Christen und Marxisten aus der erneuten Beschäftigung mit beiden die Erkenntnis gewönnen, dass zum einen die Weltverantwortung der Christen den Opium-Vorwurf überflüssig macht; dass zum anderen der Marxismus fähig ist zu neuen Einsichten nicht nur bezüglich der Reformation, sondern bezüglich der Funktion von Religion überhaupt – dann könnte daraus zukunftssträchtige Frucht erwachsen: für eine gemeinsame Zukunft von Christen und Marxisten bei der Wahrnehmung ihrer unteilbaren Verantwortung für diese Schöpfung und die darin lebende Ökumene!

Dr. Wieland Zademach, Jahrgang 1943, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern. 1971 Promotion: „Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen“ (Düsseldorf 1973). Ge-



Wieland Zademach

meindepfarrer in Oberfranken. Von 1989 bis 1997 Geschäftsführer der ACK in Bayern, danach Ökumenebeauftragter im Kirchenkreis Nürnberg. Im Ruhestand Dozent an der Seniorenuniversität in Frankfurt/Main. Buchveröffentlichungen: „Eurokommunismus – Weg oder Irrweg“, München 1979. „Glasnost und Perestroika – Hoffnung für diese Welt!“, Essen 1987. Hrsg. von „Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich“, Waltrop 2001; „Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne“, Waltrop 2005; „Kirche der Zukunft – Kirche in der globalen Welt“, Frankfurt 2008.

Mitglied im Redaktionsbeirat von CuS

Wohin mit dem radioaktiven Müll? Ausblick auf die Energiewende

Von Winfrid Eisenberg

Die CuS-Serie über die Gefahren der Atomkernspaltung steht unter der Überschrift „Den Anfang und das Ende des Nuklearkreislaufs nicht vergessen“. Im ersten Teil (Heft 1/11), noch vor der Fukushima-Katastrophe, hatte ich den mörderischen Uranbergbau und die Herstellung des Nuklearbrennstoffs beschrieben.

Im zweiten Teil (2–3/11) war ich auf die gesundheitlichen Langzeitfolgen von Tschernobyl mit den entsprechenden Schlussfolgerungen für die Menschen im Nordosten Japans eingegangen und hatte ferner die Gefahren kontinuierlicher Niedrigstrahlung in der Umgebung von Atomkraftwerken dargestellt.

In diesem dritten Teil soll das Ende des Nuklearkreislaufs im Mittelpunkt stehen, der „strahlende“ Abfall. Schließlich möchte ich einen optimistischen Blick in die Zukunft der dezentral erzeugten und verteilten Erneuerbaren Energien richten.

Das nicht nur ungelöste, sondern vielmehr unlösbare Problem mit der „Endlagerung“ des hochradioaktiven Mülls ist die lange Dauer der erforderlichen sicheren Abschirmung dieser Abfälle von der Biosphäre. Kein Mensch, sei er Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsführer oder sonst einer, kein Mensch kann sich hinstellen und behaupten, dieser oder jener Ort sei für eine Million Jahre sicher. Wer es dennoch tut, täuscht und lügt.

Die Folge dieses Dilemmas ist, dass es nirgends auf der Welt ein „Endlager“ gibt. Alle Staaten, die Atommüll produzieren, geben vor, sie seien auf der Suche nach ei-

nem geeigneten Ort, und wissen doch, dass sie keinen finden können. So belasten wir unsere Kinder und Enkelkinder, nein, Tausende nachfolgender Generationen, mit diesem hochgefährlichen Relikt unserer verfehlten Energiepolitik. In aller Welt befindet sich der ständig größer werdende Strahlenmüll-Berg in so genannten „Zwischenlagern“ in der Nachbarschaft der Atomkraftwerke. „Zwischen“ suggeriert, dass diese Lager nur für eine kurze Zeit benutzt werden sollen, aber wie viele Jahre meint das Wort „zwischen“ wirklich? 20, 30, 50 oder doch „für immer“, weil ein „Endlager“ nicht gebaut werden kann?

Jedes AKW verbraucht durchschnittlich 205 Tonnen Uran pro Jahr und produziert in der gleichen Zeit 30 Tonnen hochradioaktiven Müll. Weltweit entstehen demnach in den ca. 440 Reaktoren jedes Jahr rund 8.300 Tonnen. Nehmen wir eine durchschnittliche Betriebszeit von 35 Jahren an, ergibt das annähernd 300.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle und ein Vielfaches davon an mittel- und schwachradioaktivem Müll. Im Fall der Wiederaufarbeitung ab-



Titanic 2011

gebrannter Brennstäbe vergrößert sich noch die Menge des hochradioaktiven Mülls.

Hochradioaktiver Abfall (High Active Waste = HAW) ist definiert durch eine Aktivität von mehr als 10¹⁴ Bq pro Kubikmeter; mittelaktiv (MAW) betrifft Müll mit einer Aktivität zwischen 10¹⁰ und 10¹⁴ Bq/m³, schwachaktiver Abfall (LAW) hat weniger als 10¹⁰ Bq/m³.

Wie steht es nun mit den „Endlager“-Bemühungen der Staaten, die den meisten Strahlenmüll produzieren?

In den **USA** befinden sich 104 AKW am Netz. Seit dem Beinahe-Gau von Three-Mile-Island, Harrisburg, Pennsylvania im Jahr 1979 ist übrigens kein neuer Reaktor gebaut worden, d.h., alle Meiler sind älter als 30 Jahre.

Seit 1987 wurde ein Endlager in der Tiefe des Yucca Mountain in Nevada favorisiert. Es handelt sich um den heiligen Berg der Shoshone. Das Gestein ist poröser vulkanischer Schmelztuff. 2002 beschloss der US-Kongress, Yucca Mountain als einzigen Standort für hochradioaktiven Abfall auszubauen. Seither wurden ca. 10 Milliarden Dollar in Erkundung und Ausbau investiert.

2009 hat Präsident Barack Obama wegen großer Zweifel an der Langzeitsicherheit (Erdbebengebiet!) und auch wegen starken politischen Drucks aus der Region das Projekt in Nevada gestoppt. Er setzte eine Kommission ein, die Alternativen entwickeln soll. Diese Kommission „brütet“ seither ergebnislos.

In **Frankreich** gibt es 58 Reaktoren. Seit 1994 wurden in der Nähe des kleinen Dorfes Bure, Département Meuse, ca. 60 km südwestlich von Nancy, Probebohrungen am vorgesehenen Standort für ein französisches Endlager unternommen. Es handelt sich dort um Lehm-Ton-Gestein, das wasserdicht sein soll. Seit 1999 hat man in 500 m Tiefe ein „Endlagerlabor“ eingerichtet.

Die dort gewonnenen Erkenntnisse wurden 2005 veröffentlicht und führten zu der Entscheidung, dort das Endlager zu bauen. Ab 2025 sollen hochradioaktive Abfälle eingelagert werden. Die Region ist strukturschwach und dünn besiedelt. Ins Département fließen Millionen-Summen, um Proteste zu verhindern.

An dritter Stelle steht Japan: Dort waren bis zum vierfachen Supergau von Fukushima 51 Atomkraftwerke am Netz. Jetzt sind es deutlich weniger. Mehrere Blöcke, die auch in Erdbebengebieten liegen, wurden vorsorglich abgeschaltet. Jedes Wiederanfahren löst heftige Proteste aus.

In Japan gibt es seit 2002 ein bisher ergebnisloses Standort-Auswahlverfahren mit dem Ziel, den besten Ort für ein Endlager zu finden. In Japan ist das wegen der allgegenwärtigen Erdbebengefahr besonders problematisch.

Russland mit 32 AKW kommt an nächster Stelle. Es gibt mehrere Atom Müll-Deponien, in denen hochradioaktive Abfälle z. T. in Fässern unter freiem Himmel stehen (Majak, Krasnojarsk, Seversk, Kola). Um Devisen zu bekommen, importiert Russland sogar radioaktiven Müll, u.a. auch aus Deutschland. Der Staats-Konzern Rosatom plant, die Deponien an der Andrejewka-Bucht auf der Halbinsel Kola und in Angarsk am Baikalsee zu Endlagern auszubauen. Einzelheiten (Gesteinsart, Tiefe, ...) sind nicht zu eruieren.

Indien und Südkorea haben je 21 Atomkraftwerke. In Südkorea wird nach geeigneten Standorten gesucht; aus Indien gibt es bezüglich Endlager-Planungen keine Nachrichten.

In der **Europäischen Union** betreiben 14 der 27 Mitgliedsländer Atomreaktoren. Vor Fukushima waren es 143, also ohne Frankreich 85. Inzwischen sind, nicht nur in Deutschland, etliche ältere Meiler abge-



28. Mai: Atomkraft Schluss! Großdemonstrationen in 21 Städten

schaltet worden. Ein Endlager gibt es nirgends.

Bis 1982 haben 15 Staaten, darunter auch mehrere europäische, ihren Atommüll einfach im Nordatlantik versenkt: 115.000 Tonnen in ca. 223.000 Fässern liegen am Meeresgrund. Offenbar sind einige Fässer inzwischen durchgerostet. Die frei werdenden Radionuklide, u. a. das Ultragrifit Plutonium, verteilen sich im Ozean.

Im Juli 2011 hat die Europäische Kommission beschlossen, dass jedes Mitgliedsland bis 2015 konkrete Planungen zur Endlagerung hochradioaktiven Mülls vorlegen muss. So herrscht jetzt ein gewisser Druck, die Dinge nicht einfach weiter treiben zu lassen, aber Ergebnisse lassen vermutlich auf sich warten.

Auf die Endlagerproblematik bei uns in **Deutschland** will ich hier nicht im Detail eingehen. Allein die dubiosen Umstände der Wahl des Salzstocks Gorleben könnte Seiten füllen, ebenso die extrem gefährliche Situation am schon nach 30 Jahren gescheiterten „Versuchsendlager“ Asse II mit seinen fast 130.000 abgekippten, nicht mehr

dichten Atommüllfässern, die in der Salzlauge liegen.

Eine neue Nachricht über ein geplantes Endlager in der **Mongolei** möchte ich aber noch erwähnen. Wie oben beschrieben, wissen die USA und Japan nicht, was sie mit ihrem Tag für Tag wachsenden Atommüllberg tun sollen. Deshalb kamen diese beiden Staaten auf die Idee, ihren hochradioaktiven Abfall in einem anderen Land unterzubringen. Die Wahl fiel auf die Mongolei, ein riesiges, dünn besiedeltes Binnenland mitten in Asien. Es hat in diesem Jahr Geheimverhandlungen zwischen dem US-Energieministerium, dem japanischen Wirtschaftsministerium und dem mongolischen Außenministerium gegeben. Das Ziel ist, in einer fast menschenleeren Region in mehreren hundert Metern Tiefe ein Lager für abgebrannte Brennelemente zu bauen. Über den in Aussicht genommenen Ort wurde Stillschweigen bewahrt. In der Mongolei kommen u.a. Granite und Sedimentgesteine vor. Als Gegenleistung für die Mülleinlagerung würden die USA und Japan einen Atomreaktor (!) an die Mongolei

liefern und ferner Bergwerke einrichten, um die reichen Uranvorkommen auszu-beuten. So würden sich die beiden Länder gleichzeitig eine günstige Versorgung mit Uran sichern. Es scheint, dass ein Vertrag noch nicht unterschrieben ist. Widerstand könnte von China und Russland kommen, den beiden Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der Mongolei haben und dem Transit des Strahlenmülls zustimmen müssten.

Ein alter Spruch im Zusammenhang mit dem unlösbaren Müllproblem hat leider unverändert seine Berechtigung: „Die Atom-technologie gleicht einem Großflugzeug, das gestartet ist, für das es aber nirgends auf der Welt eine geeignete Landebahn gibt.“ (Wer diesen Satz zum ersten Mal in die Debatte eingebracht hat, weiß ich nicht mehr.)

In **Deutschland** ist nach Fukushima ein Wandel in der Energiepolitik eingetreten, Warum dazu der Vierfach-Gau in Japan nötig war, wo doch Tschernobyl schon die Gefahren der Atomenergie deutlich gemacht hatte, ist mir unverständlich geblieben. Aber besser spät als gar nicht.

Es gilt nun, so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien umzusteigen. Vordenker wie Franz Alt, Günter Altner, Hermann Scheer haben seit langem dargestellt, dass dieser Umstieg sehr schnell gehen kann, wenn er politisch gewollt und mit den richtigen Weichenstellungen begleitet wird. Von Franz Alt stammt der Ausspruch „Sonne und Wind schicken keine Rechnung“. Hermann Scheer, der vor einem Jahr leider viel zu früh gestorben ist, hat in seinem letzten Buch „Der energetische (sic!) Imperativ“ ganz genau beschrieben, wie 100% erneuerbare Energie innerhalb weniger Jahre realisiert werden können.

Entgegen den Prognosen der Atomlobby,

die erneuerbaren Energien würden nie über 4% des Strombedarfs decken können, liegen sie jetzt schon im Bereich von fast 20%. Viele Bürger(innen) haben mit einem Solardach auf dem Haus oder mit einem Windrad auf dem Acker zu dieser Entwicklung beigetragen. Bürgerinitiativen und Energie-Genossenschaften, die im ganzen Land gegründet werden, bieten Beteiligungen auch mit kleinen Summen an. Kommunale Einrichtungen und Stadtwerke sind dabei, die Energieversorgung von den großen profitgierigen Konzernen weg in die Hand der Bürger zurück zu führen.

Allerdings gibt es Tendenzen, mit Hilfe von Veränderungen am „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG) die zügige Fortentwicklung der dezentralen Energieproduktion und -verteilung aufzuhalten.

So sollen riesige Offshore – Windparks im Vergleich zu einzelnen Onshore – Windrädern stark begünstigt werden, obwohl das Aufstellen von Windanlagen an Land viel schneller und billiger ist. Durch die Offshore-Anlagen werden die großen Konzerne unterstützt, weil nur sie die erforderlichen Aufwendungen leisten können. E.ON, RWE und Co. ziehen ein grünes Mäntelchen an und propagieren nun den Windstrom aus riesigen Offshore- Projekten. Es entsteht der Eindruck, dass die Konzerne nach Verlust einiger Atomkraftwerke mit gewaltigen Summen für die Offshore – Parks entschädigt und zufrieden gestellt werden sollen.

Ähnliches droht der dezentralen Photovoltaik in Bürgerhand. Die Einspeisevergütungen werden immer weiter zurück geschraubt, so dass die in den letzten Jahren boomende mittelständische Solarindustrie bereits in Schwierigkeiten kommt. Stattdessen sollen 400 Milliarden Steuergelder in das gigantische Desertec-Projekt fließen, an dem wieder die genannten Kon-

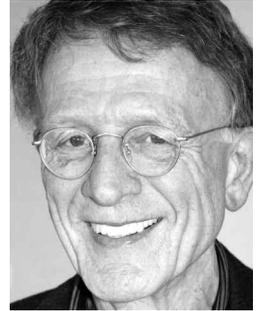
zerne maßgeblich beteiligt sind. Aber Desertec, Strom aus den nordafrikanischen Wüsten mit den erforderlichen Trassen nach Europa, dauert viel zu lang bis zur Realisierung; als Bremse des Klimawandels käme der Wüstenstrom zu spät. Darüber hinaus ist die technische Machbarkeit sowie die Zuverlässigkeit der beteiligten Regierungen fraglich; die solarthermischen Großkraftwerke und die Stromtrassen könnten zu Zielen terroristischer Anschläge oder sogar Anlass zu militärischen Auseinandersetzungen werden.

Hermann Scheers Vision vom Sonnenstrom von 100.000 Dächern hier bei uns ist die bessere Lösung. Die Photovoltaik-Module auf meinem Hausdach waren an einem einzigen Tag installiert, arbeiten zuverlässig und bieten sicherlich keinen Anlass für Konflikte.

Wir können optimistisch sein, dass unser deutsches Beispiel des Ausstiegs aus der Atomenergie die anderen Länder nachziehen wird, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Es wird einen deutlichen Aufschwung geben durch die Entwicklung immer effektiverer Solarzellen, Windräder und Speichertechniken, durch neuartige Erdwärme-, Wasserkraft- und Biogasanlagen. Ingenieure, Erfinder, Tüftler und Techniker

sind gefragt. Bei all diesen Entwicklungen werden die uns umgebenden Länder nicht zurückstehen wollen. Die Zukunft mit dezentral erzeugten und verteilten erneuerbaren Energien ohne nukleare und fossile Brennstoffe wird sich positiv für unsere Erde und alles Leben darauf auswirken.

Winfrid Eisenberg, Dr. med., Kinderarzt, geb. 1937, 4 erwachsene Kinder, 6 Enkelkinder. Klinische Tätigkeit, von 1984–2002 ärztlicher Leiter der Kinderklinik Herford; fachlicher Schwerpunkt Neonatologie/Perinatalogie. Vor der Facharztanerkennung drei Jahre missionsärztliche Arbeit in Süd-Tanzania. Mitglied der IPPNW (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg/Ärzte in sozialer Verantwortung) seit 1982; Vorstandsmitglied von 2003–2007. Themenschwerpunkte in der IPPNW: Arbeitskreis Atomenergie; Arbeitskreis Flüchtlinge/Asyl. IPPNW-Delegierter in der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl; Mitglied der Flüchtlingsbegleitergruppe Herford.



Winfrid Eisenberg

Chile: Proteste gegen Pinochets Bildungssystem

Von Jürgen Schübelin*

Lang – lang – kurz, kurz, kurz: Das durch Mark und Bein gehende Stakato der Trommeln, Töpfe, Trillerpfeifen und Autohupen ist so etwas wie die Hymne dieses Proteststurms, der Chile

seit drei Monaten in Atem hält. Mit demselben legendären Kampfruf „Y va a caer!“ (Und er wird stürzen) hatte sich die Mehrheit der Chilenen damals im Oktober 1988 Mut gemacht, um in einem Plebiszit das verhasste Pinochet-Regime zu besiegen. Jetzt nutzen die Kinder und Jugendlichen

aus einer Generation, die die Terrorherrschaft der Militärs selbst nie erlebt hat, die fünf emblematischen Silben, um das unter der Diktatur installierte neoliberale Schul- und Bildungssystem in seinen Grundfesten zu erschüttern. Und mit ihm gleich die gesamte rechts-konservative Regierung unter dem Unternehmer und Dollar-Milliardär Sebastian Piñera.



Proteste in Chile

Über 150.000 Schüler und Studenten, unterstützt von Eltern, Lehrern, Hochschulprofessoren und Sympathisanten, zogen allein am 9. August 2011 in einem Sternmarsch durch Santiago. Im ganzen Land waren es weitere Hunderttausend. Vermutlich deutlich über eine halbe Million junger Menschen hat sich in Chile während der Monate Juli und August an den unterschiedlichsten Aktionen zum Einfordern des Grundrechts auf Bildung beteiligt. Seit den Kundgebungen vor dem Plebiszit 1988 gegen Pinochet erlebte das Land keine vergleichbaren Protestaktionen mehr.

Der Kampf gilt einem durch und durch kommerzialisierten Schul- und Bildungssystem, das sich während der zurückliegenden fast vier Jahrzehnte zu einem der lukrativsten Wirtschaftszweige des Andenlands entwickelt hat. In Chile bezahlen Eltern vom Kindergartenalter an aberwitzige Summen, um ihren Jüngsten eine angeblich

privilegierte Bildung zu ermöglichen. Private Sekundarschulen verlangen umgerechnet 750 Euro oder mehr an Schulgeld pro Monat – dreimal soviel wie die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns. Nach dem Abiturläusen jährlich Zehntausende Schüler in teuren, privaten „Pre-Universitarios“, um sich auf die Hochschulzulassungs-Prüfung PSU vorzubereiten. Wer danach studieren möchte und nicht aus einer wirklich wohlhabenden Familie stammt, kann das nur mit Hilfe von Krediten bewerkstelligen. Um sich anschließend auf dem umkämpften Arbeitsmarkt irgendwie zu behaupten, bieten die Hochschulen unzählige „postítulos“, postgraduierten Studiengänge an, für die noch einmal richtig tief in die Tasche gelangt werden muss. Das Ergebnis: Ein paar schön gerahmte Diplome und entsprechende Phantasie-Titel sowie ein Schuldenberg zum Studien-Ende, der sich je nach Fach und Uni auf bis zu 40 Millionen Pesos beläuft: umgerechnet 60.000 Euro. Ein Albtraum und Mühlstein für jeden Berufseinsteiger.

Die konservative Santiagoer Tageszeitung „El Mercurio“ hat errechnet, dass sich die Studiengebühren an chilenischen Unis seit 2005 bis Mitte 2011 schlicht verdoppelt haben, während die Durchschnittseinkommen im Land im gleichen Zeitraum höchstens um 30 bis 35 Prozent gestiegen sind. Obwohl Universitäten und Privatschulen laut Gesetz eigentlich keine Gewinne erwirtschaften dürften, funktionieren die allseits bekannten Mechanismen zur Abzocke der Studierenden so simpel wie infam: Ganz oft sind die Eigentümer der zahlreichen Privatinis im Land gleichzeitig die Besitzer von Bau- oder Immobilienfirmen, die für die Miete oder Pacht der Gebäude und Infrastruktur der Hochschule völlig überzogenen Preise verlangen – und über eigens gegründete Dienstleistungs- und Service-

Betriebe für Gebäudereinigung, Verwaltung, Mensa-Betrieb und windige Berateraufträge Rechnungen jenseits aller Marktbedingungen stellen. Und das alles ganz legal. Zahlreiche Politiker aus allen Lagern sind als Miteigentümer an dem Milliarden-Geschäft rund um die privaten chilenischen Sekundarschulen und Universitäten beteiligt.

An den Studienkrediten, für die höhere Zinsen verlangt werden als beispielsweise für Hypothekendarlehen, verdient die gesamte chilenische Finanzbranche. Das Geschäft läuft so geschmiert, dass seit Jahren sogar Kaufhausketten Jugendlichen Kredite anbieten, um die Studiengebühren zu finanzieren. Und selbst dort, wo sich der Staat über seine nationale Entwicklungsgesellschaft CORFO für die Darlehen an ausgewählte Studierende verbürgt, verdienen die Banken kräftig über Gebühren und Zinsen mit. Am Ende sind es ganz oft die Eltern der Hochschulabsolventen, denen nichts anderen übrig bleibt, als bis zum Lebensende mitzuhelfen, die Schuldenlast ihrer Kinder abzutragen.

Chile zeichnete sich in Lateinamerika bis Mitte der Siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch ein vorbildliches öffentliches Bildungssystem aus, in das der Staat erhebliche Ressourcen investierte. Seit den Zeiten der sozialreformerischen Regierung unter Pedro Aguirre Cerda (1938 – 1941) und der Verleihung des Literaturnobelpreis 1945 an eine Dorfschullehrerin, Gabriela Mistral, war es so etwas wie nationaler Konsens, dass das Engagement für Schulen und Bildung die wichtigste Strategie zur Überwindung von Armut und extremer Armut darstellt.

Die so genannten neoliberalen Reformen des Pinochet-Regimes beendeten diese Politik mit einem Schlag: Die Entscheidungen, die öffentlichen Schulen an die kommunalen Gebietskörperschaften zu übergeben und

gleichzeitig die entsprechenden Budgetmittel drastisch zurück zu fahren sowie den Markt für Hunderte von Privatuniversitäten zu öffnen – und seien sie akademisch noch so schmalbrüstig aufgestellt – veränderten das Gesicht der chilenischen Gesellschaft mehr als alle anderen Zäsuren, die die Militärs dem Land aufzwangen. Da es in Chile keinen kommunalen Finanzausgleich wie in Deutschland oder anderen europäischen Ländern gibt, verkam das nunmehr kommunale Bildungssystem fast überall im Land in kürzester Zeit zu einer kümmerlichen Ansammlung von Rest-Schulen für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, extrem prekär ausgestattet, mit überforderten Lehrern und viel zu großen Klassen. Wer – wie auch immer – über die Möglichkeit verfügt, seinen Kindern den Besuch einer Privatschule zu ermöglichen, nimmt dafür extreme Opfer und hohe finanzielle Belastungen auf sich.

Vor fünf Jahren, 2006, begehrten erstmals die Sekundarschüler gegen dieses System auf und sorgten mit ihrer Bewegung der „Pinguinos“ (Pinguine - in Anspielung auf die Schuluniformen) für internationale Aufmerksamkeit und eine veritable Regierungskrise. Mit halbherzigen Versprechungen und einigen kosmetischen Reförmchen versuchte die damalige Mitte-Links-Koalition unter Michelle Bachelet, die Situation zu entschärfen. Der Proteststurm, der seit drei Monaten über Chile fegt, ist hingegen von ganz anderem Kaliber. Hunderte von Schulen und Universitäten im ganzen Land werden seit Wochen von den Schülern und Studenten besetzt gehalten und erbittert gegen alle Räumungsversuche verteidigt. Nacht für Nacht belegt der Rhythmus der Töpfe, Pfannen und Trommeln in zahlreichen chilenischen Städten, welche Intensität die allgemeine Unzufriedenheit mittlerweile erreicht hat. Die Aktionsformen der Schüler

und Studenten sind bunt, laut, äußerst kreativ, frech und – mit wenigen Ausnahmen – konsequent gewaltfrei. Als der inzwischen abgesetzte Bildungsminister Joaquín Lavín von der ehemaligen Pinochet-Partei UDI im Juli angesichts des Schüleraufstands mit seinem Latein am Ende war und kurzerhand entschied, die Ferien vorzulegen, organisierten mehrere Tausend Jugendliche aus Protest mitten im chilenischen Winter bei frostigen Temperaturen vor dem Präsidentenpalast eine lautstarke Strandparty in Badehosen und Bikinis, mit Sonnenschirmen, Liegestühlen, Beach-Volleyball und Eisverkäufern.

Wie bei den Aufständen in den arabischen Ländern sind auch in Chile Facebook und Twitter die wichtigsten Informations- und Organisations-Medien der Protestbewegung. Die Versuche der Piñera-Administration – sekundiert von den Hauptstadt-Tageszeitungen und den chilenischen Fernsehsendern, die allesamt regierungsnah und an den Interessen der großen Wirtschafts- und Finanzgruppen ausgerichtet sind – die Protestbewegung auseinander zu dividieren, klein zu reden oder in die Nähe von Terroristen zu stellen, hat in den zurückliegenden Tagen eher zu noch mehr Kohäsion und Entschlossenheit, nicht aufzugeben, beigetragen.

Wer seit dem 4. August die äußerst brutalen Polizeieinsätze mit Schlagstöcken, Wasserwerfern, Tränengas und Massenverhaftungen gegen protestierende Schüler und Studenten in verschiedenen chilenischen Städten miterlebt hat, spürt, wie sehr bei der Regierung mittlerweile die Nerven blank liegen. 370 leere Hülsen von auf sie abgefeuerten Tränengas-Granaten haben an einem einzigen Tag allein die Studenten der Universidad de Chile am Hauptsitz ihrer Hochschule eingesammelt und auf der Straße zu einem improvisierten

„Museum der Repression“ aufgereiht. Während der Bürgermeister von Santiago, Pablo Zalaquett, lautstark den Einsatz des Militärs gegen Schüler- und Studenten-Demonstrationen sowie Schnellgerichtsverfahren für festgenommene Jugendliche verlangt, wird immer deutlicher, wie profund sich die Systemkrise inzwischen manifestiert.

Die Forderungen der Schüler und Studenten, ihrer Lehrer und Unterstützer sind klar: Sie wollen, dass der Staat die Kommunalisierung der öffentlichen Schulen rückgängig macht und über sein Bildungsministerium wieder direkt Verantwortung übernimmt. Und es geht um ein gerechtes, nicht an kommerziellen Interessen ausgerichtetes System zur Bildungs- und Studienförderung mit mehr Gratissekundarschulen, staatlichen Stipendien und fairen Konditionen für Darlehen sowie um eine konsequente Kontrolle von Privatschulen und -universitäten. Finanziert werden soll das deutlich stärkere Engagement des Fiskus bei der Umsetzung des Rechtes auf Bildung durch eine Verstaatlichung eines Teils der äußerst lukrativen, von ausländischen Konzernen betriebenen Kupferminen des Landes. Über all diese Elemente einer Bildungsreform sollen, so die Forderung der Protestbewegung, Chiles Bürger in einem Plebiszit abstimmen.

Während Präsident Piñera unerschütterlich erklärt: „Bildung ist ein Konsumgut, für das man bezahlen muss wie für alles im Leben“, haben Abgeordnete der beiden Kammern des chilenischen Parlaments inzwischen die Initiative ergriffen und eine umfangreiche Delegation aus Vertretern der Protestbewegung zu ausführlichen Gesprächen in den Kongress nach Valparaíso eingeladen.

Für José Horacio Wood, Direktor der ökumenischen chilenischen Partnerorganisation der Kindernothilfe, Fundación

ANIDE, ist der atemberaubende Prozess, der sich in diesen Wochen in Chile vollzieht, auch das Ergebnis der jahrzehntelangen Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wie Kindernothilfe und ANIDE: „Wir haben unser Sandkorn zu dieser Bewegung beigetragen. Die Mädchen und Jungen in den Projekten lernen seit Jahren, trotz aller gesellschaftlichen Widerstände, was Kinderrechte sind – und welche zentrale Bedeutung gerade dem Recht auf Bildung zukommt.“ Die Generation, die jetzt das Heft in die Hand genommen hat, so Wood weiter, „ist unter den Bedingungen einer sehr prekären Demokratie aufgewachsen, aber vom Kindergarten an wurde diesen Mädchen und Jungen Selbstbewusstsein und das Gespür, füreinander und für andere Verantwortung zu tragen, vermittelt.“ Sichtlich stolz sind der ANIDE-Direktor und sein Team darauf, dass Jugendliche aus zahlreichen von Kindernothilfe unterstützten Projekten in ihren Schulen zu Sprechern und Team-Leadern gewählt wurden: „Mit-zuerleben, wie eine soziale Bewegung, bei der es um ein Kinder- und Menschenrecht geht, eine derartige Kraft entfaltet, das ist für uns alle eine unglaubliche Erfahrung.“ Jetzt zeige sich, so der Anthropologe Wood, wie sehr das jahrzehntelange Engagement internationaler Entwicklungsorganisationen und Solidaritätsinitiativen für die Unterstützung zivilgesellschaftlicher chilenischer Initiativen zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte nachhaltig war.

Auf der Plaza Nuñoa, im Südosten Santiagos, hat auf die Minute genau, punkt 21 Uhr, wieder das allnächtliche Konzert der Töpfe, Pfannen, Trommeln, Trillerpfeifen und Autohupen begonnen. Lang – lang, kurz, kurz, kurz: „Y va a caer“, singen die Jugendlichen, „y va a caer – la educación de Pinochet“. Es wird stürzen, das Bildungssystem von Pinochet.

* z. Zt. Santiago de Chile (16.08.2011)

P.S. Nicht immer haben mutmachende Geschichten ein Happy-End. Auch im siebten Monat nach dem Beginn der chilenischen Schüler- und Studentenprotestbewegung haben die Jugendlichen noch keinen echten Durchbruch erzielt, was die Umsetzung ihrer Kernforderung nach einer Entkommerzialisierung des Bildungssystems anbelangt. Nach wochenlangen, genauso zählen wie am Ende doch fruchtlosen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen mit ständig wechselnden Regierungsvertretern, Parlamentariern und Parteileuten haben die Studentenfürher Mitte November resigniert und erneut zu Straßenprotesten aufgerufen, die allerdings nicht annähernd das Ausmaß der August-Demonstrationen erreichten. Die geradezu erpresserische Strategie des Bildungsministeriums, allen sich weiter an der Protestbewegung beteiligenden Jugendlichen definitiv den Zugang zu Studienkrediten und Teilstipendien zu entziehen, zeigte Wirkung: Überall im Land kehrte zumindest ein Teil der Schüler und Studenten in die Klassenzimmer und Hörsäle zurück und akzeptierte ein Programm der Regierung, sich an durch Internet-Kurse vorbereiteten „Notprüfungen“ zu beteiligen, um das Schuljahr und Semester doch noch zu retten. Während die der Piñera-Regierung nahe stehenden Medien bereits hämisch den Sieg über die Protestbewegung und die „schwindende Mobilisierungskraft“ der Schüler und Studenten feiern, hat sich die Auseinandersetzung um eines der teuersten Bildungssysteme der Welt und seine miserable Qualität längst mitten hinein in den parlamentarischen Politikbetrieb verlagert: Die Opposition aus Sozialisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberalen und Kommunisten, die im chilenischen Senat über die Mehrheit verfügt, ver-

langt eine deutliche Aufstockung des für 2012 geplanten Bildungsetats um rund eine Milliarde US-Dollar. Piñera und seine Minister sind höchstens bereit, ein Drittel dieser Summe aufzubringen. Da aber in Chile im Oktober 2012 bereits die nächsten Wahlen anstehen – und zwar die sämtlicher Bürgermeister und Kommunalparlamente – und Piñeras rechtsnationale „Alianza por Chile“ angesichts der unverändert kategorischen Ablehnung ihrer Bildungs- und Sozialpolitik durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Erdrutsch-Niederlage fürchten muss, sind auch die „dirigentes“ der Schüler- und Studentenbewegung zuversichtlich, mit ausreichend langem Atem am Ende doch ein gerechteres, nicht auf finanzieller Ausplünderung der Studierenden und ihrer Familien beruhendes Bildungssystem zu erstreiten.

Jürgen Schübelin, 54 Jahre alt, Sozialwissenschaftler (M.A.) und gelernter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE, Brot für die Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1 ½ Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindermothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Er ist seit 1999 Mitglied beim BRSD und lebt mit seiner Familie in Duisburg. Zur Zeit arbeitet er im Katastrophengebiet Haiti.



Jürgen Schübelin

Rede bei der Gedenkfeier „Blumen für Stukenbrock“ am 3.9.2011

Gegen Geschichtsrevisionismus und Kriegspolitik

Von Peter Strutynski

Ich bin dem Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ für die Einladung zur diesjährigen Gedenkfeier sehr dankbar. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und ein paar Gedanken gegen Geschichtsrevisionismus und Kriegspolitik vortragen.

Als vor 72 Jahren der zweite Weltkrieg begann, wurde mit der Umsetzung dessen Ernst gemacht, was die Nazis und ihre Profiteure aus Großindustrie und Wirtschaft lange geplant hatten: die Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs mit dem von ihnen so genannten Versailler „Schand-

vertrag“ und die Suprematie Deutschlands über alle Großmachtrivalen der Welt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion vor 70 Jahren wurde zudem der Anspruch unterstrichen, die „slawischen Untermenschen“ zu unterjochen und die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ ein für alle Mal auszurotten.

Damit begann vor 70 Jahren auch das große Leiden der Völker der Sowjetunion, und es begann die systematische Vernichtung der Juden in Europa. Und in das Stalag 326 bei Stukenbrock wurden die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen eingeliefert. Bis 1945 gingen 300.000 Kriegsge-



Stukenbrock, Mahnmal

fangene durch diese Hölle, 65.000 von ihnen überlebten Zwangsarbeit und Hunger nicht.

Viel zu spät, nämlich erst im April 1945, konnten sich die Häftlinge – ähnlich wie im KZ Buchenwald – durch einen Aufstand selbst befreien, wobei ihnen das Näherrücken der amerikanischen Truppen hilfreich war. Und viel zu spät, am 8. Mai 1945, musste das verbrecherische Regime endlich vor der Anti-Hitler-Koalition kapitulieren.

Nur für ewig Gestrige ist der 8. Mai 1945 eine „Niederlage“. Ein Sieg war es indessen für die Völker Europas und der Welt, die sechs Jahre lang von deutschen (in Ostasien von japanischen) Truppen besetzt, ausgebeutet und vernichtet worden waren, für die Überlebenden in den Konzentrationslagern, für die wenigen Juden, welche den Gaskammern der Vernichtungslager der SS entkommen sind (sechs Mil-

lionen Juden und Hunderttausende Sinti und Roma sind dem deutschen Herrenmenschlichen-Rassismus zum Opfer gefallen).

Befreit fühlen durften sich aber auch die Deutschen selbst. Der Zweite Weltkrieg, der von Nazi-Deutschland entfacht wurde, hatte sich spätestens mit der Schlacht um Stalingrad (1943) und der Landung der Westalliierten in der Normandie (1944) gewendet. Waren zuvor deutsche Soldaten in fremde Länder einmarschiert, hatten deutsche Flugzeuge europäische Großstädte bombardiert, so waren es seit 1943 vornehmlich britische Bomber, die ihre tödliche Fracht auch auf deutsche Städte abwarfen.

So bitter diese Zerstörungen waren, die sich ja nicht nur gegen militärische Ziele richteten, sondern ganz gezielt auch der Bevölkerung galten, damit ihr die „Moral“ und der Glaube an den „Endsieg“ genommen würden, so verständlich war es doch auch, dass der Krieg schließlich in das Land zurückkehrt, von dem er ausgegangen war. Dresden, Braunschweig, Kassel, Nürnberg, Pforzheim, Duisburg und natürlich Berlin sind nur ein paar Städte, die hier stellvertretend genannt werden sollen.

Wer heute in provokativer Weise nur der deutschen Opfer der letzten Kriegstage gedenkt, will im Grunde genommen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Dass solche neonazistischen „Revisionisten“ sich heute nicht nur auf den Straßen, sondern auch in Landtagen wieder breit machen, ist eine politische Schande, die man gar nicht genug skandalisieren kann!

Doch auch wer heute öffentlich unterschiedslos aller Opfer des Zweiten Weltkriegs gedenkt, des toten sowjetischen Soldaten in der russischen Steppe oder des toten amerikanischen Soldaten in den Niederlanden genauso wie des toten Wehrmachtangehörigen, der beim Kampf um Berlin sein Leben ließ oder in der Kriegs-

gefangenschaft, auch der hat nicht genügend aus der Geschichte gelernt.

Dazu muss ich leider auch den großen deutschen Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass zählen, der schon vor einigen Jahren mit seinem Roman „Krebsgang“ über den Untergang des „Kraftdurch-Freude“-Schiffes „Wilhelm Gustloff“ den 9.000 deutschen Opfern ein Denkmal setzte und der vor wenigen Tagen in einem Interview mit der israelischen Zeitung Haaretz auf eine perfide Art den Holocaust relativierte. Ich möchte aus dem Interview zitieren:

„Von acht Millionen deutschen Soldaten, die von den Russen gefangen genommen wurden, haben vielleicht zwei Millionen überlebt, und der ganze Rest wurde liquidiert. (...) Ich sage das nicht, um das Gewicht der Verbrechen gegen die Juden zu vermindern, aber der Holocaust war nicht das einzige Verbrechen.“

Soweit Günter Grass. Dazu nimmt der Historiker Peter Jahn in der Süddeutschen Zeitung Stellung, indem er folgendes richtigstellt:

„... umstandslos den Mord an sechs Millionen Juden mit einem Phantasiebild von sechs Millionen liquidierten deutschen Kriegsgefangenen zu relativieren, ist – vor aller moralischen Bewertung – erklärungsbedürftig.“

Die Fakten: Mehr als drei Millionen deutsche Soldaten gerieten im Krieg und vor allem bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft. (...) Nach unterschiedlichen Zählungen haben 700 000 bis 1,1 Millionen der Gefangenen nicht überlebt, wurden vor allem Opfer der Mangelernährung. (...) Hunger ... war in der Sowjetunion der Kriegs- und ersten beiden Nachkriegsjahre bestimmend für die große Mehrheit der Bevölkerung ...“ (SZ, 01.09.2011)

Peter Jahn fährt in seinem kritischen Artikel fort:

„Indem aus einer Million an Hungerfolgen

Gestorbenen sechs Millionen von den Russen ermordeten Deutsche phantasiert werden, stehen bei Grass der Völkermord an den Juden und das deutsche Leiden auf einer Stufe.“

Ja, man muss darauf bestehen – und das gilt gerade auch hier in Stukenbrock –, dass es zwischen Tätern und Opfern einen fundamentalen Unterschied gibt. Man muss darauf bestehen, dass die Urheberchaft des Zweiten Weltkriegs nicht über die Hintertür des Totengedenkens jenen mitangelastet wird, die diesen Krieg nicht gewollt und sich gegen den deutschen Überfall zur Wehr gesetzt haben. Und man muss schließlich darauf bestehen, dass die Schuldigen an der Weltkriegskatastrophe mit ihren 60 Millionen Toten immer und immer wieder beim Namen genannt werden.

1945 war das noch selbstverständlich. Ich war gestern im Gerichtssaal 600 des Nürnberger Justizgebäudes, wo 1945/46 die Hauptkriegsverbrecher von einem alliierten Militärgericht zur Rechenschaft gezogen wurden. Heute ist dort ein Museum eingerichtet worden, dessen Besuch ich jedem empfehlen kann, der einmal nach Nürnberg kommt.

Die von US-Soldaten oder der Roten Armee befreiten KZ-Häftlinge waren sich damals einig, nicht nur zu sagen: „Nie wieder Krieg!“, sondern eben auch „Nie wieder Faschismus!“ Einig waren sich auch die Alliierten (Großbritannien, UdSSR, USA, später auch Frankreich), Deutschland die Grundlagen zu entziehen, jemals wieder einen Krieg anzetteln zu können. Die ersten Maßnahmen der Besatzungsmacht waren daher die restlose Zerschlagung der deutschen Wehrmacht und aller ihrer Unterorganisationen, die Demobilisierung der Truppen, die Übernahme der Kontrolle über die deutschen Rüstungsschmieden sowie die Internierung vieler ihrer Besitzer oder Leiter, die Zerschlagung der IG Farben

(dem mächtigsten Industriekonzern, der Hitler zur Macht verholfen hatte) und der Aufbau demokratischer Institutionen auf Gemeinde- und Landesebene.

Hinzu kam, dass die faschistische Ideologie mit „Stumpf und Stiel“ aus den Köpfen und Herzen der Deutschen ausgerottet werden sollte. Aufgelöst und verboten wurden die NSDAP und alle anderen nationalsozialistischen Organisationen einschließlich ihrer Nachfolgeorganisationen – dies geschah durch die Militäradministrationen in allen vier Besatzungszonen.

Es ist ein Skandal, dass eine der Nachfolgeorganisationen der NSDAP, die NPD, wieder in deutschen Landtagen sitzt und mit zahlreichen sog. „Kameradschaften“ und neonazistischen Kampfgruppen provokative Aufmärsche organisiert: im Februar in Dresden, und heute in Dortmund. Das ist eine Schande für Deutschland und für die Justiz, die so etwas zulässt. Wünschen wir unseren Freundinnen und Freunden, die sich heute den Nazis in den Weg stellen, dass sie Erfolg haben mögen und den braunen Spuk aus Dortmund verbannen.



... aber wie?

Ein Skandal ist es aber auch, wenn die Vertriebenenverbände an ihren geschichtsrevisionistischen Lügen festhalten. Hat doch vor wenigen Tagen die Präsidentin des Bun-

des der Vertriebenen, die CDU-Politikerin Erika Steinbach gefordert, dass die deutschen Kriegsgefangenen, die im Ausland Zwangsarbeit verrichtet hatten, eine Entschädigung erhalten sollen. Die deutschen Zwangsarbeiter, so sagte sie, hätten „moralisch das Recht „in ähnlicher Weise entschädigt zu werden“ wie die ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland. Und Frau Steinbach verlangt außerdem noch von der Bundesregierung, künftig bei Staatsbesuchen deutscher Politiker im Ausland „Vertriebene“ mitzunehmen, „gerade wenn es sich um historisch vermintes Gebiet handelt“. (SZ, 29.08.2011). Da hat die Hardlinerin unter den Vertriebenen nicht nur wieder einmal Täter mit Opfern gleichgesetzt, sie macht sich daran, hochexplosive Minen in fremden Ländern zu verlegen. Dieser Frau muss das Handwerk gelegt werden.

Zurück zur sog. „Stunde Null“ 1945. Auch andere wegweisende Maßnahmen der Alliierten 1945 sind später nicht verwirklicht bzw. wieder zurückgedreht worden. Ein friedliches Deutschland sollte errichtet werden, ein Land, in dem Großindustrielle und Großbankiers – wie Krupp, Flick und Hermann Josef Abs – keine Rolle mehr spielen durften, in dem Adel und Großgrundbesitz ihre Privilegien und ihren Besitz verlieren mussten, und in dem die Träger der nationalsozialistischen Ideologie ihres Einflusses in Staat und Gesellschaft beraubt werden sollten. Die hessische Verfassung sah daher ausdrücklich die Enteignung und Entflechtung des Großkapitals vor. Und noch im Grundgesetz der (westlichen) Bundesrepublik 1949 fanden sich als Widerhall jenes Konsenses die Artikel 14 und 15, in denen die Sozialpflichtigkeit des Eigentums festgestellt und die Möglichkeit der Enteignung eröffnet wurde.

Dass von dieser Möglichkeit im Dienste der Allgemeinheit in der (alten) Bundesre-

publik schließlich so wenig Gebrauch gemacht wurde, dass im Gegenteil unser Land in den 50er Jahren eine Phase der Rekonstruktion alter Besitz- und Machtverhältnisse durchmachte, und dass 66 Jahre nach dem Ende des Faschismus die Zeichen längst wieder eher auf die Privatisierung öffentlichen Eigentums als auf die Sozialisierung privaten Besitzes gestellt sind, gehört zu den besonders bitteren Erfahrungen.

Sie sind der wenige Monate nach der Potsdamer Konferenz einsetzenden Periode des „Kalten Kriegs“ geschuldet, in dessen Folge Ostdeutschland (seit 1949 die DDR) sich weitgehend den Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht (später Führungsmacht im Warschauer Vertrag), Westdeutschland (ab 1949 die BRD) den Weisungen der US-Besatzungsmacht (später Führungsmacht in der NATO) unterordneten. Die West- bzw. Ostorientierung der beiden deutschen Staaten verhinderte schließlich die Durchsetzung einer alternativen Entwicklung zwischen den „Blöcken“: die Etablierung eines kleiner gewordenen, neutralen und entmilitarisierten, dafür aber vereinigten Deutschland, dessen Ostgrenze endgültig von Oder und Neiße markiert würde. Der Weg in die Einheit und Neutralität, den Österreich gehen konnte, wurde Deutschland – insbesondere aufgrund der sturen Haltung des Westens einschließlich des deutschen Kanzlers Adenauer – verwehrt, die Chancen hierzu 1952/1953 nicht ergriffen.

Nun werden manche sagen, der Traum von der deutschen Einheit ist 1989/90 doch in Erfüllung gegangen, und dies war doch auch das Ergebnis der beharrlichen Politik der Westintegration und der Remilitarisierung (einschließlich des Beitritts zur NATO). Aber was wäre der Bevölkerung in Ost und West erspart geblieben, wenn Deutschland den „österreichischen“ Weg gegangen

wäre! Keine Frontstadtsituation Berlin, keine Mauer, keine atomare Bedrohung und kein Aufmarschgebiet von NATO und Warschauer Vertrag! Ein neutrales Land hätte auf Rüstung weitgehend verzichtet und in der Weltpolitik eine konstruktivere Rolle spielen können.

Aus friedenspolitischer Sicht waren die 66 Jahre Nachkriegsentwicklung – mit der Ausnahme, dass es zu keinem großen Krieg kam – keine reine Erfolgsgeschichte. Die Friedensbewegung hatte sogar eine Reihe bitterer Niederlagen einstecken müssen.

Sie unterlag im Kampfe gegen die Remilitarisierung in den 50er Jahren.

Sie konnte trotz legendärer demonstrativer Massenaktionen Anfang der 80er Jahre die Stationierung neuer US-Atomraketen in Mitteleuropa nicht verhindern.

Unter Rot-Grün beteiligte sich die Bundeswehr im Rahmen der NATO 1999 erstmals an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Der Widerstand der Friedensbewegung konnte sich zwar auf die Kriegsablehnung von fast der Hälfte der Bevölkerung stützen, diese aber kaum zum offenen Protest mobilisieren.

Ähnlich verhielt es sich beim Afghanistan-Krieg, der am 7. Oktober 2001 mit britisch-amerikanischen Bombenangriffen begann und an dem sich die Bundesrepublik seit November 2001, also seit 10 Jahren beteiligt. Und dies, obwohl 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung diesen Einsatz ablehnen.

Aber es gibt auch Erfolge, z. B.:

- die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr Ende der 50er Jahre,
- die Durchsetzung der Ostverträge 1972,
- die Liberalisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts einschließlich der kontinuierlich steigenden Verweigerungszahlen,
- die Bewegung gegen den US-Krieg in Vi-

etnam – insbesondere in den USA selbst, die in der BRD indessen auf einen linken und studentischen Protestkern reduziert blieb (was damals dennoch massenhafte Züge annahm).

Die Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung gegen den drohenden Irakkrieg 2003 (sie führte zwar nicht zu dessen Verhinderung aber dazu, dass die Bundesregierung sich nicht aktiv mit eigenen Truppen an diesem Krieg beteiligen konnte).

Trotz dieser – gemessen an reinen Effizienzkriterien – Negativbilanz hat sich die Friedensbewegung und haben sich die Einstellungen der Bevölkerung zu Krieg und Frieden insgesamt positiv entwickelt. So konnte sich die Friedensbewegung mit den Ostermärschen (seit 1960), der Wiederbelebung des öffentlichen Gedenkens an den Beginn des 2. Weltkriegs („Antikriegstag“ am 1. September) und vielen themenbezogenen Kampagnen und friedenspolitischen Projekten und Großereignissen sowie durch den Aufbau eigener Strukturen eine nachhaltige Basis in der Gesellschaft, insbesondere auf lokaler Ebene schaffen.

Meine These ist, dass sich die Einstellung der Bevölkerung der Bundesrepublik zu Fragen von Krieg und Frieden heute grundlegend unterscheidet von den Einstellungen früherer Generationen, insbesondere „der Deutschen“ vor 1945. Das Bild der deutschen Gesellschaft im Kaiserreich, in der Zwischenkriegsperiode der Weimarer Republik und im Faschismus war stark beeinflusst gewesen von der historischen Erblast einer gescheiterten bürgerlich-demokratischen Revolution 1848, der deutschen Reichsgründung von oben und mittels eines Krieges, der Dominanz obrigkeitstaatlichen, antidemokratischen Denkens, und der Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. In diesem Milieu der spezifisch preußischen Pickelhauben-

„Demokratie“ konnten all jene „Sekundärtugenden“ wie Tapferkeit, unbedingter Gehorsam u.ä. gedeihen, die zur Führung industrieller Massenkriege (1. und 2. Weltkrieg) gebraucht wurden.

Dieses (Selbst-)Bild der Deutschen als einem zu Krieg und Eroberung prädestinierten „Herrenvolk“ wurde spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört. Heute gibt es keine Mehrheiten für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Heute hat die Bundeswehr Probleme, ausreichenden Nachwuchs zu rekrutieren.

Doch wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen.

Denn erstens hat sich die Politik derart von der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung entfernt, dass einem angst und bange um die Demokratie werden muss.

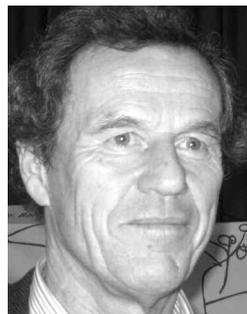
Und zweitens kann die Antikriegsstimmung auch wieder umschlagen. Die Spindoctors und Politiker/innen aller Couleur basteln doch eifrig an solch schön klingenden Worten wie dem „humanitären Militäreinsatz“, den „chirurgischen Schlägen“, der „Schutzverantwortung“ der Staatengemeinschaft, dem Export von Menschenrechten und Demokratie usw. Libyen ist das jüngste Beispiel für die Perversion des Denkens, die mittlerweile fast die ganze Medienlandschaft ergriffen hat. Da wird ein Außenminister – den man wirklich nicht gut finden muss – deshalb sehr kritisiert, weil er ausnahmsweise das Richtige gemacht hat, indem er im UN-Sicherheitsrat – zusammen mit Russland, China, Brasilien und Indien – einer Militärintervention widersprochen hat.

Sorgen wir dafür, dass die den Krieg ablehnende Grundeinstellung der Bevölkerung auch dann noch Bestand hat, wenn Deutschland mit der Europäischen Union oder der NATO sich anschicken, in Asien oder Afrika den „freien Zugang zu Roh-

stoffen“ zu sichern oder unbotmäßige Regime zu beseitigen – natürlich unter dem Deckmantel der „Verteidigung von Menschenrechten“ oder des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“. Dazu wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee „transformiert“, dafür werden die Waffen geschmiedet – und nebenbei gesagt auch in alle Welt exportiert (der Tod ist eben, wie Paul Celan schrieb, „ein Meister aus Deutschland“). Und die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft und die bevorstehenden Hungerrevolten in der Dritten Welt werden genutzt werden für die Einstimmung der Massen auf neue Interventionen und Kriege.

Dazu sagen wir hier in Stukenbrock und überall, am Antikriegstag und bei anderen Gelegenheiten: NEIN.

Peter Strutynski, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; seit 1977 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Kassel; Arbeitsgebiete: Regionalforschung, Arbeitspolitik, Internationale Beziehungen und Friedensforschung; Mitarbeit in der AG Friedensforschung, Kassel; seit 1994 Organisator der „Friedenspolitischen Ratschläge“ an der Uni Kassel; Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Website: <http://www.ag-friedensforschung.de/>



Peter Strutynski

Die Relevanz des Holocaust heutzutage

Von Angela Brüning

Ich möchte einige Worte zur Bedeutung des Themas Holocaust und zum Gedenken der Opfer sagen. Kritiker könnten anführen, dass der Holocaust mittlerweile lange zurückliegt und wir dieses Thema nicht immer wieder „aufwärmen“ sollten. Ich widerspreche aber dieser Argumentation.

Zum einen bietet der heutige Gedenktag eine Gelegenheit, die Opfer posthum zu ehren. Zum anderen bedeutet es für uns zugleich, Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Wie wir anlässlich der Ausstellung zu Bildern von Zinovii Tolkatchev über Auschwitz und Majdanek merkten, sind Details über die Shoa nicht allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekannt. Insofern erachten wir es als wichtig, die Erin-

nerung an die Verbrechen der Nazi-Zeit in der Öffentlichkeit wach zu halten und, mehr noch, dabei zu helfen, bisher wenig bekannte Tatsachen weiter zu vermitteln. Letzteres bedeutet insbesondere, den Überlebenden der ersten und zweiten Generation Gehör zu schenken, wie eine Skulptur von Horst Perlick exzellent symbolisiert. Durch das jahre- z. T. jahrzehntelange Schweigen einiger Shoa-Überlebender zu ihrem Schicksal – einem Versuch, es zu verdrängen – konnten sie sich nicht damit auseinandersetzen und die unmenschliche Vergangenheit verarbeiten. Zugleich beeinflussten ihre Erlebnisse von Krieg und Verfolgung oftmals ihre zwischenmenschlichen Beziehungen. Das bedeutet, dass sich ihr Trauma in gewisser Weise in der zweiten Generation fortsetzte. Dass diese Konsequenzen von Krieg und Verfolgung nicht nur bei Über-

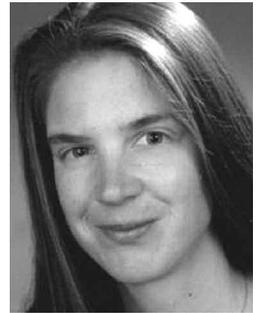
lebenden der Shoah auftreten, sondern auch in vielen anderen Fällen von systematischer Unterdrückung und Genozid, ist heutzutage wohl anerkannt. Denken wir nur an die Traumata von Kindersoldaten oder die Auswirkungen der Sklaverei, die teilweise auch heute noch bestimmte Denkmuster und Verhaltensweise beispielsweise in karibischen Gesellschaften beeinflussen. Dennoch werden diese Folgen nach wie vor zu häufig tabuisiert.

Obwohl immer wieder beteuert wird, dass Verfolgung, geschweige denn Genozid jemals wieder geschehen dürfen, so ereignet sich beides erschreckenderweise weltweit nach wie vor. Erwähnt seien hier nur Gewalt und systematische Verfolgung im ehemaligen Jugoslawien, in Armenien, Ruanda oder im Sudan. Dass dehumanisierendes und (rechts)radikales Gedankengut auch in Deutschland nicht komplett ausgelöscht ist, zeigen Aufmärsche und, schlimmer noch, Gewalttaten von Neo-Nazis.

Wie diese Beispiele zeigen, hat sich leider bei einigen Menschen noch immer kein Umdenken eingestellt. Die Aufklärung

über vergangene Gräueltaten kann dazu beitragen, dass Ähnliches sich nicht kontinuierlich wiederholt, sondern dass wir tatsächlich aus der Vergangenheit unsere Lehren ziehen. Wir können Geschehenes nicht ungeschehen machen, aber wir können und müssen dafür sorgen, dass es sich nicht auch heute noch in ähnlicher Weise wiederholt. Dazu soll u.a. diese Veranstaltung beitragen.

Dr. Angela Brüning ist nach ihren Studien in Deutschland und Großbritannien und nach einer Lehrtätigkeit in Shanghai/China jetzt Lehrerin für Englisch und Französisch am Gymnasium am Markt, Bünde. Sie leitet die Gruppe Netzwerk, Bünde, die den Spuren jüdischen Lebens nachgeht, vgl. den Artikel von Christina Whitelaw in CuS 1/2007



Angela Brüning

Rede für die Gedenk-Kundgebung am 9. November 2011, Bünde

*Von Jugendlichen des selbstverwalteten
Jugendzentrums Villa Kunterbunt, Bünde*

Liebe Freundinnen und Freundinnen, liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns hier heute wie jedes Jahr am Mahnmahl für die ermordeten Jüdinnen und Juden in Bünde versammelt, um der Opfer des Holocaust zu gedenken.

Die Gewalt der Novemberpogrome vom 7. bis 13. November 1938 fand am 9. November 1938 ihren vorläufigen Höhepunkt. Über-

all in Deutschland brannten über 1.400 Synagogen, Bet-Stuben sowie Tausende von Geschäften. Wohnungen wurden überall demoliert und geplündert. Jüdische Friedhöfe wurden zerstört. Juden und Jüdinnen wurden von deutschen Antisemit(inn)en gedemütigt und geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Etwa 30.000 Menschen wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

In Bünde brach der – nach Nazi-Sicht „spontane Volkszorn“ – erst einen Tag später

deswehr, Polizei und Geheimdienste wurden von NS-Verbrechern aufgebaut.

Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung konnte und – vor allem – wollte sich ab dem Ende des Krieges plötzlich an nichts mehr erinnern, und das, obwohl allein mehr als eine Millionen Menschen der SS, die die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden maßgeblich durchführte, angehörten. Eine Aufarbeitung oder Bekämpfung antisemitischen Gedankengutes fand nur sporadisch oder gar nicht statt.



Who is who?

Gedenkarbeit wurde fast nur von direkt Betroffenen und AntifaschistInnen organisiert, und das größtenteils unter widrigsten Bedingungen.

Heute hat sich die Situation fast gänzlich geändert. Der Holocaust und das so genannte Dritte Reich scheinen von den Deutschen aufgearbeitet.

Der industriell organisierte Massenmord damals musste jedoch zwischenzeitlich sogar für die Begründung von Kriegen herhalten. So begründete der damalige Außenminister der rot-grünen Bundesregierung, Joschka Fischer, am 7. April 1999 den Angriff der NATO auf die serbische Teilrepublik Jugoslawiens während des Kosovo-Kriegs – ein Mandat der UNO zur völkerrechtlichen Legitimation fehlte – mit der Parole „Nie wieder Auschwitz“. Seither gibt es wieder



... wir spielen Neonazis und Verfassungsschutz!

eine Propaganda für den Krieg als selbstverständliches Mittel der Politik z.B. zur Sicherung wirtschaftlicher Interessen für das wieder vereinigte Deutschland.

Die offizielle Gedenkpolitik dient dazu, das Bild eines geläuterten Deutschlands zu präsentieren. Mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen setzt sich dieses Bild mehr und mehr durch. Seit dem Fall der Mauer wird der 9. November sogar als deutscher Jubelfeiertag begangen, und das Leid der Pogrom-Opfer wird etwa mit dem der Vertriebenen gleichgesetzt und dadurch relativiert. Das Gedenken an die Opfer droht unter den neuen Gedenkplätzen, die an den Mauerfall 1989 erinnern, in Vergessenheit zu geraten.

Holocaust-LeugnerInnen und Geschichts-RevisionistenInnen werden öfter von deutschen Gerichtsurteilen geschützt und verteidigt, wenn sie ihre rechtsradikalen Ideen an die Öffentlichkeit bringen wollen. Paradebeispiel dafür ist der jährliche „Trauermarsch“ der Neonazis, mit dem sie angeblich an die Opfer der alliierten Bombenangriffe am 13. Februar 1945 in Dresden erinnern. Tatsächlich geht es den Neonazis jedoch darum, aus deutschen Tätern Opfer zu machen.

Die Proteste von AntifaschistInnen werden dagegen oft kriminalisiert, die OrganisatorInnen oft zur „kriminellen Vereinigung“ er-

klärt und mit Repression überzogen, weil sie tun, was getan werden muss – um sich Neonazis in den Weg stellen.

Angesichts der Tatsache, dass in wenigen Jahren die letzten Zeitzeugen verstorben sein werden und ihre Geschichte zu Geschichten wird, liegt es an uns, das Gedenken an die ermordeten Jüdinnen und Juden lebendig zu halten und dafür zu sorgen, dass der Holocaust nicht als ein Verbrechen unter vielen gehandelt wird.

Einen Schlussstrich darf es nicht geben,

vielmehr gilt es immer wieder, genau hinzusehen, auf diese Missstände hinzuweisen und sie im Keim zu ersticken. Dazu ist es nötig, immer wieder auf die Verantwortung hinzuweisen, die sich aus den historisch einmaligen Verbrechen ergibt.

Keinen Raum für rassistische, antisemitische, nationalistische und faschistische Denkstrukturen! Augen auf im Alltag, auf der Arbeit, in der Schule und auf der Straße! Für eine Welt ohne Diskriminierung und Ausgrenzung!

Nie wieder Faschismus!

Eine ungarische Weihnachtsgeschichte

Von István Patik, Übersetzung Waltraut Porada

Wie in der jetzigen Zeit, so fegte auch um 1930 eine Weltwirtschaftskrise durch die Welt. Dieses Unglück traf besonders uns. Kein Wunder, dass in den damaligen Jahren unsere Heimat „das Land der drei Millionen Bettler“ genannt wurde. Aber, wie die Schneeglöckchen Schnee und Kälte trotzend mit ihrer weißen Pracht den Frühling einläuten und die Herzen wieder zum Klingen bringen, so erblühte auch für uns eine wunderschöne Blume, die Blume der Nächstenliebe. Von ihr möchte ich erzählen.

Mein Mitschüler Michael hatte zu dieser Zeit mehrere kleinere Geschwister. Sie lebten von dem, was ihre Mutter als Waschfrau bei wohlhabenden Familien verdiente. In den Jahren der Krise bekam Michaels Familie aus der örtlichen Armenküche ein kostenloses Mittagessen. Solch ein bescheidenes Mahl bestand für die kinderreiche und vaterlose Familie meistens aus Bohnen- oder Linsensuppe mit einem Stückchen Brot, das oft schon modrig roch oder sogar verschimmelt war, so dass man es kaum genießen konnte. Wie sehr bedauerten wir Michi und seine Familie! Kein Wunder, dass Hochwürden Racz

und seine Mitarbeiter Partei ergriffen und Hilfe organisierten. Unter der Losung „Hilf den Armen!“ veranstalteten wir oft Spenden-Sammlungen.

In solch einer Stimmung nahte jenes für mich denkwürdige Weihnachten 1932. Als sich meine Eltern mit großer Sorgfalt auf das alljährliche Schweineschlachten vorbereiteten, reifte in mir ein Plan, in den ich Michi sofort einweihte. „Pass auf, sagte ich ihm, „morgen schlachten wir unser Schwein, und übermorgen braten wir die besten Fleischstücke, die wir anschließend in heißes Fett legen, um sie bis zur nächsten Ernte haltbar zu machen. Meine Mutti wird diesen Vorrat mit der größten Aufmerksamkeit bewachen. „Das braucht dein Vater und dein Bruder bei der schweren Arbeit“, sagte sie mir schon oft, wenn ich Appetit auf die Delikatesse bekam. Trotz all ihrer Sparsamkeit werde ich sie aber um paar Stückchen Fleisch bestehlen. Darum warte übermorgen vor dem Dunkelwerden im Toreingang mit einer Tasche auf mich. Sei aber vorsichtig, denn wenn die Sache herauskommt, wird man uns kaum loben.“ Mein kleiner Freund mit seinem immer knurrenden Magen schluckte ein paar Mal und nahm die edle Absicht sprachlos zur Kenntnis.

Am Weihnachtsabend schlenderten meine Eltern zur gewohnten Zeit in den Stall, um ihre Arbeit zu verrichten. Darauf hatte ich nur gewartet. Ich schlich mich in die Kammer. Das Fett in der Molle war noch flüssig, so dass es nicht schwer war, ein paar Stücke des duftenden Fleisches herauszufischen. Danach rannte ich über den Hof und hinaus auf die Straße, wo schon mein Kumpan vor Kälte zitternd auf mich wartete. Hastig stopfte er die Beute in seine Tasche, und wie ein grauer Esel im Nebel, so verschwand er im dichten Schneetreiben. Am anderen Tag fragte ich ihn gleich: „Na, wie hat die Kostprobe vom Schweineschlachten geschmeckt?“

„Weißt du, mein Kumpel, es war so: Meine Mutti hat sofort den Braten an die Kleinen verteilt. Jeder bekam einen Teil, aber sie selbst hat sich nichts genommen. Daraufhin verzichtete auch ich zu Gunsten meiner Geschwister, obwohl mir schon vorher in Erwartung des köstlichen Schmauses der Speichel im Mund zusammengeflossen ist. Mir blieben leider nur meine Tränen.“

Nach diesem Ereignis waren einige Tage vergangen. Beinahe hatte ich meinen Streich vergessen, als Michi in der Unterrichtspause ohne viel Federlesens ein prachtvoll eingebundenes Buch in meiner Schultasche verschwinden ließ. Es ging um Erzählungen aus dem Rakóczi-Freiheitskampf, die Ferenc Herczeg geschrieben hatte.

„Woher hast du dieses schöne, teure Buch herbeigezaubert?“, fragte ich ihn ganz verdutzt.

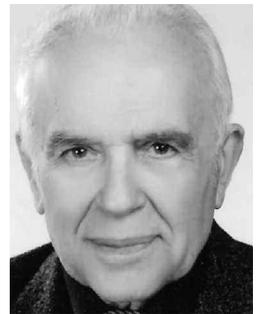
„Meine Mutti hat es dir vom Bücherregal ihrer Arbeitgeberin stibitzt. Verzieh' nicht dein Gesicht, denn es sind ja noch genügend dort!“ An diesem Tag konnte ich nicht mehr im Unterricht aufpassen. „So ein wertvolles Buch wegen dieser paar Bissen Fleisch zu stehlen!“ murmelte ich still für mich hin, aber letztendlich siegte meine Leselust. Ich entschied mich für dieses Buch. Fast Tag und

Nacht verschlang ich die spannenden Erzählungen. Zu guter Letzt wanderte das gestohlene Ding wieder in Michis Tasche. Ihm sagte ich: „Deine Mutti soll das Buch wieder dorthin zurückschmuggeln, woher sie es genommen hat, ansonsten gebe ich es selbst der Eigentümerin zurück. Sieh, die Sache ist ganz einfach: Ihr wolltet mir Freude bereiten. Das habt ihr erreicht, denn ich habe mit dem größten Vergnügen das Buch bis zu Ende gelesen. Wenn es jetzt wieder auf seinem alten Platz steht, dann bewahrheitet sich die alte Weisheit: ‚Die Ziege hat sich satt gefressen, und auch genügend Kohl ist noch geblieben.‘“

Michis Mutti handelte in meinem Sinn, denn der prachtvolle Band wanderte wieder auf seinen alten Platz zurück. Wer weiß, vielleicht steht er ja sogar heute noch dort?

Zu Lebzeiten meiner Eltern wagte ich nie, ihnen von dieser Geschichte zu erzählen, was ich aber unlängst in einem meiner Träume nachholte. Wir feierten vertraut wie einst ein schönes Weihnachtsfest. Meine Eltern beruhigten mich: „Wir verzeihen dir von Herzen, denn du hast ohne unser Wissen an einem frostigen Weihnachtsabend in einem ärmlichen Häuschen die schönste Blume der Welt, die Nächstenliebe, zum Erblühen gebracht.“

*István Patik,
geboren 1924 in
Dorozsma bei
Szeged/Ungarn.
Ausbildung als di-
plomierter Lehrer
für Ungarisch,
Deutsch, Russisch
und Geschichte in
Szeged und Buda-
pest, wo er auch
lehrte, ebenso in
Dresden. Seit 1991 Dolmetscher für die Ungari-
sche Sozialistische Partei, und Publizist. Verheiratet, 3 Kinder.*



István Patik

REZENSIONEN

„Prüfet alles, das Gute behaltet“

Friedrich-Martin Balzer: „Prüfet alles, das Gute behaltet“. Pahl-Rugenstein Verlag Nf. Bonn 2010 (ISBN 978-3-8914-433-7, 428 Seiten, 19,90 Euro)

Von Robert Steigerwald

Friedrich-Martin Balzer hat obige Worte nach 1. Thess. 5, 21 zu seinem neuen Buch als Titel und Motto gewählt. Gut 30 Beiträge unterschiedlicher Art sind hier versammelt. Im Mittelpunkt steht fast immer eine Persönlichkeit. Von Eric Hobsbawn abgesehen, kamen sie alle aus unserem Land. Dazwischen eingefügt sind soziologische Aufsätze, Prozessberichte, Einblicke in Gefängniszeiten, kurzum: Eine bunte Palette. Aber für unsere Rezension brauchen wir einen „roten Faden“; ich habe ihn ausgemacht. Es geht in jedem einzelnen Fall um Parteinahme gegen Krieg, Faschismus, deren ideologische Rechtfertigung oder kirchliche Beweihräucherung – und den sich dagegen richtenden entschiedenen Widerstand, gerade auch im Rahmen kirchlicher Existenz. Das Buch ist so auch ein die Geschichte der Evangelischen Kirche begleitendes Werk. Eine im Wesentlichen für wirkliche Christen beschämende Geschichte

des Missbrauchs von Religion. Aber auch eine Zurückweisung primitiver Religionsfeindschaft, die sich oft hinter Kirchenkritik verbirgt! Man darf Kirche und Religion nicht in einen Topf werfen. Als Organisation in der Klassengesellschaft ist die Kirche Dienstmagd der Herrschenden. Religion aber ist nur dann Sache Herrschenden, wenn sie dazu dienen soll, Herrschaft und Ausbeutung mit dem Heiligenschein der Religion zu umgeben. Die Religion jedoch ist keine Organisation, sondern gehört – im marxistischen Sprachgebrauch – dem Bereich des Ideologischen an und ist insofern in allen Klassen wirksam. Marxisten wissen, dass es zwar nicht die Kirchen waren oder sind, es wohl aber Frauen und Männer waren und sind, die im Namen ihrer Religion auch Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung wirkten: „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“ (Parole der aufständischen Bauern 1524–1526, d.R.). Marxisten müssen, Christen können Sozialisten, Kommunisten sein.

Da schließt sich etwas an, das ich von Erwin Eckert gelernt habe: Als ich einmal von religiösem Sozialismus sprach, unterbrach er mich und sagte:



Friedrich-



»Prüfet an das Gute

„Sozialismus ist weder religiös noch a-religiös, religiös können Christen wie Nicht-Christen sein, aber es gibt nur einen Sozialismus, und der ist weder christlich noch kapitalistisch.“ „Ich bin“, sagte er, „gerade als religiöser Mensch Kommunist, Kämpfer gegen Ausbeutung, Krieg und Faschismus.“ Und dafür saß Erwin Eckert jahrelang im Gefängnis sowohl des Nazistates, als auch in demjenigen des so genannten Christen Konrad Adenauer!

Ich habe die Freunde und Genossen, von denen im Buch die Rede ist, bis auf Hobsbawn, Robert Neumann und Helge Speith alle persönlich kennen gelernt, und solche Begegnung hat fast immer „abgefärbt“.

Es war noch in meiner Zeit als SPD-Mitglied, es muss um das Jahr 1946 gewesen sein. Landtagswahl in Hessen. Versammlung der zwar auch schon nicht mehr marxistischen SPD, aber offiziell hat sie den erst 1947 in der Ziegenhainer Erklärung – kennt hier keiner! – nicht erst später in Godesberg, zum Fenster hinausgeworfen. Im Wahlkreis Fulda, diesem am meisten katholisch geprägten Kreis Deutschlands, kandidierte für die SPD Emil Fuchs, ein evangelischer Pfarrer (sic!). Der erzählte uns, wie man ihm in seinem Wahlkreis auf die Pelle rückte. Wie er, der Pfarrer, dazu komme, für die

Roten, diese „Gottesfeinde“ zu kandidieren. Und er versuchte, seinen Kritikern klar zu machen, dass er es gerade als Christ, als Pfarrer, für seine Pflicht hielte, den Armen und Bedrängten zur Seite zu stehen, gerade auch, wenn Wahlen anstünden. Mich, den Nicht-Religiösen, den, der nicht gut auf die Kirchen zu sprechen war, hatte das damals sehr beeindruckt. Und es war dies nicht das einzige Erlebnis mit wirklich religiösen Menschen. Nördlich von Bremen, in einer kleinen Stadt (Nordenham), hatte sich eine CDU-Ratsfrau aktiv in die Kräfte eingereiht, die gegen das Berufsverbot wirkten; ja, sie hat unseren, nicht immer zuverlässigen Genossen, gar manches Mal richtig den Marsch geblasen. Erich Honecker hat vor dem Nazi-Volksgerichtshof zusammen mit dem katholischen Geistlichen Joseph Cornelius Rossaint gestanden, hat mit ihm im Zuchthaus gesessen.

Ich könnte davon noch lange erzählen. Jedenfalls ist mir schon lange der aktiv am Kampf gegen Faschismus, Rassismus, Krieg und Ausbeutung angehende Christ, der Genosse, lieb im Unterschied zu so manchem meiner Parteibuch-Genossen, die sich eher als politische Blindschleichen verhalten.

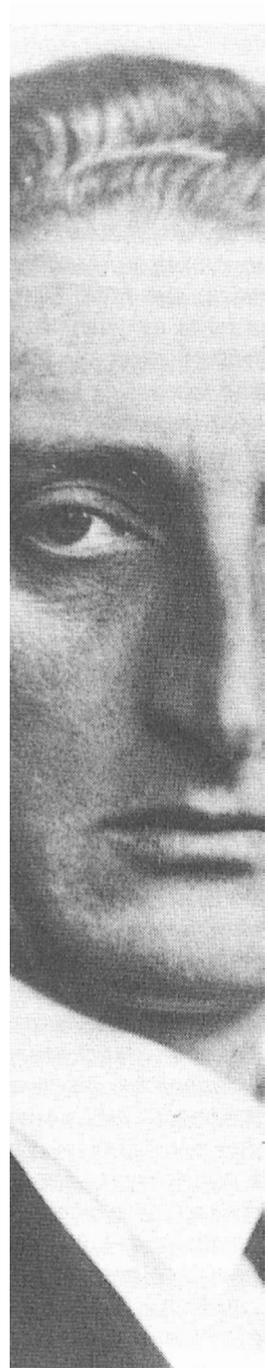
Wir haben in der DKP, wenn jemand zu uns kommen woll-

te, nicht danach gefragt, wie er oder sie es mit der Religion halte, ob er oder sie aus der Kirche ausgetreten sie. Uns interessierte, wie er oder sie zu Programm und Politik der Partei sich verhalte. Und da fällt mir eben Erwin Eckert ein, der natürlich im Zentrum des Buches von Balzer steht. Und die Totenrede zu Eckert habe ich im Auftrage der Partei gehalten, habe ihn während der letzten seiner Lebensjahre ebenfalls im Auftrage der Partei betreut. Eckert war schon Kommunist, da kam ich gerade erst in die Schule, und meine dann ins Nazi-Zuchthaus wandernde Großmutter – sie war übrigens Mitbegründerin der KPD in Frankfurt und katholisch (sic!) – hat ihre Bücher in der Leihbücherei des aus dem Kirchenamt geworfenen Erwin Eckert geholt. Das ließ sich sogar gut mit der illegalen antifaschistischen Arbeit verbinden. Aber Erwin Eckert war, trotz Rauswurfs aus dem Kirchenamt und Entzug des kirchlichen Ruhegehalts, treuer evangelischer Christ geblieben. Gerade er, der dabei auch zeitweilig Vorsitzender der KPD im Baden-Württembergischen gewesen war.

Solche Lebensläufe gibt es in großer Zahl, und einige davon sind Thema in Balzers Buch: Eben Emil Fuchs, manche in Aufsätzen, die etwa Wolfgang Abendroth oder

Helmut Ridder, auch Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand gewidmet sind. Ich stimme Thomas Metzcher zu, wenn er in seiner Rezension dieses Buches (in den „Marxistischen Blättern“) gegen stur-dogmatische Religionsfeindschaft schreibt, bin aber aus Kenntnis der Partei der Meinung, dass die Genossen in den gemeinsamen Kämpfen von Kommunisten und Christen, etwa in den Ostermärschen, im Kampf gegen die Notstandsgesetze usw., sofern sie jemals solcher stur-dogmatischen Christenfeindschaft erlegen gewesen sein sollten, sich davon abgewandt haben.

Balzers Beiträge haben auch mit historischen Wurzeln zu tun, die Kommunisten und ihre christlichen Mitstreiter gemeinsam haben: Da geht es um die Französische Revolution und den Roten Oktober, um die Widerspiegelung beider Großereignisse in den „Wochenberichten“, die Emil Fuchs im Bundesorgan der Religiösen Sozialisten „Der religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1931–1933“ geschrieben hat. Das waren Texte, die auch heute noch nichts an ihrer Bedeutung verloren haben. Wie es überhaupt frappierend ist, wie Vieles von dem, was uns heute bürgerliche Politiker und Medien, die doch nur der Steigerung oder wenig-



weltve

Jahresbegleiter 2



stens Sicherung der Ausbeutung dienen, als angeblich dem arbeitenden Volk nützend verteidigen, schon da-

mals wort-wörtlich gleich gelautet hat: „Es geschieht nichts Neues unter der Sonne“ (Spr. 1,9)!

weltverbunden leben

*weltverbunden leben
Jahresbegleiter 2012/Reich-
Gottes-Impulse für jeden Tag
Zusammengestellt von Claus
Petersen, Fenestra-Verlag,
Wiesbaden 2011, 315 S.*

Von Wieland Zademach

Die Welt- und Lebensbezogenheit des Reiches Gottes bildet den roten Faden dieses Kalendariums, mit dem sich der unermüdliche Reich-Gottes-Streiter – in seinen Büchern ebenso wie in seiner praktischen Arbeit als Cityseelsorger in Nürnberg – nun bereits seit einer Reihe von Jahren als Jahresbegleiter empfiehlt. Denkanstöße im Horizont des Reiches Gottes sind hier mit großer Sorgfalt zusammengetragen aus der ganzen Bandbreite der Schöpfungsökumene. Biblische Texte finden ebenso Verwendung wie Quellen aus anderen Religionen; Weisheiten aus Philosophie, Literatur- und Kulturgeschichte werden gebündelt unter dem Focus der Reich-Gottes-Botschaft und gleichzeitig bezogen auf jeweilige Tagesgedenkanlässe. Dabei reicht das Spektrum vom Gedenken an Elisabeth

von Thüringen über den Internationalen Tag für die Erhaltung der biologischen Vielfalt bis hin zu den Ostermärschen gegen die Gefahren der Atomtechnik und die Erklärung der Charta 77 in der damaligen Tschechoslowakei, die einen wichtigen Impuls zur Überwindung des Eisernen Vorhangs darstellt. Entsprechende Hinweise an den jeweiligen Tagen und ausführliche Quellenangaben am Ende des Kalenders erleichtern die Nutzung und laden ein zur Vertiefung – sie machen das Büchlein zu einem gut handhabbaren Adhoc-Werkheft für allerlei Anlässe wie Andachten, Gesprächsimpulse etc.

Wenn denn in der Tat die Themenkomplexe des „Konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ legitime Bereiche des Reiches Gottes und seinem Werden und Wachsen mitten unter uns sind, dann werden dessen Dimensionen hier spirituell wie auch praktisch reichhaltig aufgefächert. Wenn etwa am 3. Februar Nikolai Berdjajew zu Wort kommt: „Die Sorge um mein tägliches Brot ist eine materi-

elle Frage. Die Sorge um das Brot meines Bruders ist eine geistliche Frage“. Oder wenn in der Woche nach Pfingsten am 30. Mai Bonhoeffers Meditation zur friedlichen Sprachverständigung in Bezug gesetzt wird zur Uraufführung von Benjamin Brittens War-Requiem anlässlich der Einweihung der wiedererbauten Kathedrale von Coventry im Jahre 1962. Auch Querverbindungen lassen sich gut herstellen wie etwa von dem Kon-

fuziuswort, dass „der Weise sich am Wasser, der Tugendhafte an den Bergen“ erfreut (25. August) zu der Meditation von Theodor W. Adorno von einer „befreiten Welt“, die durch Widersprüche und Konflikte und immerwährendes Scheitern hindurch nur im Widerstand erreichbar scheint (6. September) ...

Ein Jahresbegleiter, der anregt zum Nachdenken und Impulse setzt für eigene Schritte im Reich Gottes für diese Welt!

Aufruf zur ultimativen Reformation

Lies: *Hubertus Halbfas: Glaubensverlust. Warum sich das Christentum neu erfinden muß. Patmos: Ostfildern 2011, 125 S. € 9,90. ISBN 978-3-843-0100-9*

Von Friedrich W. Bargheer

Pünktlich zur Deutschland-Visite 2011 des Papstes hat Hubertus Halbfas eine Zusammenfassung seines opus magnum (drei voluminöse Bände „Der Glaube“, „Die Bibel“, „Das Christentum“) herausgebracht. Das ist ein fulminantes SOS, gefunkt von dem und an das sinkende Kirchen-Schiff. Der Traktat ist nicht nur an die römische Fraktion der Christenheit adressiert – bei den Evangelischen läuft ja eine „Luther-Dekade“ auf das Reformations-Jubiläum 2017 zu. Ihnen schreibt Halbfas – zurückhaltend, aber deut-

lich – ins Stammbuch: Die Reformation des 16. Jhs war eine „Unvollendete“, sie hat im Ansatz nicht tief genug gegraben. Ob nun Papst-Visite als Anlaß oder ½ Jahrtausend Reformation – Halbfas' Programmschrift können sich beide Konfessionskirchen „hinter den Spiegel stecken“.

Dies sind die „Top-two“ von Halbfas' monita:

1. Auf dem Weg zur Kirchen-Werdung hat die Christenheit „gleich damals“ den real existierenden Jesus der Evangelien mit seiner gelebten Reich-Gottes-Botschaft „vergessen“. Er geriet in den Schlagschatten des Gemeindegründers Paulus und seiner Deutungen des Geschicks Jesu, dessen Sendung und Hinterlassenschaft – kaum, daß man „bei Paulus“ (im „corpus Pauli-

BERT
ALBFA
AUBE
RLU
LU

Warum sich
hristentum
finden muß



num, d. i. das Ensemble seiner Briefe, die außer Stücken aus dem AT bei den Christen zuerst gottesdienstliche Lesungen und dann kanonisch wurden, lange vor den Evangelien) – kaum daß man da des geschichtlichen Wander-Rabbis noch ansichtig wird – knapp ein Jahrzehnt nach Jesu Tod! Siehe im Credo das „Loch“ zwischen „geboren“ hier, „gelitten ...“, gekreuzigt, gestorben und begraben“ dort – als ob dazwischen eigentlich nichts von Heils-Bedeutung gewesen wäre ...

2. Die palästinensischen Spuren der Jesus-Überlieferung sind in der hellenistischen Umwelt des imperium romanum nicht weiter zum Zuge kommen, hätten aber vergleichsweise mehr Authentisches von Jesus bewahrt: Der erwartete nämlich – so das berühmte Diktum Alfred Loisy's von vor über 100 Jahren – das Reich Gottes; was dann aber kam, war die Kirche. Was war schlimm dran? Halbfas: Der Neuplatonismus überbaute geistig den bei Jesus gelegten Grund. Aus der Nachfolgepraxis, in die Jesus die Seinen ruft, wird eine Doktrin. Für das Alltagsleben kompetente Menschen mit gesundem Verstand geraten mit ihrer religiösen und sonstigen Lebensführung allmählich unter die Fremdherrschaft

religiös-kirchlicher Mächte-Eliten. Obskurantismus und Superstition dominieren humane Liebe und Güte – der Gipfel ist die römische Schreckensherrschaft über Geist, Seele und Leben in Gestalt der so terroristischen wie fundamentalistischen Inquisition (Nachfolge-Organisationen: Hl. Offizium; Glaubenskongregation mit dem langjährigen Vorsitzenden Josef Ratzinger, jetzt Benedikt XVI.).

3. Von diesen Fehlentwicklungen haben sich weder jemand Kompetentes seitens der federführenden Verantwortlichen in Rom noch die deutsche Reformation des 16.Jh.s, noch auch deren quasi-moderne, weil aufgeklärte Theologie ausdrücklich distanziert. - Gut, mag sein, daß K.-P. Jörns mit seinem Aufruf zu „notwendigen Abschieden“ oder M. Kroeger mit seinem „fälligen Ruck in den Köpfen der Kirche“ (beides 2004) Ähnliches intendieren wie Halbfas; und klar: Die liberale protestantische Theologie zu Kaiser Wilhelms Zeiten kannte Religionsgeschichte und Dogmenkritik als Methode – das war's aber auch schon (Für Albert Schweitzers grundstürzend kritische theologische Forschungserträge zum Beispiel waren seine Zunft und Kirche quasi immun – man

konnte ja den Missions-Doktor und Spezialisten für Orgelbau und Bach-Musik hoch halten. Kurzum: So krass, unerbittlich deutlich wie von Halfas hat es den Ruf „Christenheit, Kirche, Theologie! Achtung! – Alles zurück auf Start!“ noch nicht gegeben.

Wenn schon Reformationsgedenken (möchte man Halfas' fortschreiben) – dann als Impuls für wirklich gründliches Aufräumen: Jetzt aber richtig und: Keine Schonfrist ...! Gleich geht es los! Wenn das überhaupt noch geht angesichts der grassierenden Schwindsucht und Verdunstungsvorgänge, was die Verbundenheit der Leute mit ihren Kirchen im europäischen Kultur-, d. h. Sprach-Raum betrifft. Flickschustern und hermeneutische Akrobatik sind da nicht mehr drin. Wenn es denn dazu kommt, wird es ein Neubeginn sein, der diesmal den real existierenden, geschichtlichen Jesus nicht ausblendet. Glaube als Vertrauen auf das Getragen-Sein von Gott – ja! Ab gestern aber ohne Überbau aus der Metaphysik! Reformation wie gehabt: Das

reicht nicht; das Christentum erfindet sich ab sofort von Grund auf und von Anfang an neu (Untertitel).

Wie wird das aussehen?

1. „Das Modell ‚Pfarrgemeinde‘ ist ablösbar.“ Priesterlose Gemeinden – zum Beispiel vom Format „Basis-Gemeinde“ – das bringt's (104ff.).
2. Beten und Gebet öffnen sich für Meditation; Liturgie gibt Momenten der Stille Raum.
3. Das Herrenmahl feiern wir, indem wir uns gegenseitig einladen zur Teilhabe unterschiedslos aller an irdischen Lebensmitteln und himmlischen Verheißungen: Richtig zu essen und zu trinken gibt es an einem ehrlichen Tisch (K. Barth) – Erinnerung an die Tisch- und Mahlgemeinschaft mit und bei dem geschichtlichen Jesus.
4. Steile traditionelle Christologie wird zu etwas für emotionale Intelligenz: In der sozialen und natürlichen Mitwelt gibt sich Er, der letztgültig wichtige Andere und zugleich Nachbar und Begleiter unter uns, als Schenkender zu erfahren (E. Jüngel).

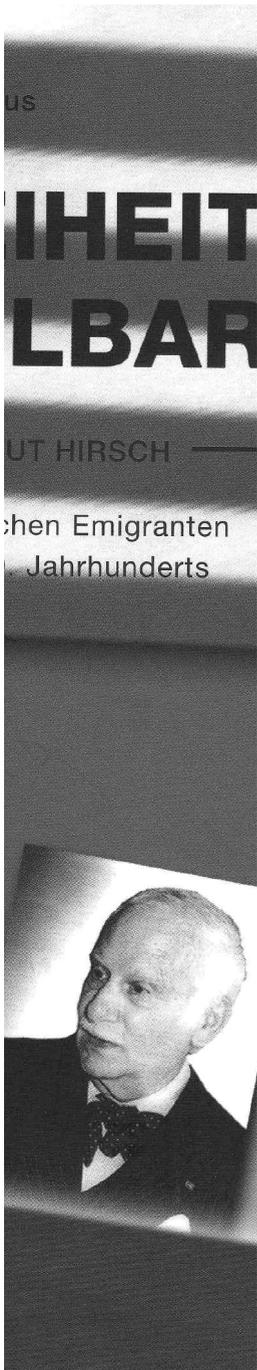
Die Odyssee eines Emigranten

Albert H. V. Kraus, Die Freiheit ist unteilbar! Der Historiker Helmut Hirsch. Weg und Wirken eines deutschen Emigranten vor dem Hintergrund des 20. Jahrhunderts.

Prisma-Verlagsdruckerei, Saarbrücken 2004, 164 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 3-00-012556-6.

Von Frank-Matthias Hofmann





Ein Leben, wie es nur das 20. Jahrhundert schreiben konnte: Mit politischer Verfolgung, Vertreibung, Exil, Angst um Leib und Leben. Hauptstationen dieses Lebensweges waren Wuppertal, Saarbrücken, Paris, Marseille, Chicago und mehr als vier Jahrzehnte Düsseldorf. Die Vita des am 21. Jan. 2009 in Düsseldorf verstorbenen Historikers Professor Dr. Dr. Helmut Hirsch steht für eine halbe Million deutschsprachiger Emigranten, die sich nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 ins Ausland retten konnten. Auch eine halbe Million Schicksale.

Über die Hintergründe eines Emigrantenschicksals, über enttäuschte Hoffnungen und gewährte Chancen auf dem bitteren Weg ins Exil und den nicht weniger beschwerlichen Weg zurück in die alte Heimat berichtet die Biographie Helmut Hirschs, die der saarländische Historiker Dr. Albert H. V. Kraus der Öffentlichkeit vorgelegt hat.

Die Machtübernahme Hitlers zwingt den Jungakademiker Hirsch 1933, seine hoffnungsvolle akademische Karriere in Leipzig abzubrechen. Er flieht mit seiner Lebensgefährtin Eva, geborene Buntenbroich, ins damals noch freie Saargebiet. Dort wird er Augenzeuge der Abstimmung des 13. Januar 1935. Anschließend Weiterflucht nach Frankreich. Gelegenheits-

jobs, kleinere Publikationen und Sprachunterricht halten das Paar notdürftig über Wasser.

Die Nachgiebigkeit der Westmächte gegenüber Hitler stürzt Hirsch und viele seiner Mite migranten von einer Enttäuschung in die nächste. Bei Kriegsausbruch 1939 wird er – wie alle Deutschen und Österreicher – interniert, seine Ehefrau muß ins berüchtigte Internierungslager Gurs am Fuß der Pyrenäen. Nach der Befreiung aus dem Lager und einem nicht ungefährlichen Intermezzo in Marseille rettet ein von Hubertus Prinz zu Löwenstein beschafftes Notvisum die beiden Hitlergegner in letzter Minute, am 21. Juni 1941, in die USA.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bieten den Verfolgten Sicherheit und Schutz, doch kein bequemes Dasein. Fremde Hilfsbereitschaft und eigene Strebsamkeit lassen die Neuankömmlinge materiell überleben und beruflich vorankommen. Eva Hirsch beginnt als Fitness-Trainerin bei Helena Rubinstein, Helmut Hirsch bringt es vom Lagerarbeiter zum Professor für Europäische Geschichte in Chicago. 1961 kehrt der Emigrant in seine alte Heimat zurück. Besonderes Entgegenkommen erfährt er nicht. Ein Lehrstuhl an einer deutschen Universität bleibt ihm versagt.

Immerhin bot das Land

NRW dank der Fürsprache von Johannes Rau dem Rückwanderer Gelegenheit, an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (1962–1969) zu lehren und als Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Duisburg (1972–1977) zu lesen.

In der Welt der Wissenschaft machte sich der remigrierte Forscher mit Werken zur deutschen Sozialgeschichte einen Namen. Sein Schaffen galt den großen Figuren des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Deutschland: Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Rosa Luxemburg und Ferdinand Lassalle. Den Vorkämpferinnen der Frauenemanzipation Bettine von Arnim und Sophie von Hatzfeldt widmete Hirsch einfühlsame Lebensbeschreibungen. Hirschs Rosa-Luxemburg-Biographie wurde ein internationaler Bestseller.

Der gebürtige Wuppertaler fühlte sich als Forscher dem Rheinland und seiner Geschichte in besonderer Weise verpflichtet. In seinem Buch „Freiheitsliebende Rheinländer“ hat er biographische Studien etwa über Friedrich Engels, August Bebel oder Ferdinand Lassalle versammelt. Karl Ludwig Bernays, einem Freund von Heine, Engels, Marx und Lincoln, gilt das 2002 erschienene Werk des damals 95-jährigen Gelehrten.

Dem letzten Herausgeber der 1906 gegründeten „Düssel-

dorfer Lokal-Zeitung“, seinem Weg- und Leidensgefährten Dr. Siegfried Thalheimer (1899–1981), hat Hirsch verschiedene Studien gewidmet. Es ging ihm darum, Leben und Werk „eines der begabtesten Publizisten und Historiker der deutschen Emigration und Remigration“ vor dem Vergessen zu retten.

Helmut Hirsch sind zahlreiche Ehrungen zuteil geworden, darunter 1978 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1980 der Saarländische Verdienstorden und 1988 der Verdienstorden des Landes NRW. Zwei Festschriften und mehrere Werksausstellungen würdigten das stets um Objektivität, Fairneß und intellektuelle Redlichkeit bemühte Gesamtwerk Hirschs.

Das im Buchhandel oder unter der Email-Adresse ahv.kraus@t-online.de erhältliche Buch von Albert H. V. Kraus leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Weg und Werk des Gelehrten. Die dunklen Schatten der NS-Diktatur haben es nicht vermocht, die Anhänglichkeit Hirschs an seine rheinische Heimat und sein deutsches Vater- und Mutterland zu zerstören.

Der Autor Albert H. V. Kraus, Dr. phil., geb. 1949 in Hüttigweiler/Saar, Historiker und Publizist, ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Studien und publizistischer Beiträge zur Zeitgeschichte.

ENTA
2000 Jahre
lichte und I
Juden am R
KÖLN 1963



BUNDESNACHRICHTEN

Die religiöse Linke mobilisieren

Von Thorsten de Jong

Die religiöse Linke mobilisieren. Zu diesem Thema fand Mitte Oktober im niederländischen Den Haag eine Tagung der International League of Religious Socialists (ILRS), des Dachverbands aller religiösen SozialistInnen, statt.

Sonderrolle des BRSD

Angereist waren VertreterInnen aus Finnland, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, den Philippinen, Schweden, Spanien, Südafrika und eben Deutschland.

Unter den VertreterInnen unserer Bruder- und Schwesterorganisationen wurde schnell deutlich, dass der BRSD einen Exotenstatus hat – als einziger Mitgliedsbund neben dem schweizer und niederländischen ist er nicht an eine politische Partei gebunden. Die sich hieraus ergebende Unabhängigkeit ist keinesfalls nur theoretisch, sondern hat ganz reale Vorteile, z.B. dass bei uns VertreterInnen von Linkspartei, SPD, Grünen und Parteilose (wer weiß – vielleicht auch Mitglieder oder AnhängerInnen anderer Parteien?) miteinander ins Gespräch kommen und über den oft recht engen Horizont der eigenen

Partei blicken und wirken können. Es bedeutet auch, dass die Frage parteipolitischer Nützlichkeit oder Machbarkeit bei uns von weit geringerer Bedeutung ist als in anderen Mitgliedsorganisationen. Im BRSD sind wir vielleicht ein wenig mehr auf das »Außen« der Gesellschaft als auf das »Innen« einer bestimmten Partei hin orientiert, zudem etwas utopischer und weniger pragmatisch als in unseren Geschwisterbünden, so wenigstens mein sehr subjektiver eigener Eindruck. Diese Orientierung nach Außen drückt sich z. B. in der auch außerhalb des BRSD verbreiteten Zeitschrift CuS sowie den regelmäßigen, offenen Jahrestagen aus.

Andererseits hat die Anbindung an eine politische Partei selbstverständlich viele Vorteile: Zugriff auf einen gut ausgestatteten und effizient arbeitenden Verwaltungs- und Forschungsapparat, kurze Drähte zu aktuellen politischen Informationen, Projekten und EntscheidungsträgerInnen und nicht zuletzt Zugang zu finanziellen Mitteln, die z.B. eine Tagung wie die in Den Haag erst ermöglichen.

Themen der religiösen Linken

Mögen auch die organisato-



rischen Gegebenheiten sich unterscheiden, die Themen, die uns bewegen, sind international erstaunlich ähnlich. In allen Ländern, von Norwegen bis zu den Philippinen stellt sich die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung und der Umsetzung der Option für die Armen. Ganz gleich, ob eine Gesellschaft arm oder reich ist, die Verteilung von Wohlstand innerhalb der Gesellschaft ist überall Thema, zumal angesichts der sich zuspitzenden Banken- und Schuldenkrise. Und ebenfalls alle Mitgliedsbünde von den Philippinen bis nach Norwegen stehen vor der Frage ihrer Öffnung hin zu MuslimInnen. Theoretisch definieren sich alle Bünde als religiös, in der Praxis bedeutet es aber meist christlich. Am weitesten ist hier der schwedische Verband, der bereits eine eigene Unter-

organisation für muslimische Jugendliche gegründet hat. Das scheint gut zu funktionieren, ist aber natürlich ein Sonderweg, der den Blick auf gemeinsame Interessen und Ideale muslimischer und christlicher SozialistInnen möglicherweise verstellt.

Arbeitsprogramm

Auf dem nächsten ILRS-Kongress im Sommer 2012 möchten wir daher genau an diesem Punkt weiterarbeiten: dem interreligiösen Dialog mit interessierten Gruppen und Gläubigen. Voraussetzung ist das Streben nach Gleichheit, Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit. Das zweite große Ziel ist die gemeinsame Formulierung eines religiös-sozialistischen Manifests, das Selbstverständnis und Ziele der Mitgliedsbünde festhalten soll.

Jahrestagung in Lage-Hörste

Von Norbert Voß

Am 7.–9. Oktober fand die Jahrestagung des BRSD e.V. in Lage-Hörste statt. Etwa zwanzig Personen hörten die Beiträge von Prof. Dr. Franz Segbers und Prof. Dr. Christoph Butterwege und diskutierten darüber. Interessiert wurde auch die Ausstellung von Michael Distelrath wahrgenommen. Auf der Mitgliederversammlung

am Samstagabend wurde intensiv über den Weg des Bundes im vergangenen Jahr gesprochen und der Auftritt auf dem Kirchentag geplant. Zur Vorbereitung der nächsten Jahrestagung vom 27. bis zum 29. April in Lage-Hörste hat sich ein Team zusammengefunden, das Thema und Inhalt vorbereitet. Michael Bschorr hat nach zehn Jahren seine Mitarbeit als Sekretär und Kassenführer im Vorstand beendet. Ebenso





scheidet Bernd Zielmann aus dem Vorstand aus. Er hat uns zwei Jahre bei der Initiative Kirche von unten vertreten. Beide waren auch im Redaktionsbeirat CuS. Wir sind dankbar für diese Zeit, die sie dem

Bund geschenkt haben. Zum neuen Kassenführer wurde Dieter Hönerhoff aus Herford gewählt. Anneke Ihlenfeldt, Jürgen Gorenflo und Michael Distelrath sind die neuen Revisoren.

Bitte: Aktiv für CuS

Unsere Zeitschrift, die im 64. Jahrgang erscheint, ist eine der wenigen progressiven christlichen Publikationen, die bisher überlebt haben, und die einzige Zeitschrift in Deutschland, die sich in ihrem Titel zu Christentum und Sozialismus zugleich bekennt. Wir sind in der letzten Zeit oft begrüßt worden: „Ach, seid Ihr noch da?“ Andere Blätter mussten ihr Erscheinen einstellen. Sicher liegt es vielleicht daran, dass CuS sich in den letzten Jahren inhaltlich und in der äußeren Gestaltung verbessern konnte. In den letzten beiden Jahren ist auch die Zahl unserer Leserinnen und Leser gewachsen. Allerdings: Müsste sich CuS selbst tragen, also aus dem Erlös der verkauften Hefte finanzieren, wäre die sofortige Einstellung der Zeitschrift notwendig! Derzeit verkaufen wir von der Gesamtauflage, 500 Exemplare sowie 700 Exemplare für Kirchentage, nur ca. 250 als Abonnements. Die restlichen Exemplare setzen wir durch Einzelverkauf erst in folgenden Jahren ab.

Werbungskosten und die Re-

daktionsarbeit (Fahrtkosten, Telefon, Kopien usw.) wurden bisher ganz vom BRSD getragen bzw. sind von wenigen Mitgliedern ehrenamtlich erbracht und gespendet worden. Dabei haben die Aktivitäten des Bundes in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Mitarbeit an Kirchentagen hat viele Besucher und Besucherinnen angesprochen und Kontakte zu anderen Gruppen ermöglicht. Ähnliches ist für die Kirchentage in Zukunft geplant. Auch diese Aktivitäten kosten Geld, das direkt investiert werden muss. Darum muss die bisherige Subventionierung von CuS reduziert und mittelfristig möglichst ganz überflüssig gemacht werden. Wir wollen aber nicht die Bezugsgebühren als solche erhöhen, sondern auch wenig Bemittelten das Abonnement weiterhin ermöglichen. Weiter wollen wir verstärkt werben und den Freiverkauf erhöhen. Auch dazu sind anfänglich Mittel nötig. Deshalb bitten wir unsere Leserinnen und Leser um Spenden. 30 Personen und die Religiös-Sozialistische Vereini-

gung der Deutschschweiz haben uns schon geholfen und den Druck dieser Ausgabe so ermöglicht, wofür ich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich danke. Wer noch helfen möchte, kann das tun unter Konto: Reinhard Gaede, Konto 1 109 502 086, Sparkasse Herford, BLZ 494 501 20. Allen, die helfen wollen, danke ich

jetzt schon recht herzlich. Ebenso viel wert ist Unterstützung bei der Werbung. In den Bibliotheken und Buchhandlungen haben wir z. B. noch wenig Freundinnen und Freunde gefunden. Für alle Unterstützung für CuS, zum 85. Geburtstag des BRSD, danken wir schon jetzt herzlich.

Geburtstagsglückwünsche

Lieber Hartmut Futterlieb!

Herzlich gratulieren wir Dir zu Deinem 70. Geburtstag am 9. Juli. In CuS 2-3/2008 finden wir Hartmuts Lebenslauf. Wir danken Dir für Deine Mitarbeit im Redaktionsbeirat und bei den Christen für den Sozialismus, die sich in der Schweiz mit den Resos vereinigt haben, und für gemeinsame Tagungen in Bad Hersfeld, die Du für uns organisiert hattest, und wünschen Dir Gottes Segen.

Lieber Günter Brakelmann!

Zu Deinem 80. Geburtstag am 3. Sept. 2011 möchten wir Dir herzlich gratulieren und Dir Gottes Segen wünschen.

Zahlreiche Ehrungen haben Dich schon erreicht. Heike Hilkendiek, eine unserer Autorinnen, hat im Sonntagsblatt „Unsere Kirche“ (Nr. 35, am 28. August 2011) ein schönes Lebensbild geschrieben. Und wir hatten in CuS 4/2006 ausführlich auf unsere gemeinsame Zeit zurückgeblickt. Seitdem

hast Du unsere Zeitschrift durch Artikel über christlich geprägten Widerstand gegen den Nationalsozialismus bereichert: Über Helmut James Graf von Moltke in CuS 2/2007 und CuS 4/2010. Und ebenso hast Du wertvolle Biographien über den Theologen Hans Ehrenberg geschrieben, der als Philosoph in Heidelberg den religiösen Sozialisten verbunden war. Und wie wichtig solche Vorbilder für uns sind, zeigt im Augenblick das konstatierte Versagen des Verfassungsschutzes und der Justiz gegenüber neonazistischem Terror. Zeitlebens hast Du als Sozialethiker für eine gerechtere Gestaltung der Gesellschaft gestritten, auch an der Seite der Sozialdemokraten und unserer Mitglieder im BRSD. In multos annos! Bleib weiter so! Herzlichen Dank!

Lieber Erhard Eppler!

Zu Deinem 85. Geburtstag am 8. Dezember 2011 möchten wir





Dir herzlich gratulieren und Dir Gottes Segen wünschen. Zuletzt auf dem Kirchentag konnten wir sehen, dass Du einen sehr lebhaften Ruhestand hast, indem Du viel liest, schreibst, Vorträge hältst und reist. Wir wünschen Dir, dass Dir noch viele Jahre Kräfte für solche Aktivitäten erhalten bleiben.

Der Blick in Deine Biographie erinnert uns an all die Zeiten, in denen Du uns begleitet hast. In CuS 1/2007 haben wir darauf Rückschau gehalten.

Zwischen Vergottung und Verspottung hast Du die Rolle

des Staates beschrieben und Bewegungen des Widerstandes gegen die „marktradikale Abwehr des Staates“ mit wachen Augen gesucht (CuS 2–3/2007). Und in diesem Jahr haben wir Deinen Vortrag „Wer regiert die Welt?“ auf dem Dresdener Kirchentag wiedergegeben. Ökologischer Umbau der Wirtschaft und eine solidarische Gesellschaft sind Deine Postulate gewesen. Für Deine Treue zum demokratischen Sozialismus und die Begleitung der ReSos als Autor und Leser von CuS danken wir herzlich.

Reinhard Gaede

Bilder und Fotos:

Reinhard Gaede	1, 55, 70–72
Rosemarie Müller	6
Monika Lawrenz/LVH	9
Basisgemeinde Wulfshagenerhütten	12, 13, 16–18
Wikipedia	20, 29, 31, 65, 67
Campus-Verlag	24
Christoph Butterwegge, privat	28
Wieland Zademach, privat	37
Horst Haitzinger, NW 10.6.2011, Nr. 134; 16.11.2011, Nr. 266; 11.1.2011, Nr. 265; 18.11, 2011, Nr. 268	38, 50, 56
ausgestrahlt e.V. Hamburg	40
Winfried Eisenberg, privat	42
Peter Strutynski, privat	53
Jürgen Schübelin	43, 47
Angela Brüning, privat	54
István Patik, privat	58
Friedrich-Martin Balzer	60–61
Fenestra Verlag	62
Patmos-Verlag	63
Kunstsammlung Gera, Otto-Dix-Haus	64
Prisma-Verlag	66
Thorsten de Jong	69

Autorinnen und Autoren:

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1
32825 Blomberg

Basisgemeinde Wulfshagenerhütten eG

Lore Weber, Bernd Meyer-Stromfeldt

Zum Wohld 4
24214 Tüttendorf

Prof. Dr. Leonardo Boff

Jardim Araras
bei Petrópolis/Brasilien

Dr. Angela Brüning

Marktstr. 12
32257 Bünde

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln, Institut für Politikwissenschaft
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Dr. Winfrid Eisenberg

Wellbrocker Weg 61
32051 Herford

Frank-Matthias Hofmann

Johanna-Wendel-Straße 15
66119 Saarbrücken

Thorsten de Jong

Viktoriastr. 42
52066 Aachen

Prof.in Dr. Margot Käßmann

c/o Birnstains Büro
Postfach 610 612
10937 Berlin

Prof. Dr. Siegfried Katterle

Dünenweg 13
33649 Bielefeld

István Patik

Vedres u. 4/c
H 6726 Szeged

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Dr. Robert Steigerwald

Berliner Straße 10
65760 Eschborn

Dr. Peter Strutynski,

c/o Kasseler Friedensforum,
Germaniastr. 14,
34119 Kassel

Team (Autonomes) Jugendzentrum Bünde e.V.

Franz-Werfel-Str. 44
32257 Bünde

Norbert Voß

Altvolberg 20
51503 Rösrath

Dr. Wieland Zademach

Fritz-Henkel-Str. 38
53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD Sekretariat Norbert Voß,
Altvolberg 20, 51503 Rösrath

Per Telefon:

0 22 05/79 37

Per E-Mail:

n.voss@redezzeit.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam